

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis: 1,10 Mark monatlich... Einzelne Nummer 5 Pf.

Morworts

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Zeile... Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 17. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Versöhnungsschnaps und Schnapspolitik.

Einmal sagte der alte Freisinnige Lenzmann zu mir im Frühstückszimmer des Reichstags: „Gahn, kommen Sie her, wir wollen einen Schnaps trinken!“

Wenn es bei einem muselmanischen Volk im Kampf gegen die Gläubigen, zum letzten kommt, dann wird die grüne Fahne des Propheten entfaltet und der „heilige Krieg“ verkündet. Ähnlich entfalten einmal im Jahre die Propheten des Brot- und Fleischwunders die grüne Fahne der Landwirtschaft und verkünden den „heiligen Krieg“ gegen alles, was einem kernfesten Agrarertum entgegensteht.

Stimmung und Gallo herrscht also immer auf der Bündlerparade. Aber trotz allen Geschreis will es uns bedünken, als sei diesmal die Stimmung lauer gewesen als in den vergangenen Jahren und als habe sich das forche Draufgängertum der Ueberagrarier lange nicht so natürlich ausgetobt, wie nach 1913.

Dieser unerträglich Janker Weh und Ach ist nämlich aus einem Punkte zu kurieren und der heißt: Statt Hochschutzzoll, Höchstschutzzoll! Statt des „ludenhaften“ ein ludenloser Zolltarif! Erneuerung der Handelsverträge auf einer Grundlage, daß den frühlichen Ruzniehern der Grundrente auf Osteliens Altitischen neue ungezählte Millionen in die stets offenen Taschen springen!

Reihen begegnet“ — erklangen je solche Töne christlicher Nächstenliebe im Zirkus Busch? Aber es kam noch besser! Herr Gahn wurde schier wehmütig, als er auf den „guten, alten Freisinn“ Richtiger Prägung zu sprechen kam und sich des Fortschrittmannes Lenzmann erinnerte, der ihn des öfteren zu einem Schnaps eingeladen. Und als er sich an die „verständigen Elemente im Freisinn“ wandte — Herr Dr. Gahn kennt seine schützöllnerischen Pappeneimer in der Fortschrittspartei — und sie beidavor, der Sozialdemokratie und den jüdischen Asphalt demokraten den Laufpaß zu geben, da hörte man aus dieser Mahnung die Aufforderung heraus: „Kommen Sie, wir wollen einen Schnaps trinken!“

Wie sich die liberalen Parteien zu diesen Lockungen stellen, ist einzig und allein ihre Sache. Die Arbeiterklasse hat die Politik des Versöhnungsschnapses nicht zu fürchten, weil es zugleich eine Schnapspolitik ist, eine Politik nämlich, die aus der Schnapslaune geboren ist und wie ein Schnapsstrunkener von einem Landtrahengraben in den anderen taumelt.

Der Zuchthauskurs.

Vor einigen Wochen verurteilte das Düsseldorf Schöffengericht einen streikenden Hafenarbeiter zu der unerhörten Strafe von neun Monaten Gefängnis, weil er einem Streikbrecher nach einem Wortwechsel in begehrlicher Erregung ins Gesicht geschlagen hatte.

Das britische Imperium und die Arbeiterklasse.

London, 15. Februar 1914. (Fig.-Ver.)

Die Gewalttat Bathas in Südafrika hat zum dritten Male in kurzer Zeit die folgenreichere Frage des Verhältnisses der Tochterstaaten zu dem Mutterlande aufgeworfen. In der kanadischen Flottenfrage war es die Denkschrift Churchill, durch die sich ein großer Teil des kanadischen Volkes vor den Kopf gestoßen fühlte.

ums. Ungleich den imperialistischen Bestrebungen in anderen Ländern kann der englische Imperialismus mit Laten prunken; und er hat es verstanden, sich dem Volke gegenüber mit einem Glorienschein der Freiheit zu umgeben. Von Kindesbeinen an wird dem Engländer beigebracht, daß das britische Weltreich etwas ganz anderes sei als andere bestehende oder vergangene Weltreiche.

Das mag nun alles falsch oder nur sehr bedingt wahr sein. Aber jedermann, der in England gelebt und das englische Volk kennt, wird wissen, wie diese Vorstellung das Gemütleben der Briten beherrscht. Selbst bis weit in die Kreise unserer britischen Genossen hinein übt sie eine mächtige Wirkung aus.

Die Aktion der Arbeiterpartei im Parlament hat zu keinem Ergebnis geführt. Mit 214 gegen 50 Stimmen hat sich das Unterhaus gegen die Arbeiterschaft entschieden, die in einem Zusatzantrag zur Antwortadresse auf die Thronrede verlangte, daß die königliche Zustimmung zu der südafrikanischen Indemnitätbill, die jetzt schnell durchgepeitscht werden soll, laut des Gesetzes des Jahres 1906, das der südafrikanischen Union eine Verfassung gab, „revidiert“ werden soll.

Diese politische Klugheit wollen die englischen Arbeiter jedoch nicht anerkennen. Sie weisen darauf hin, daß sich die Reichsregierung schon mehr als einmal in die Angelegenheiten dieser Staaten gemischt hat und daß nie eine Einmischung berechtigter war als heute, wo die einfachsten Rechte und Freiheiten des britischen Staatsbürgers in einem Teil des Reiches mit Füßen getreten werden.

Negerführer verhängte Todesurteile aufgehoben wissen und das Ministerium Kolals reichte darauf dem Gouverneur sofort seine Demission ein. Aber, hat man entgegen, gesetzt den Fall, die kapitalistischen und antiliberalistischen Partei des General Herzog wäre in Südafrika aus Auser und Konfignerie die Goldgruben; würde dann die Reichsregierung auch untätig dastehen und nichts tun? Und diese Frage bringt uns zum Kern der ganzen Angelegenheit. Es handelt sich ja nur um Arbeiter.

Die englische Regierung irrt sich, wenn sie annimmt, daß sie in einem Rebel mehr oder minder stichhaltiger konstitutioneller Argumente der Schwierigkeit entziehen kann. Das Gerechtigkeitsgefühl und der Freiheitsinn des Volkes ist zu tief verletzt. Mit jedem Tage wächst das Gefühl der Empörung. Man muß bedenken, daß die weißen Arbeiter in Südafrika, die von der Soldateska niedergedrückt worden sind, die Söhne und Brüder englischer Arbeiter sind. Zu Hunderten laufen hier die Briefe ein, die den Verwandten in der Heimat die Gewaltherrschaft schildern und um Hilfe bitten. Ob die englischen Imperialisten im Interesse ihrer eignen Politik klug handeln, dem Entzweiungstun zu trotzen? Wenn sie wieder einmal Luft verspüren, „im Interesse der britischen Freiheit“ in einen Krieg zu ziehen, kann es ihnen passieren, daß sie vom Volke höhnisch abgewiesen werden.

Unterhausmanöver.

Man schreibt uns aus London vom 13. Februar: Die gestrige Unterhausdebatte lieferte ein recht unerquickliches Beispiel dafür, in wie wenig beneidenswerter Lage sich die Arbeiterfraktion in dieser Parlamentsession befindet. Sowie sich ihre Taktik seit den letzten zwei Jahren gestaltet hat, steht sie vor der Aufgabe, gegen reaktionäre Regierungsmassnahmen und für Arbeiterinteressen entschieden zu kämpfen, gleichzeitig aber sucht sie auch ängstlich zu verhindern, daß der Regierung irgend ein Unheil widerfähre. Das letztere muß sie tun, um erstens die Homerule nicht zu gefährden, und zweitens um nicht die Rache der Liberalen bei den nächsten Wahlen auf sich zu ziehen. Und weil Macdonald der einzige Mann ist, der diese Taktik, koste es, was es wolle, bis in alle Konsequenzen zu verfolgen entschlossen ist, ist er in dieser Session für die Fraktion als Führer unentbehrlich.

Gestern verhandelte das Unterhaus ein Amendement der Arbeiterfraktion zur Antwortadresse über die ungenügenden Schutzmaßnahmen auf Eisenbahnen und in Kohlengruben. Die Regierung kam der Fraktion einigermaßen entgegen: sie versprach eine Vermehrung der Grubeninspektoren und eine Untersuchung über die Eisenbahnunfälle. Unter gewöhnlichen Umständen hätten diese Versprechungen die Fraktion ganz gewiß nicht befriedigt. Jetzt aber ging plötzlich ein Gerücht um, daß die Konservativen einen Coup vorbereitet hätten. Sie wollten für das Amendement der Arbeiterfraktion stimmen, um die Regierung zu überzumpeln und ihr eine Niederlage zu bereiten. Um dieses gefährliche Manöver zu vereiteln, stimmte ein Teil der Arbeiterfraktion gegen ihr eigenes Amendement.

Politische Uebersicht.

Klassenjustiz und anderes.

Aus dem Reichstag, 16. Februar. Bei der Beratung des Reichsjustizetats befindet sich der verantwortliche Beamte, der Staatssekretär des Reichsjustizamts, niemals in einer beneidenswerten Lage, denn auf seinen Buckel hageln all die gerechten Vorwürfe über die Handhabung der Justiz in den einzelnen Bundesstaaten, zumal in Preußen, dem Dorado der Klassenjustiz, während ihm die Möglichkeit, nun wirklich in der Rechtsprechung der Einzelstaaten nach dem Rechten zu sehen, auf dem Papier und noch mehr in den Tatsachen arg beschnitten ist. Herr Dr. Visco hörte denn auch mit einem leidlich verlegenen Nicken zu, als Genosse Dr. Cohn, die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie zur Rechtspflege an die Spitze seiner Ausführungen stellend, sein reichhaltiges Material zu dem Thema Justiz und Klassenjustiz auspackte. Die häufigere Berufung von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen, vor allem ihre Abordnung durch einen auf Grund des allgemeinen, gleichen, ge-

heimen und direkten Wahrschritts gewählten Ausschuss, bezeichnete der sozialdemokratische Redner mit Recht als ein Mittel für die bürgerlichen Parteien, die Vorwürfe über Klassenjustiz abzuschwächen. Er tabelte es, daß der Gesetzentwurf zur Regelung der Konkurrenzklauseel viel zaghafter vorgehe als das österreichische Gesetz, und verglich die bureaukratische Langsamkeit in der Schaffung dringender notwendiger Gesetze in Deutschland mit der anerkanntwertigen Schnelligkeit auf gleichem Gebiete in Frankreich. Aber vielleicht erklärte sich die Verschiebung der Strafgesetzmehrung bis in das Jahr 1917 mit dem Wunsch der Regierung, das Werk mit einem minder roten Reichstag zuwege zu bringen. Dann rechnete Genosse Dr. Cohn kräftig mit den Scharmachern ab, die gegen das Koalitionsrecht anstürmen, und ließ eine Reihe ungeheurer Urteile gegen Streikführer und andere „Verbrecher“ aufmarschieren, deren harte Bestrafung sich aus dem Klassencharakter unserer Rechtsprechung erklärt. Zum Schluß legte der Redner noch eine der wundesten Stellen unserer Justizhandhabung, nämlich die Rolle der Polizei im Strafprozeß, bloß und pflanzte die Standarte auf: Freie Wahl der Richter durch das Volk, damit die Justiz eine Pflegestätte der Gerechtigkeit werde!

Der Staatssekretär schwieg sich aus.

Auch der Zentrumsjurist Dr. Velzer fühlte nicht den Beruf in sich, die Justiz gegen die vorgebrachten Beschwerden in Schutz zu nehmen, sondern verbrietete sich in einer nicht gerade kurzweiligen Form über eine Anzahl nicht gerade kurzweiliger juristischer Materien wie den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses und die Behandlung der Geisteskranken. Auch auf den Fall Anittel ging er ein und sprach bei der Behandlung des Kapitels Sensationspresse dem „Vorwärts“ seine Anerkennung aus, weil er gegen diesen ekelhaften Aufwuchs des Pressewesens Front mache.

Dann kam der Rationalliberale Schiffer. Von seinen Ausführungen gilt: Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Aber man hat seit je gelernt, zwischen liberalen Worten und liberalen Taten zu unterscheiden.

Nachdem der Pole Dr. v. Laszewski Beispiele für die Schwere der Klassenjustiz, die Nationalitätenjustiz in Polen und Westpreußen beigebracht, schloß die Sitzung. Morgen kurze Anfragen, Weiterberatung des Justizetats.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beendete am Montag in Fortsetzung der Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern zuerst die Besprechung über die Dänenpolitik der preussischen Regierung. Die scharfmacherischen und kalatsischen, jedem Gerechtigkeitsgefühl ins Gesicht schlagenden Treiberreden der Regierung und der in ihrem Haßwasser segelnden Chauvinisten fanden scharfe Verurteilung durch die Abgg. Wittro (fr. Wpt.), Kloppenborg (Däne) und ganz besonders durch unseren Genossen Ströbel, der in grobangelegter Rede die Entstellungen geschichtlicher Tatsachen seitens des offiziellen Preussentums festnagelte, die Gewaltpolitik der Regierung an den Pranger stellte und auch die schmachvolle Ausweisung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten des dänischen Folkething, Stauning, aus Helsingör zur Sprache brachte. Die Erwiderung des Ministers Dallwig war wie immer bei diesem Herrn im Polzeijargon gehalten. Sachlich konnte er die gewaltigen Anklagen Ströbels nicht widerlegen, und so wählte er denn diejenige Art der Diskussion, in der er besonders groß ist, er schimpfte über den Tiefstand des nationalen Empfindens unseres Redners, und ebensolcher Ausdrücke bediente er sich gegenüber unserem dänischen Genossen Stauning.

Nach Beendigung dieser Debatte wandte sich das Haus zur Beratung der Sparklassenfrage. Hierzu waren eine Reihe von Anträgen auf Abänderung des erst im vorigen Jahre erlassenen Gesetzes über die Anlegung von Sparklassenbeständen in Inhaberpapieren gestellt, die im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß es den Sparklassen gestattet sein soll, die Einzahlung ihres Pflichtbestandes an Inhaberpapieren in die Bilanz nach dem Anschaffungswerte vorzunehmen, die buchnmäßigen Ausbehalten so lange vom Reservefonds abzuschreiben, als dieser nicht unter 2 Proz. der Einlagen sinkt und die Zinsen des Reservefonds den Jahresüberschüssen hinzuzurechnen.

Die Debatte soll am Dienstag beendet werden. Dann will das Haus die Besprechung der Interpellation über die durch die Sturmflut an der Ostküste verursachten Schäden vornehmen. Nach Beendigung dieses Punktes soll der Etat des Ministeriums des Innern weiter beraten werden.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

In der Fraktionsbesprechung, die am Montag stattfand, wurden als Redner für das Luftverkehrsgezet die Genossen Dr. Landsberg und Bender bestimmt. Zu der Abänderung des Militär-Strafgesetzbuchs werden die Genossen Dr. Franz und Koste sprechen.

Die neue Regierung in Elsaß-Lothringen

hat, wie offiziös bekannt gegeben wurde, als Termin für die Wahlen zu den Gemeinderäten im Lande, deren sechsjähriges Mandat erst Ende Juni abläuft, den 17. und — für die Nachwahlen — den 24. Mai bestimmt. Als Grund für diese frühere Anberaumung der Wahlen wird angeführt, daß in diesem Jahre auf Sonntag, den 30. Mai, das Pfingstfest und auf Sonntag, den 14. Juni, das Fronleichnamfest fällt, so daß sich vor dem 21. und 23. Juni „die beiden von der Gemeindeordnung für die Wahl und Nachwahl geforderten aufeinanderfolgenden Sonntage nicht finden lassen“. Der tiefere Grund dürfte der Wunsch der „neuen Herren“ sein, den Sonntag für Elsaß-Lothringen schon Ende März zu schließen oder wenigstens zu vertagen.

Die Zubern-Kommission.

Am Mittwoch tritt die Kommission zusammen, der der Reichstag die zur Zubern-Angelegenheit gestellten Anträge und Resolutionen überwiesen hat. Entgegen anders lautenden Meldungen versichern nationalistische Blätter, daß das Kriegsministerium keine Vertreter in die Kommission entsenden wird.

Geistlichkeit und Lebensmittelerzeugung.

In den beiden lippischen Fürstentümern verlangen die Pfarrer unter Berufung auf „die fortschreitende Teuerung der allgemeinen Lebensbedingungen“ höhere Löhne, und im Fürstentum Schaumburg-Lippe ist ihrem Verlangen bereits glatt entsprochen worden: die Landeskirchenbehörde und das landeskirchliche „Parlament“ haben die Vorlagen fast ohne jede Debatte angenommen und damit den Geistlichen eine Gehaltssteigerung von rund 20 Prozent gewährt.

Im Fürstentum Lippe ist es zwar soweit noch nicht; aber die Gehaltsvorlage liegt sozusagen fertig im Schubfach des Konfistoriums. Nachdem hier den Staatsbeamten eine Gehaltssteigerung (von rund 25 Proz.) zuteil geworden war, besannen sich auch die Geistlichen darauf, daß die Lebensverhältnisse teurer geworden sind, obgleich die Beamten- und Pfarrergehälter erst vor sechs Jahren um 20 bis 25 Proz. erhöht worden sind.

Die neue Erhöhung kann nicht durchgeführt werden, ohne daß die Bevölkerung eine wesentliche Steuererhöhung träge; und das Angenehme in diesen Kleinstaaten ist dabei, daß auch der, der keine kirchlichen Bedürfnisse hat, bezahlen muß, weil es ein Kirchenaustrittsgezet nicht gibt. Jeder Landesbewohner — mag er Christ, Jude oder Heide sein — ist Kirchensteuerpflichtig. Er kann sich beim besten Willen nicht davon befreien.

Was würde die Geistlichkeit sagen, wenn die Arbeiter ihr Vorgehen zum Nutzer nähmen und innerhalb sechs Jahren zweimal 20 bis 25 Proz. Lohnerhöhung verlangten? Die Teuerung der Lebensverhältnisse spürt jedenfalls der Arbeiter weit mehr als der Geistliche.

Der Kampf der Richtungen im Herikalen Lager.

Von Zentrumsanhängern unter furchtbarem Tumult gesprengt wurde am Sonntagabend eine katholischen Versammlung, die vom schlesischen Führer der katholischen Aktion, dem Pfarrer Niedorowski, in das St. Elisabethshaus in Breslau einberufen war. Der Vortrag des geistlichen Herrn wurde durch Lärm fast unmöglich gemacht, und als er eine Ergebenheitsresolution für den Kardinal Ropp mit der Zustimmung zur Enghilfs Singulari quadam verknüpfen wollte, entstand ein großer Tumult. Die Anhänger der christlichen Gewerkschaften sprangen auf die Stühle und schrien dem Priester zu: „Demagoge! Gemeinheit! Reden Sie endlich die Wahrheit!“ Schließlich beantragten sie eine Zu-

Aus Bebel's Leben.

L.

Wenn in den letzten Jahren seines Lebens in stillen Stunden zu August Bebel's Herzen so etwas wie ein kalter Rauch aus der nahenden großen Nacht drang, dann ließ eine Hoffnung und ein Wunsch das Blut wieder rascher durch seine Adern strömen: die Sehnsucht nämlich, den Schlüsselpunkt nach unter die Erinnerungen setzen zu dürfen, in denen er die reiche Fülle seiner Erfahrungen der Partei zu Ruh und Frommen hinkümmerte. Der Glaube, daß ihm dieses Werk noch gelingen werde, hielt den unermüdeten Kämpfer aufrecht, und es war wohl nur eine Vorsichtsmassregel, wenn er in einer dieser stillen Stunden für den Fall seines Todes Karl Kautsky mit der Herausgabe des dritten Bandes seiner Memoiren betraute. Das war am 21. Juli 1913 und nicht vier Wochen gingen danach ins Land, als in allen fünf Erbkteilen die roten Fahnen auf Halbmaße sanken; das lebendige Herz, das je für den Emancipationskampf der arbeitenden Massen geschlagen, stand still. Und jetzt, sechs Monate nach dem Tode des Großen, nimmt Deutschlands Arbeiterklasse aus Kautsky's Händen Bebel's Vermächtnis, eben den dritten Band der Lebenserinnerungen, dankbar und erwartungsvoll entgegen.

Aus meinem Leben. Von August Bebel. Dritter Teil. Herausgegeben von Karl Kautsky. Verlag von J. F. W. Dieckhoff, G. m. b. H., Stuttgart 1914.

Was an dieser Stelle von den beiden ersten Bänden der Bebel'schen Memoiren gesagt wurde, gilt in demselben Maße von dem dritten Bände: es handelt sich hier nicht um geschwätzte Bekennnisse einer offenkundigen Seele, die sich von allen Seiten bespiegelt und der Offenheit der Luft zufließt; es ist vielmehr eine lange Zurückhaltung waltet in den Zeilen des Buches, da Bebel das Wort: Ich häufiger als ihm lieb ist, hinschreiben muß. Auch in diesem dritten Bände enthillt sich ganz und gar das Wesen eines Mannes, der seine Person in jedem Augenblick nötig hinter der Sache zurücktreten läßt, und dem das eigene Erlebnis nicht durch sich selber wertvoll ist, sondern nur wertvoll wird durch die Beziehungen, die es zu der allgemeinen Entwicklung der Partei hat. Was der Wunsch Bebel's außerhalb der Sozialdemokratie liebte und litt, wie sein Verhältnis zu privaten, zu nichtpolitischen Dingen war, davon erfahren wir so gut wie gar nichts, weil es für Bebel kein „außerhalb der Sozialdemokratie“ gab und weil er nichtpolitische, private Dinge kaum kannte: Bebel und die Partei waren ganz eins. Dadurch sind seine Lebenserinnerungen weniger „interessant“ im wochentlichen Sinne des Wortes als die anderer Memoirenschreiber, die vor dem neugierigen Leser die Dede des Ehebettes abheben und den Deckel des Wasserlaßes lüften, oder sie gewinnen an historischer Größe und lassen eher die historische Größe dessen ahnen, der sie schrieb und der, indem er sie schrieb, noch eine historische Aufgabe erfüllte.

Der Stoff aber, der in dem eben erwähnten dritten Bände abgehandelt wird, bringt es mit sich, daß Anekdoten und Gerüchten sich hier häufiger einstellen als in dem vorangegangenen zweiten Bände und daß derart das Ganze bunteren und bewegteren

Eindruck hinterläßt. Der dritte Band nämlich umspannt die ersten Jahre des Sozialistengesetzes — „ich habe“, schrieb Bebel an jenem 21. Juli an Kautsky, „noch wenig zu tun, so ist der Band bis mit 1888 abgeschlossen und so weit reichen in der Tat die sich in den Lebenserinnerungen drängenden Zeitergebnisse.“

Am 19. Oktober nahm der Reichstag mit 221 gegen 140 Stimmen das schmachwürdige Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie an, die Session wurde geschlossen und Bebel fuhr nach Hause, freudigen Ingrimm im Herzen und entschlossen, alles daran zu setzen, um die Wirkung des Gesetzes zu durchkreuzen. Er hielt redlich Wort und das bedeutete eine Anspannung aller Kräfte bis zum äußersten, denn Schlag auf Schlag prasselte es jetzt auf die Partei nieder. Schon nach der ersten Lesung des Sozialistengesetzes, im September, war in Hamburg der Parteianstich in keineswegs gehobener Stimmung zusammengetreten und beschloß nachdringender auf Antrag des Kassierers Geib, der alles andere als ein Kämpferempelement und noch dazu schmerzhaft herzleitend war, die Partei formell aufgelöst zu erklären; die Kasse und den Kassierersposten übernahm Bebel, der während des ganzen Sozialistengesetzes die Stelle des sozialdemokratischen Finanzministers mit viel Geschick innehatte. Als nun die Organisationen zerbröckelten, die Zeitungen verboten, die Klassen geleert, die Agitatoren gehetzt und die Versammlungen unmöglich gemacht wurden, rief zunächst Verzweiflung in den Reihen der Partei um sich. Unter den Führern gab es mehr Karodeure und Hasenfüße, als den Unverzogen vom Schläge Bebel's lieb war: der eine flüchtete zurück unter das schützende Dach der bürgerlichen Gesellschaft, der andere setzte seinen Grab über das große Wasser nach Amerika, der dritte verzog sich auf andere Weise. Nahmensflüchtige! Aber der als „Konatiker“ beschriebene Bebel ruft ihnen ein Wort der Verachtung nach, sondern er zeigt auch hier die Güte seines großen Herzens, das sich Menschliches immer menschlich zu verstehen mühte: „die materielle Notlage der meisten“, heißt es, „entschuldigt vieles“. Es war auch nicht so, wie man es hier und da darzustellen liebte, daß nur die Führer verfolgten und die Massen den Fuß beim Hale hielten. Im Gegenteil! Auch unter den Massen brach eine Panik aus, als der sich Sozialist nannte, wie ein rechtsloser Hund gejagt wurde, auch unter den Massen herrschte Niedergeschlagenheit, Verzweiflung und Verzweiflung, und der Energie der Führer bedurfte es, sie zu wagemutigem Handeln wieder anzustacheln. Bei dieser Arbeit nun war Bebel unter den Unermüdeten der Unermüdeten: er sammelte, warb, munterte auf, und da er so ziemlich der einzige war, den sein Geschäft vor materieller Sorge schützte, so fiel fast die ganze Last der Parteiarbeit auf seine Schultern, eine sechshundertjährige Arbeitszeit wurde für ihn zur Regel und durch immer neue Schwierigkeiten kämpfte er sich durch diese Sorgen- und mühevollen Jahre seiner Lebens hindurch.

Den Nachbarn wäre es natürlich am liebsten gewesen, die Sozialdemokratie hätte sich zu einem Wutich gegen ihre Unterbrüder hinreichend lassen, Bis marck legte nach einem Blutbad und dem der Schwester des Philosophen Rinaland er erfährt Bebel, daß auf einer Gesellschaft in Berlin die Offiziere der Garde Gift und Galle gegen die Partei gesprüht hätten — einer davon äußerte: „Hätten die Kerls den Hut losgeschlagen, wir wäreten

bis an die Knöchel in ihrem Blut.“ So mußte, da man der Gewalt nicht die Gewalt entgegenzusetzen konnte, den Mitteln des Sozialistengesetzes auf Schritt und Tritt ein Schnippen geschlagen werden. Da Zusammenkünfte und Versammlungen verboten waren, hielt man eben ungeschickliche Zusammenkünfte und Versammlungen ab, und da die Herausgabe einer sozialdemokratischen Presse untersagt war, gab man eben ein ungeschickliches Blatt heraus. Zahlreich sind die Anekdoten des dritten Bandes der Lebenserinnerungen, an denen von Rasen erzählt wird, die der Polizei gedreht wurden. So beschloß man einmal, eine sachliche Landeskonferenz in Pillnitz abzuhalten. Auf einem CDampfer fuhrten vierzig bis fünfzig Genossen stromaufwärts, begleitet von vier Geheimpolitizisten, die gehört hatten, daß Parteikarten bis Pillnitz gelöst waren. Vor dem unfreundlichen Weiler eines trübten Novembersonntags verzogen sich die Geheimen halb in die Kasse und während sie hier mit Eifer den vier Wenzeln huldigten, liegen die Teilnehmer der Landeskonferenz an der Haltestelle vor Pillnitz aus und begaben sich nach der Matzschke, einer bekannten Ausflugswirtschaft der Dresdener Bürger. Hier spritzten die Verhandlungen munter fort, indes die der politischen Beobachtung Entrommenen ab und zu ein fröhliches Lied sangen, um den Aristokraten einen harmlosen Gefangenen vorzuführen. Ein andermal hielt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit einer Anzahl Berliner Vertrauensmänner eine geheime Zusammenkunft in dem damals noch wenig bebauten Lichterfeld-Ofst ab. „Es regnet“, schreibt Bebel, „in Siranten. Wir standen im dichtesten Gedrüse, wobei die Regenauer auf unsere Schirme niederprasselten, daß wir kaum unsere Worte verstehen konnten. Als mir nachts 2 Uhr bis auf die Haut durchnäßt den Rückweg nach Berlin antrat und in einer an der Straße liegenden Restauration Entleer hielt, frischen mir auf unsere Berliner Geheimpolitizisten, die uns offenbar gefolgt waren.“ Da Bebel der gehätselte und gefürchtete aller sozialdemokratischen Führer war, folgten ihm nicht nur in Berlin auf Schritt und Tritt die Spigels Puttkamers und Wis marck's, sondern auch auf seinen Geschäftsreisen wurde er telegraphisch abisiert, so daß bei seiner Ankunft in der nächsten Stadt sorgende Polizeieinheiten (man am Bahnhof standen und sich ihm wie sein Schatten an die Herzen hefteten. Auch diesen Trabanten einen lustigen Streich zu spielen, gelang Bebel so manchemal, aber doch erbitterte und verbitterte ihn so schmachliche Gebe. „Nach heute“, schreibt der zweieinundzwanzigjährige, „steigt mir das Blut zu Kopfe, geräusche ich jener Zeiten.“ Nur eins brannte ihm noch über der Seele: seine Ausweisung, als der Belagerungsstand über Leipzig verhängt wurde: „Daß man uns wie Bagatunden oder Verbrecher ausgewiesen und ohne eine gerichtliche Prozedur von Weib und Kind gerissen hätte, empfand ich als eine seltene Beleidigung, für die ich Vergeltung gelibt, hätte ich die Macht gehabt. Kein Prozeß, keine Verurteilung hat je bei mir ähnliche Gefühle des Hasses hervorgeufen.“ Und mit diesem Gefühl unauflöslichen Hasses im Herzen sind damals Hunderte in das Schneegebirge und Kälte hinausgetrieben, und die Nachhabe, die sie jagten und hetzten, können sich Glück wünschen, daß ihre Saat nicht furchtbar aufgegangen ist.

Stimmungsstimmung für Dr. Vorsch. stimmten eigenmächtig ab und erklärten sie für angenommen. Großer Krach auf der anderen Seite.

Unter dem Rufe: „Hoch Vorsch! Hoch das Zentrum!“ verließen darauf die Christlichen unter ohrenbetäubendem Lärm das Lokal und machten dadurch die Fortdauer der Versammlung unmöglich.

Zabern in der Zweiten sächsischen Kammer.

In der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages kam es am Montag bei der Beratung des Statutensatzes Sachens im Bundesrat zu einer lebhaften Debatte. Der jungliberale Dr. Jöfel und der nationalliberale Landgerichtsdirektor Hettner kritisierten die teilweise ablehnende Haltung der sächsischen Regierung zu den Deduktionsvorlagen, die einen partikularistischen Anspruch gehabt habe. Vor solchem Verhalten müsse sich doch eine Regierung um so mehr hüten, weil auch im preussischen Abgeordnetenhaus solche der Reichseinheit gefährlichen Strömungen zulage getreten seien. Im übrigen bemühten sich die nationalliberalen Redner, jeden Verdacht zu beseitigen, als ob sie für irgend ein demokratisch-parlamentarisches Regierungssystem zu haben seien. Der Finanzminister v. Gielwig erwiderte darauf, die sächsische Regierung habe es für ihre Pflicht gehalten, die Vermögenszuwachssteuer abzulehnen, weil sie darin den ersten Schritt zur Reichseinkommensteuer erblickt habe. Eine solche hätte die Regierung aber unter allen Umständen verhindern müssen. Partikularistische Bestrebungen hätten der Regierung fern gelegen, aber an der Selbständigkeit der Einzelstaaten müsse sie festhalten.

Genosse Fleißner wies auf die Lebensmittelsteuerung durch die Zölle hin und gestellte die auf Erlangung eines läckenlosen Zolltarifgesetzes gerichteten Bestrebungen. Scharf kritisierte er den nationalliberalen Bierhaus, forderte, daß die Regierung für eine Reform des Militärstrafgesetzes eintrete, und beleuchtete dabei das Erfurter Kriegsgerichtsurteil und die Vorgänge in Zabern, besonders auch die Freisprechung des Obersten Neuter.

Die Schärfe der Fleißnerschen Kritik machte den Präsidenten nervös, so daß er mehrmals zur Mäßigung mahnen zu müssen glaubte. Der Ministerpräsident Graf Bismarck erwiderte aufgeregt. Im ganzen deutschen Vaterlande, so führte er aus, existiere wohl kein national gesinnter Mensch, der sich nicht aufrichtig über die Freisprechung des Obersten Neuter gefreut habe. (Stürmischer Protest bei den Sozialdemokraten.) Die Beschuldigungen hätten sich als unrichtig erwiesen, und er lasse dahingestellt, ob der Reichstag das Mißtrauensvotum gegen den Reichsanwalt beschließen wolle, wenn er von den Vorgängen richtig unterrichtet gewesen wäre. Der konservativere Führer Opitz warf sich zum Verteidiger der Zaberner Soldaten und des preussischen Junkertums im Herrenhause auf, während der Fortschrittler Prof. Koch die direkte Reichsteuer begrüßte und das Zaberner Urteil szeptisch behandelte.

Die neueste Offenbacher Kommunalaffäre.

Durch die bürgerliche Presse geht eine neue Geschichte von der „Wichtigkeitsfrage“ der sozialdemokratischen Offenbacher Kommunalverwaltung. Daß die Verwaltung der Stadt Offenbach erheblich leistungsfähiger und naturlich auch viel schlichter wie in anderen von bürgerlichen Mehrheiten regierten Gemeinden sei, haben ja die Verleumder der Offenbacher Sozialdemokraten wiederholt behauptet — freilich immer auf Grund erfundener oder gefälschter Ziffern, wie ihnen regelmäßig nachgewiesen werden konnte. Diesmal soll jedoch ein Sozialdemokrat selbst, ein Offenbacher sozialdemokratischer Stadtverordneter gar, Zeugnis abgelegt haben für die Wichtigkeitsfrage seiner eigenen Parteigenossen. Dieser, der Stadtwirtschafts- und Rechtsanwalt Dr. Kay, forderte nach bürgerlichen Beispielen von dem Oberbürgermeister eine Aufstellung über die Zahl der Beamten und ihre Verteilung auf die einzelnen Ämter, und begründete diese Forderung damit, daß in manchen Ämtern zu viel Beamte beschäftigt würden. So sollten im Verkehrsamte elf Beamte eine Arbeit leisten, die vier reell arbeitende Beamte erledigen könnten. In einem anderen Amt gebe es einen Obersekretär, der 500 M. Gehalt bekomme und nur auf die Anmündung von Hunderten warte, sonst aber nichts zu tun habe. Die Deputierten, die möglichst viele untergeordnete Beamten haben wollten, kämen häufig ganz unvorbereitet und ohne Kenntnis ihrer Ämter zu den Kommissionssitzungen, wo sie sich dann rasch von einem Sekretär unterrichten ließen. Das sei ein Skandal. Wenn etwas versehen würde, würde dann hinterher bekanntlich immer die Stadtverordnetenversammlung die Schuld; er, Kay, bedanke sich aber, das „Leitendende der Verantwortung“ anzunehmen. Ihm „passe der ganze Kram nicht.“

In der Tat hat der Sozialdemokrat Kay, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach solche Ausführungen gemacht. Mit dieser Rede allein aber konnten die Gegner nichts anfangen, denn daß ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher gegen pflichtvergessene Beamte scharf vorgeht, kann ihm am Ende nur als Verdienst angerechnet werden, und daß die beschuldigten Beamten allesamt gut bürgerlich gesinnte Leute sind, ist ein Umstand, den man auch nicht gegen die Sozialdemokratie auszusprechen kann. Man half sich daher in anderer Weise, indem man im bürgerlichen Bericht erzählte, daß Kay „sozialdemokratische Fraktionsgenossen“ ob dieser Angriffe entsetzt waren“ und sich daher „ein Gewitter entlud über dem Haupte dessen, der die Vorgesetzlichkeit von Offenbachs Verwaltung unter der sozialdemokratischen Herrschaft anzuhängen gewagt hatte.“ Nur die beiden fortschrittlichen Stadtwirtschafts- und Rechtsanwältinnen gaben nach dem bürgerlichen Bericht dem sozialdemokratischen Ankläger teilweise recht.

Das ist Schwindel; dem sozialdemokratischen Redner trat man in einem Punkte allerdings entgegen, da die Behauptungen desselben über das Versicherungsamte unrichtig waren und dem Genossen Kay in irreführender Weise von einem intrigierenden Beamten zugeordnet worden sind. Im übrigen aber wurde ein wenig in einer extra zu diesem Zwecke einberufenen Stadtwirtschaftsversammlung beschlossen (wie der bürgerliche Berichtsteller selbst zugeben muß), dem städtischen Kontrollauschuß die Angelegenheit zur schleunigen und gründlichen Untersuchung zu überweisen, zu welchem Zwecke dem Dr. Kay aufgegeben wurde, seine Beschuldigungen schriftlich niederzulegen. In der Tat ist dieser Kontrollauschuß schon eifrig an der Arbeit, und wenn sich die Beschuldigungen bestätigen sollten, wird die sozialdemokratische „Wichtigkeitsfrage“ nicht saunen, gegen die arbeitslosen Beamten energisch vorzugehen, wie sie das schon bei einer Reihe anderer, noch aus der Zeit der bürgerlichen Herrschaft stammenden pflichtvergessenen Beamten getan hat.

Mit dem Beweis für die Unfähigkeit sozialdemokratischer Kommunalverwaltung ist es also wieder nichts.

Sie mögen alle.

Nicht nur in den Großstädten, auch auf dem Lande bringt die Veranlagung zur Wehrsteuer uncollektierte Vermögensbefunde ans Tageslicht. So veröffentlicht der Landrat des Kreises Jsenbagen in der Provinz Hannover eine Bekanntmachung, worin es u. a. heißt: „Die oberständliche Durchsicht der Wehrsteuererklärungen hat ergeben, daß in diesem Jahre annähernd das Doppelte des bisher überhaupt besteuerten Kapitalvermögens deklariert worden ist. Ueber drei Millionen Mark waren bisher im Kreise Jsenbagen der Besteuerung entgangen. Es besteht der dringende Verdacht, daß noch erheblich mehr Kapitalvermögen vorhanden ist.“ Der Landrat macht dann darauf aufmerksam, daß noch bis zur Beendigung der diesjährigen Veranlagung berichtende Angaben hinsichtlich der Höhe des vorhandenen Vermögens entgegengenommen werden.

Da kann man ja auf die endgültigen Ergebnisse wirklich neugierig sein. Als kürzlich Meldungen über die überraschenden Resultate der Wehrsteuererhebung in den großen Städten durch die Presse liefen, schrieb die „Deutsche Tageszeitung“ wohlgenut, da zeige sich, was die Steuerhinterzieher in Wirklichkeit zu tun haben. Das oben mitgeteilte Resultat in dem rein ländlichen Kreise Jsenbagen, zu dem nur eine einzige Stadtgemeinde mit 2100 Einwohnern gehört, zeigt aber, daß die Ritter von War und Palm nicht minder wie die Industriellen, Handels- und Börsenherren bisher verstanden haben, den Staat um Millionen zu betrügen.

Der abgebliebene Staatsanwalt.

In Strassburg wickelte sich am Montag der zweite Akt eines vom preussischen Kriegsministerium eingeleiteten Verfahrens gegen die dort in französischer Sprache erscheinende Zeitung „Journal d'Alsace-Lorraine“ ab. Die Zeitung hatte in einem Artikel vom 25. Juli 1918 die Ansicht vertreten, daß im Kriegsfall die Elzass-Lothringer in die vorderste Reihe gestellt würden, damit man sie so am besten los werde. Das Kriegsministerium hatte deshalb gegen die Zeitung Anklage eingeleitet, und der verantwortliche Redakteur Jung wurde feinerzeit zu einer Haftstrafe von drei Wochen verurteilt, die er bereits verbüßt hat. Aus dem Pseudonym des Artikels wollte nun der Staatsanwalt wissen, daß der Verfasser der Redakteur Wind sei, und die Staatsanwaltschaft zog deshalb auch diesen zur Verantwortung. In der Verhandlung vor der Strafkammer beantragte die Staatsanwaltschaft gegen Wind als Verfasser des Artikels eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Das Gericht konnte sich jedoch nicht davon überzeugen, daß Wind der Tat überführt sei und sprach ihn deshalb mangels Beweisen frei.

Militärjustiz.

Der Arbeitskolon Ernst Hipl hatte sich in Königsberg vor dem Kriegsgericht wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten und Schützungsverletzung zu verantworten. Beim Kommando zum Turnen stieß der Sergeant Wannagat den Angeklagten an. Dieser erklärte: Herr Sergeant, ich verbitte mir das, wenn Sie das tun, so ist das ein tätlicher Angriff. Dann soll er dem Sergeanten auf die Hand getreten haben. In der Vernehmung wurde Schützungsverletzung und in dem auf die Hand treten — tätlicher Angriff erklart. Vier Soldaten belundeten jedoch, daß es nur auf Zufall zurückzuführen gewesen wäre, daß der Arbeitskolon dem Sergeanten auf die Hand getreten habe. Trotzdem beantragte der Anklagevertreter zwei Jahre und einen Tag Gefängnis. Das Gericht sprach den Angeklagten von der Anklage des tätlichen Angriffs frei, da es sich nicht davon überzeugen konnte (trotz der belastenden Aussage des Sergeanten), daß der Angeklagte absichtlich dem Sergeanten auf die Hand getreten habe. Wegen der Vernehmung: Herr Sergeant, ich verbitte mir das und wegen Ungehorsams erkannte das Gericht auf zwei Monate Gefängnis.

Deutsch-französische Verständigung über türkische Eisenbahnfragen.

Der Entwurf zu der deutsch-französischen Abmachung über türkische Eisenbahn- und Finanzfragen ist Sonntag mittag im Auswärtigen Amt von den beiderseitigen Unterhändlern paraphiert worden. Der Entwurf hat die Form eines Abkommens zwischen der Deutschen Bank, die gleichzeitig die Anatolische und Bagdadbahn-Gesellschaft vertritt, und der kaiserlich-österreichischen Bank, die gleichzeitig für die Griechische Eisenbahngesellschaft und die zu gründende Eisenbahngesellschaft für das Schwarze Meer vertritt. Die deutsche und die französische Regierung beabsichtigen nach endgültiger Prüfung des Abkommens von dessen Inhalt durch einen Notenwechsel offiziell Kenntnis zu nehmen. Voraussetzung für das Inkrafttreten der Abmachungen ist die Einigung der beiden Parteien mit der türkischen Regierung über die zurzeit noch schwebenden Fragen.

Die Verfassungskrise in Schweden.

Stockholm, 15. Februar. (Fig. Ber.) Aus dem Ministerium De Geer ist es diesmal noch nichts geworden. Die Mitglieder der liberalen Fraktion haben abgelehnt, sich an der Sache zu beteiligen, bevor nicht die verfassungsmäßige Grundlage wieder hergestellt ist. Auch die persönliche Bearbeitung einiger Liberalen durch den König ergab kein anderes Resultat, da die liberalen Abgeordneten fest blieben.

In dieser Situation hat der König sich nun an den Herrn Gammarhjöld gewandt, der ihm versprochen, einen Versuch zur Gründung eines Ministeriums „ohne parteipolitischen Charakter“ zu unternehmen. Ein nicht parteipolitisches Geschäftsministerium also, das die Aufgabe haben wird, die Reumahlen zu leiten, falls es sich herausstellt, daß eine Mehrheitsbildung in der Zweiten Kammer nicht gelingt. Und das ist sicher besser. Die Reichstagsmehrheit ist entschlossen, vor Lösung der Verfassungskrise keine Mittel zu bewilligen. Herr Gammarhjöld ist ein tüchtiger Jurist von europäischem Ruf, aber kein Ruf als Politiker ist sehr zweifelhafter Natur. Er ist als wackelhafter Reaktionskonservativer, sondern als Reaktionsär angebrochen zu werden. Zu seiner, den heutigen verfassungsmäßigen Verhältnissen Schwedens nicht mehr angepaßten politischen Gesamtauffassung kommt sein royalistischer Servilismus, der ihm zwar in hohem Maße im gegenwärtigen Moment das Vertrauen des Hofes einträgt, ihn aber doch unmöglich macht im Reichstage.

Die auf ihn entfallene Wahl zeigt, wohin die Reise gehen soll — wenn der Hof sie dirigieren darf. Die Partei der Konservativen hat sich gehütet, die Verantwortung der Kabinetsbildung zu übernehmen, sie möchte nicht als die Partei des persönlichen Regiments in den Wahlkampf ziehen. Aber es ist notorisch, daß an der Berufung des Herrn Gammarhjöld die konservativen Parteigänger in diskreter Form mitgewirkt haben. In einem Zusammenhang zwischen den Konservativen und diesem Ministerium der Dossamaria ist also nicht zu zweifeln.

Während der Hof und seine Helfer nach den passenden Männern sich umsehen, ziehen die Parteien in den Wahlkampf. Die Liberalen haben bereits am Freitag einen Aufruf an die freisinnigen Bürger des Landes veröffentlicht, in welchem die Lage scharf umschrieben und festgesetzt wird, daß die Krise eine Verfassungskrise ist, die mit der Landesverteidigungsfrage nur in formellem Zusammenhang steht. Die Konservativen wiederum behaupten in ihrem einen Tag später erschienenen Aufruf das Gegenteil, sie versuchen, den Bauernzug für ihre Wahlinteressen zu fruktifizieren und schüren mächtig die Russenfurcht.

Die Sozialdemokratie wird entschlossen für eine Herabsetzung der Wehrzeit und der Kosten sowie gegen das persönliche Regiment in den Wahlkampf ziehen. Ihre Position kann zurzeit als unerschütterlich angesehen werden, denn ihre Wählermassen sind Gegner der Rüstungen sowohl als des persönlichen Regiments. Schwieriger ist die Situation der beiden anderen Parteien zu beurteilen. Die Wähler haben zu entscheiden, ob sie sich für die freiheitliche Entwicklung des Landes oder für ein Scheinkonstitutionelles persönliches Regiment erklären wollen.

Das Ministerium Hammarhjöld.

Stockholm, 16. Februar. „Aegens Rådsher“ und „Evenska Dagbladet“ enthalten die Ministerliste, die dem Vernehmen nach vom Landeshauptmann Hammarhjöld vorgelegt und vom König genehmigt worden sei. Die Liste enthält folgende Namen: Landeshauptmann Hammarhjöld Ministerpräsident und Kriegsminister; Bankdirektor Wallenberg Minister des Auswärtigen; Obergerichtspräsident Haffelroth Justizminister; Fabriksbesitzer Wennersten Finanzminister; Landeshauptmann v. Sjöbo Minister des Innern; Professor Westman Kultusminister; Schiffsbauer Dan Proström Marineminister; Gutsherrlicher Freiherr J. Beck-Friis Ackerbauminister; Expeditionschef Stenberg und Linner sowie Oberst Roerde Minister ohne Portefeuille. Von offizieller Seite wird diese Liste heute weder bestätigt, noch dementiert. Sicherem Vernehmen nach wird das neue Ministerium morgen ernannt werden.

Dänemark.

Die Verfassungsrevision.

In der gemeinsamen Kommission der beiden Kammern haben die Rechtsliberalen unter Christensen nunmehr die Abänderungsanträge zur Regierungsvorlage, die sie für notwendig halten, um eine Mehrheit in der Ersten Kammer für die Verfassungsrevision zu gewinnen, eingebracht. Die Abänderungsanträge betreffen nur die Erste Kammer, die durch allgemeines Wahlrecht der Männer und Frauen hervorgehen soll; das Wahlrecht wird aber an eine Altersgrenze von 35 Jahren geknüpft. Es soll ferner die Proportionalwahl angewendet werden, 54 Abgeordnete werden von den Wählern und 12 vom König gewählt. Die letzteren werden jedoch von den Parteien der Kammer vorgeschlagen. Die Mandatsdauer soll acht Jahre dauern und die Erste Kammer unauf löslich sein. Gegen diese letztere Bestimmung wenden sich aber auch einflussreiche Mitglieder der rechtsliberalen Fraktion.

Frankreich.

Die Heeresausgaben.

Paris, 16. Februar. Der Bericht, den der Deputierte Chagnel im Namen des Heeresauschusses in der heutigen Kammer Sitzung vorlesen wird, teilt mit, daß die Regierung anstatt der ursprünglich angeforderten außerordentlichen militärischen Ausgaben von 880 Millionen rund 1410 Millionen verlangen werde, und zwar 655 311 000 Fr. anstatt 440 Millionen für die Erhöhung des Friedensstandes und 754,5 Millionen anstatt 420 Millionen für die Verbesserung des Kriegsmaterials. Ferner weist der Bericht auf die Notwendigkeit hin, große Liegungsplätze zu beschaffen. Die auf 130 Millionen Frank veranschlagten Kosten wurden auf fünf Jahre verteilt.

Türkei.

Die Inselfrage.

Konstantinopel, 16. Februar. Auf die Rolle der Großmächte über die Inselfrage erklärt die Antwort der Porte: Die kaiserliche Regierung war also der festen Hoffnung, daß die Mächte ihr Mandat gebrauchen würden, um der Inselfrage eine den wohlverstandenen Interessen der beteiligten Parteien entsprechende Lösung zu geben. Mit lebhaftem Bedauern stellt sie fest, daß die sechs Mächte die Lebensinteressen des Reiches nicht genügend in Rechnung zogen und diese Frage nicht so lösten, um jeden ernstlichen Streit aus dem Wege zu räumen. Indem die kaiserliche Regierung von der Entscheidung der sechs Mächte bezüglich der Rückgabe der Inseln Inbros, Tenedos und Castellorizo Kenntnis nimmt, wird sie, ihrer Pflichten bewußt und die Wohlthaten des Friedens nach ihrem hohen Werte schätzend, sich bemühen, ihre gerechten und legitimen Forderungen zur Geltung zu bringen.

Japan.

Die Bestechungsaffäre.

Tokio, 16. Februar. In der gestrigen Sitzung des Parlaments kam es bei der Beratung des Geschäftssteuergesetzes zu stürmischen Ausbrüchen. Die Opposition schlug ein obstruktives Verfahren ein. Ein Mitglied der Opposition zertrümmerte die Stimmurnen. Am Abend drang ein Mann in das Ausschußzimmer und mißhandelte ein Ausschußmitglied so, daß seine Lebensversicherung in ein Krankenhaus notwendig war. Der Angreifer ist verhaftet worden. — Die Opposition gibt als Grund für ihr Vorgehen an, daß ihre Anfragen und Einprüche nicht gehört worden seien. Als sich das Parlament um Mitternacht verlagte, war man in der Beratung noch keinen Schritt vorwärts gekommen.

Im Oberhaus gab heute der Marineminister bekannt, daß der Admiral Fuji und der Kapitän Sawasika wegen Beteiligung an der Bestechungsangelegenheit vor ein Kriegsgericht gestellt werden würden. Auf ein Anfrage, warum der Premierminister und der Marineminister nicht ihre Entlassung einreichten, erklärte der Premierminister, daß man das Ergebnis der kriegsgerichtlichen Verhandlung abwarten wolle; zurzeit stehe noch nicht fest, ob die Korruption allgemein sei, oder ob es sich um einen Einzelfall handle.

Letzte Nachrichten.

Der Sittenstand in Posen.

Posen, 16. Februar. (Privattelegramm des Korrespondenten.) In den aufsehenerregenden Sittenstand werden immer mehr sehr angesehenen Personen hineingezogen. Heute wurden wieder vier Personen wegen Vergehens gegen den § 175 des Strafgesetzbuchs verhaftet. Außerdem ist eine auf der Durchreise begriffene polnisch-galizische Schauspielerin wegen Stillschleusverbrechens in Haft genommen worden. Weitere Verhaftungen sollen noch folgen.

Kapitalistischer Haß.

London, 16. Februar. (W. T. N.) Unterhaus. Im Verlauf der heutigen Sitzung wurde angeregt, die aus Südafrika deportierten Arbeiterführer als lästige Ausländer zu behandeln. Der Staatssekretär des Innern, Mac Kenna, erwiderte, daß dies nicht in seiner Macht stünde, da alle Deportierten britische Untertanen bzw. naturalisierte britische Untertanen seien.

Zusammenschluß der belgischen und deutschen christlichen Gewerkschaften.

Brüssel, 16. Februar. Der „Königlichen Volkszeitung“ zufolge werden sich die christlichen Gewerkschaften der Grubenarbeiter in der belgischen Provinz Limburg den deutschen Gewerkschaften anschließen. Der Anschluß an die deutschen Gewerkschaften ist mit ausdrücklicher Genehmigung des Bischofs von Kortrijk erfolgt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Obiglos Konzert- und Festsaal, Köpenstraße 29:

Verammlung

aller

arbeitslosen Holzarbeiter Groß-Berlins.

Tagesordnung: 1. Bericht über die in der letzten Versammlung angeregten Maßnahmen. 2. Bericht der Arbeitslosen-Deputation.

Bodenleger.

Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 Uhr, in Hermels Vereinshaus, Holzmarktstraße 21:

Mitglieder-Verammlung

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage in unserer Branche. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Maschinenarbeiter.

Mittwoch, den 18. Febr., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Branchen-Verammlung

Tagesordnung: 1. Unfallschutz an den Holzbearbeitungsmaschinen. 2. Jahresbericht. 3. Branchenangelegenheiten.

Korbmacher.

Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Alexanderhof, Alexanderstr. 27a:

Verammlung

Tagesordnung:

Wirtschaftskrise und Korbmacherhandwerk. Referent: Kollege W. Günther aus Bernburg.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Zimmerer.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 Uhr, in Obiglos Festsaal, Köpenstr. 29:

Zahlstellen-Verammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Regelung der Sozialbeiträge. 3. Bericht der Kommissionen und Neuwahl derselben. 4. Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge.

Vollzähliges Erscheinen der Delegierten ist Pflicht.

Der Vorstand.

Sie laufen wie eine Biene,

wenn Sie unsere geflickten Haus- u. Strohschuhe tragen.

Kein Brennen d. Füße, 1. Schweißfüße, 1. geschwoll. Gelenke, 1. Krampfad., 1. Venenentz., 1. Fußverengung, 1. Ballen, 1. Druck empf. hochlieg. Fehen, 1. Gicht, 1. Rheumatismus mehr; ausnahmslos, weich, elastisch, ausdünkungsfähig. Garantie f. sichere, dauernde Hilfe, auch f. b. verweirte Füße, u. absof. Brauchbar, un. geflickt. Schuhwerk. Zel.: Sglt. 8252. Reichl. Lager in sehr warmen, mittelwarmen u. kühl. Stadien, jeder Witterung f. jeder Eigenart d. Füße entsprechend. Mehr. Preisliste fr. Strickschuh-Fabrik

Winzer & Co., O., Krautstr. 52, Fabrikgeb. Hof 6. Aufg. Einzelverkauf: W., Potsdamer Str. 100, Rosenthaler Str. 59, Nähe Steinstraße. NO., Gr. Frankf. Str. 94, Nähe Markstr. 80., Rottb. Str. 211. Charlottenburg, Kantstr. 125, Nähe Leibnizstr. Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Str. 3. Leipzig, Hauptstr. 17/19, Passage Lederhof. Dresden, Reichenstr. 42. Dresden, Gumpertstr. 22. München, Rajmannstr. 4, II.

H. & P. Uder, Engel-Aker 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.

Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.

Amt IV. 3014.

Heines Werke Reuters Werke

Buchhandlung Vorwärts

Der beste Schuhputz ist

Urbin

Millionenfach verbraucht man ihn

In Dosen zu 10, 30 und 25 Pfennig.

Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Spezialarzt

Dr. med. Wockentz,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schoelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Borststörung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

Hautleiden

Seht bin ich in der Lage, Ihnen meinen herzlichsten Dank für Ihre wundervoll hellende Medizin, die mich vollständig von dem schauderhaften Gantleiden befreit hat, voll und ganz zu sagen. Günstig Wirkung, München (Sez. Halle). Die patentmäßig Hautpillen in Berlin geschäftl. Hautpillen u. allen Vororten in allen Apotheken zu haben. Berlin nach auswärts durch Bismarck-Apotheke, Berlin, Wrangelstraße 47. Postkarte genügt.

Bruchbandagen

Leibbinden, Geradhalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensorien, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Lege-Hühner

garantiert junge, beste Lege, 2/2, R., empfiehlt F. Wegner, Berlin SO., nur Mariannestr. 31. 18/15

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 17. Februar 1914.

Anfang 6 Uhr.
Cinec Palast am Zoo. Varietè-Spiel.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Cinec Kollendorf-Theater. Varietè-Spiel.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Cernhaus. Romeo und Julia.
Kgl. Schauspielhaus. Die Rabenheimerin.
Deutsches Königstheater.
Jitzus Quich. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 3/4 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Meyers.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamme.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die beiden Leonoren.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Herodes und Mariamme.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Hinter Mauern.

Komödienhaus.
8 Uhr, Kammermusik.
3. 25. Male.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonnt. Am. 3/4, II.: Der liebe Augustin.

Theater am Kollendorfplatz 5.
8 Uhr: **Prinzeß Gretl.**

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383.
Dienstag 8 Uhr: **Das Phantom.**
Mittwoch, nachmittags 3/4, 8 Uhr: **Peterchens Mondfahrt.**
Donnerstag, 8 Uhr: **Der Bogen des Odysseus.**

Fried-Wilhelmst. Theater
Frl. Traillala — Gilbert.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 22. Febr., nachmittags 3 Uhr: **Heimat.**

Residenz-Theater
8 Uhr: **Hoheit — der Franz!**
Musikalische Grotte in 3 Akten von Viktor Landsberger und Wili Wolf. Musik von Robert Winterberg. Morgen u. f. Tage: **Hoholt — der Franz!**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Kinder der Großstadt.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: **Schüler-Vorstellung: Wilhelm Tell.**
Donnerstag 8 Uhr: **Im weißen Röhl.**

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Ein neues Berliner Volksstück:
Die olle Webern.
Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor! Einziges Theater in diesem Genre! Im Stile der alten Wallner-Bühne.
Sonnt. 4 Uhr: **Unsere lieben Frauen.**

Vereinigte Berliner Volksbühnen.
Luisen-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr:
Walhalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr:
8 1/2 Uhr: **Das erste Ehejahr.** Täglich 8 1/2 Uhr:
Schausp. in 5 Ak. u. Ernst Ritterfeldt. **Tangosieber.** Große Poese in Nach dem Roman von Ruth Gsch. u. Lang in 3 Ak. v. Erich Urban.

Brauerei Friedrichshain
Mittwoch und Donnerstag:
Elite-Bockbierfest.
Dienstag, den 24. Februar, Fastnacht:
ALPENBALL
verbunden mit Preis-Tango-Wett-Tansen. Kolossaler Betrieb.
4 Kapellen. Kein Kostümzwang. Karten im Vorverkauf Herren 75 Pf., Damen 50 Pf. bei A. Wertheim.
Nante Gruske, Arrangeur der Alpenbälle bei Kroll.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Gr. Doppelkonzert!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen
Großes Nachmittags-Konzert
bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
Heute Dienstag, den 17. Februar 1914,
Elitetag!
Prämierung der engsten Taille.
Damen von 125—150 Pfund. Damen von 151—175 Pfund und von 176 Pfund und darüber
3 bare Geldpreise von je 33 Mark
und diverse Trostpreise.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Anmeldungen bis 10 Uhr an der Kasse.
Die in den Vorjahren Prämierten scheidet aus.
Voranzeige! Morgen Mittwoch, den 18. Februar:
Prämierung der größten und schwersten Kartoffel.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Winter in der Schweiz.

Zirkus Alb. Schumann.
Heute Dienstag, d. 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung.
U. a.:
Dir. Alb. Schumann mit seinen einzig dastehenden Schul- u. Freiheitsdressuren
Original Little Freds Akrobat u. kunstreich Hunde.
Ku-Ka-Di gen. Goldmaphisto.
Leach-Laquina-Trio 2 Damen, 1 Herr in ihrer neuesten Sensation und die übrige neuen Attrakt.
Um 9 1/2 Uhr:
Das gr. Ausstattungsg. i. 78 Bildern
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung. U. a.:
Ed. Wulfs
Terrier am Trapez.
Herr Burdard Postit, Schulleiter auf „Donald“. Ferner **Die Uessens** in ihrem akrobatischen Stütz „Artistenkinder“. Hierzu alle großen Attraktionen.
Zum Schluss:
„Pompeji“.

Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
Zum 56. Male:
Der Stolz d. 3. Kompagnie mit
Hartstein.
Lachen ohne Pause! Rauchen gestattet!

Metropol-Theater.
Abends prägnante 7 Uhr 50:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

WINTER GARTEN
Madge Lessing und **Fred Wright**
Grock u. Lola Perzeffs Trupp. Komisches Jongleurstüchchen. „Un souper chez Maxim“ sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten Februar-Attraktionen! — Rauchen gestattet! —

Passage-Panoptikum.
Die wilden **Feuerfresser**
in ihren fanatischen **Hartern.**
Hister Rappo, der Ausbrecherkönig. **Unfassbar!** **Lebend!**
Ohne Extra-Entree.

Folies Caprice.
8 1/4 (Café Pingsheim Der Heiratsgraf Meyersteins

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Anatoles Hochzeit.

Admiralspalast.
Eis-Arena. Täglich:
Die lustige Puppe.
Großes Ballett auf dem Eis. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. Wein- u. Bier-Abteilung.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zimmer No. 18.
Urkommische Burleske. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßig. Preisen:
Eine Hochzeit in der Müllerstr.

Gewerkschaftliches.

Notstandsarbeiten als Mittel zum Tarifbruch.

Gegen die Schaffung von Notstandsarbeiten mit dem Ziel, dadurch wenigstens einer Anzahl von Arbeitslosen Beschäftigung und Verdienst zu geben, läßt sich grundsätzlich gewiß nichts sagen. Im Gegenteil: wo nur Sozialdemokraten in einer Gemeindevertretung sitzen, da erwarten wir von ihnen, daß sie zu dem erwähnten Zweck die Einrichtung von Notstandsarbeiten beantragen. Das entspricht den Forderungen, die allgemein von der Arbeitererschaft an Staat und Gemeinde gestellt werden. Aber die Forderung lautet nicht: Notstandsarbeiten um jeden Preis! Durchaus nicht. Daß man für Schneider, Goldarbeiter usw. keine Bauarbeiten einrichten soll, das versteht sich am Rande. Es muß aber auch weiter, und zwar grundsätzlich gefordert werden, daß den bei Notstandsarbeiten Beschäftigten Arbeitsbedingungen gewährt werden, die mit den Forderungen der Arbeiter nicht in Widerspruch stehen, die vor allem keine Verletzung der von Arbeitern und Unternehmern anerkannten Tarife darstellen. Unter allen Umständen ist das für den in Betracht kommenden Beruf tariflich festgelegte Lohnminimum zu fordern. In manchen Fällen werden aber von den Gemeinden, die Notstandsarbeiten einrichten, die bestehenden Tarife gar nicht beachtet. Das gilt besonders für Bauarbeiter, vorwiegend für Bauhilfsarbeiter. Anstatt mindestens den Tariflohn zu zahlen, richten sich viele Gemeinden nach dem niedrigen sogenannten Ortslohn. Ja selbst unter diesen geht man noch hinab. Der „Westd. Arb.-Ztg.“ berichtet, um nur ein Beispiel anzuführen, ein Bauarbeiter folgendes:

„Dem Schreiber sind zwei Orte bekannt, wo der Tariflohn für Bauhilfsarbeiter auf 47-48 Pf. steht. Der ortsübliche Tageslohn nach der neuesten Festsetzung beträgt aber 3,50 M. pro Tag. Die eine Gemeinde läßt Erdarbeiten ausführen und soll pro Tag 2 M. zahlen und für jedes Kind 10 Pf. Zulage. Die andere dagegen läßt Abbrucharbeiten machen und zahlt 27 und 28 Pf. pro Stunde. Bei achtstündiger Arbeitszeit beträgt im ersten Falle der Lohn 5 M. und je nach der Kinderzahl ein paar Pfennige mehr pro Stunde. In letzterem Falle beträgt der Tageslohn 2,16 M. Der Tariflohn beträgt in der nämlichen Zeit 3,76 bis 3,84 M. pro Tag.“

Die „soziale Fürsorge“ der betreffenden Gemeinden bekommt durch solche Entlohnung den Charakter einer bössartigen Ausnutzung der Notlage derjenigen, die gezwungen sind, Notstandsarbeiten zu verrichten. Mehr noch! Die Wahrung des Tarifs bedeutet auch eine unzulässige Konkurrenz gegenüber dem Privatunternehmer, der die Arbeiter nach dem Tarif entlohnt. Und damit wird das oft mühsam errichtete Tarifwerk durch die eigenartige gemeindliche soziale Fürsorge gefährdet. Gemeinden, die unter dem anerkannten Tarif bezahlen, leisten in Wirklichkeit gar nichts für Arbeitslose, im Gegenteil: sie sparen auf deren Kosten und schädigen die gesamte Arbeitererschaft! Gegen solche Art „Sozialpolitik“ ist Protest zu erheben. Notstandsarbeiten dürfen nicht als Aushängeschild für Lohndrückerei und unzulässige Konkurrenz dienen. Das sollten auch alle Gemeindevertreter beherzigen — und demgemäß handeln —, die sich über die Enge und Beschränktheit gemeindlichen Fiskalismus noch erheben können, und deren Fähigkeit, objektiv denken und urteilen zu können, noch nicht vollständig unter dem Eishaut feindseliger Stimmung erstarrte.

Berlin und Umgegend.

Beschwerden der Engroschlächter.

Ueber „Die neue Arbeitsordnung — eine Verschlechterung der bestehenden Arbeitsbedingungen!“ referierte Bergmann am Sonntagabend in einer

gutbesuchten Versammlung der Engroschlächter. Er führte aus: Schon vor einigen Jahren wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit verlangt, aber von der Organisation abgewehrt. Ja, es wurde feierlich sogar erachtet, die Deckung der Hallen um eine Stunde hinauszufristen. Alle weitergehenden Forderungen lehnten die betreffenden Behörden ab mit dem Hinweis, daß die beschränkten räumlichen Verhältnisse in den städtischen Hallen eine weitere Einschränkung der ungeheuren langen Arbeitszeit nicht zulassen. Inzwischen sind die Unternehmer bestrebt gewesen, die Arbeitszeit der Schlächter wieder auszudehnen durch Befestigung der um eine Stunde späteren Deckung der Hallen. Vor kurzem ist nun eine neue Schlachthofordnung herausgegeben worden, durch die am Montag und Donnerstag 15 Stunden, am Dienstag und Freitag 9 Stunden und am Mittwoch und Sonnabend 12 Stunden Dampf an die Schlächter abgegeben wird. Das sind 4 Stunden länger pro Woche als bisher, und dementsprechend ist auch ohne weiteres die Arbeitszeit der auf dem Schlachthof Beschäftigten um soviel verlängert worden. Was das zu bedeuten hat, geht aus dem Umstande hervor, daß nur eine einzige Firma eine wöchentliche Beschäftigungsdauer von 76 Stunden hat, die meisten jedoch bis zu 95 Stunden! Es wird nämlich von vielen Firmen vor und nach der Zeit, während welcher Dampf abgegeben wird, noch stundenlange Arbeit verlangt. Zwar hat das Schlachthof-Amt — angeblich im Interesse der Beschäftigten — in die Befragte Schlachthofordnung eine Bestimmung aufgenommen, daß eine Stunde nach Absperrung des Dampfes die Arbeiten beendet sein müßten. Es hat, um dieser Bestimmung Geltung zu verschaffen, gleichzeitig festgesetzt, es solle nach Verlauf der einen Stunde das Licht abgedreht werden. Die Schlachthofverwaltung lehrt sich aber durchaus nicht an diese Bestimmung, sondern es erhalte ein jeder Licht, solange er wünsche. Dadurch wird es gewissen Firmen möglich gemacht, die Arbeitszeit um weitere eineinhalb Stunden täglich zu verlängern. Es sei notwendig, die Deffentlichkeit auf diese ungeheuerlichen Zustände aufmerksam zu machen und den in Betracht kommenden Behörden zu sagen, daß sie durch ihre unverständlichen Maßnahmen derartige Zustände erst ermöglichen, obwohl sie vor nicht allzu langer Zeit das Versprechen abgegeben haben, die Arbeitsverhältnisse zu regeln und zu verbessern, wie es in vielen anderen Großstädten bereits geschehen ist. Freilich müssen auch die in Betracht kommenden Kollegen diesen Dingen ein weit größeres Interesse entgegenbringen als bisher, wenn eine Besserung erzielt werden soll. — Diese mit einem feurigen Appell schließenden Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und zugleich der Ortsverband vom Zentralverband der Fleischer sowie der Sektionsleitung der Aufträge erteilt, unter Darlegung der hier nur flüchtig umrissenen Verhältnisse bei den zuständigen Instanzen vorstellig zu werden wegen einer gründlichen Forderung der Arbeitsverhältnisse.

Es kann auch anders!

Das „Berliner Tageblatt“ nämlich. Wenn es ihm gerade geeignet erscheint, spielt es sich gern einmal als radikal auf; und wenn es glaubt, mit einer großen sozialpolitischen Geste einige Angestellte für den „entschiedenen“ Liberalismus einzufangen zu können, kämpft es „auf dem Boden“ auch der radikalsten Angestellten-Gewerkschaft. Im Abendblatt natürlich nur; um es im Morgenblatt zu widerrufen. Vor einigen Tagen noch wußte es Treffliches zum Koalitionsrecht zu sagen und den radikalen Speer zu schwingen, und am Sonntag brachte es folgendes Interat:

Nach Breslau, möglichst zum 1. März gesucht
erfahrener Techniker od. Ingenieur

für ff. sanitäre Anlagen, welcher völlig perfekt in Projekt und Ausführung und behärdeter Akquisitor sein muß. — Mitglieder des Bundes techn. u. industr. Beamten ausgeschlossen. Off. m. Zeugnisabj., Lebenslauf u. Gehaltsanvr. erb. unt. G. 267 an Hauptstein u. Vogler A.-G., Breslau.

Was wird nun Anton Erkelens in der „Wacht“, dem Blättchen des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellten zu der Brachleistung des großen Bruders sagen? Wahrscheinlich wird er, wie er es in all seinen zahlreichen Verlegenheiten zu tun pflegt, seine passe-partout-Antwort zur Stelle haben: An der Doppelzüngigkeit des „Berliner Tageblatts“ sind natürlich Schuld — die Roten!

Deutsches Reich.

Der Tapeziererverband im Jahre 1913.

Obgleich das Tapezierergewerbe eines der Berufe ist, die gegen Erschütterungen des Wirtschaftsmarktes am empfindlichsten

sind, hat die Organisation des Krisenjahr 1913 recht gut überstanden. Der Jahresdurchschnitt der Mitgliederzahl liegt von 10 434 im Jahre 1912 auf 10 534 im Berichtsjahr. Am Jahres-schluß machte sich allerdings ein Rückgang auf 10 164 bemerkbar gegen 10 575 am Schluß des Jahres 1912. Viele Berufsangehörige haben, wie in früheren ungünstigen Geschäftsperioden, dem Beruf zeitweise den Rücken gekehrt, um in anderen Erwerbszweigen ihr Brot zu suchen. Eine ganz beträchtliche Steigerung erfuhr die Ausgaben für Unterstütionen. Es wurden ausgegahlt: Reiseunterstützung 10 238 M. (5050 M.), Arbeitslosenunterstützung 104 283 (75 328) M., Krankenunterstützung 12 522 (10 816) M., Sterbegeldunterstützung 4332 (4345) M., Umzugsunterstützung 2540 (880) M., Notstandsunterstützung 525 (620) M. (Die einrückamerten Zahlen sind die für die gleichen Unterstütionzweige im Jahre 1912 ausgegebenen Beträge.)

Die Ausgaben für Streiklohn betragen 55 550 M., für Gewah-regelunterstützung 2171 M. und für Rechtsanw. 1185 M. Die Einnahmen des Verbandes beziffern sich auf 293 492 M., denen 301 348 M. Ausgaben gegenüberstehen, so daß am Jahres-schluß ein Verbandsvermögen inklusive der Bestände am Ort und der Kassen von 205 155 M. vorhanden war gegen 213 010 M. im Vorjahr. Die Einnahmen der Filialen betragen 118 393 M., die Ausgaben 103 828 M., das Vermögen der Filialen am Jahres-schluß 125 786 M. Das gesamte Vermögen des Tapezierer-verbandes betrug am Schluß des Jahres 1913: 330 941 M.; das ist gegen den Bestand am Schluß des Jahres 1912 eine Steigerung von 6709 M.

Die Differenzen in der Fleischwarenfabrik von N. G. Siem's in Apen (Oldenburg) bestehen weiter, wie auf vielfache beim Fleischerverband erfolgte Anfragen mitgeteilt wird. Eine Einigung ist nur möglich, wenn Herr Siem's ausreichende Garantie für die Rückgabe des Koalitionsrechts gewährt und nicht nur Gelde, sondern auch organisierte Gesellen beschäftigt. Heute werden organi-sierte Arbeiter in seinem Betriebe nicht gebildet. — Herr Siem's fabriziert ausschließlich Büchsenfleisch (Siem's Kraftfleisch) und führt die Marken „Equusit“ und „Probier“. Abgesetzt werden die Produkte bei Fleischermeistern, Kolonialwarenen- und Delikatess-geschäften sowie in einer großen Anzahl Konjunkturvereine.

Aus dem gelben Sumpf.

Auch in Hagen-Schwelm hat sich in den letzten zwei Jahren die gelbe Werbervereinsbewegung eingeiselt. Bei den Gründungs-versammlungen erklärten die gelben Häuptlinge stolz, man wolle in kurzer Zeit die „Streikgewerkschaften“ ablösen. Wenn die beginnende Krise auch den Gründungen der „Wirtschaftsrechtlichen“ Vorklub leistete, so sind die Erfolge dieser Streikfreierorganisationen doch recht mager. In einer großen Anzahl von Betrieben ist es den gelben Radern nicht gelungen, Boden zu fassen. Nur dort, wo sie durch grenzenlosen Terrorismus der Unternehmer unter-stützt wurden, konnten sie Scheinerfolge erringen. Einige Unternehmer gehen geradezu strupplos vor. Die schmutzigsten Mittel werden angewandt, um die Arbeiter in die gelben Vereine zu pressen. Ein Musterbeispiel für derartige Unternehmungen bildet die Firma Wittmann Radf. A. G. Haspe. Jeder Arbeiter, der bei diesem Betrieb um Einstellung nachsucht, muß vor seiner Ein-stellung eine Beitrittserklärung für den gelben Werberverein unterzeichnen. Lehnt der Arbeiter diese Zu-mutung ab und erklärt, er wolle überhaupt keinem Verein ange-hören, wird er nicht eingestellt. Arbeiter, die vor Gründung des gelben Vereins schon in diesem Betrieb tätig waren und es bisher ablehnten, der gelben Vereinigung beizutreten, werden so lange schikaniert, bis sie den Betrieb verlassen. Man kann die Firma ver-suchen. Ist es ihr doch seit Bestehen des gelben Wer-bervereins gelungen, die Löhne um zirka 10 Prozent zu drücken.

Im den Gelben scheinbar etwas zu bieten, werden Kranken-zuschüsse aus der Werbervereinskasse geleistet. Wie es aber den lieben Gelben mit einem derartigen Zuschuß geht, beweist folgender Vor-fall. Bei der Sicherer Lüding, die auch einen gelben Werberverein hat, erkrankte der Gelbe G. Die Krankheit erforderte die Lieber-führung ins Krankenhaus. Hier erhielt der Gelbe von seiner Firma folgende Karte:

„Hiermit kündige ich Ihnen Ihre Stellung zum 8. Januar 1914, da ich dieselbe anderweitig belegen mußte.“
Gochstättgenbooll

Gustav Lüding.“

Mit dem Ausschneiden aus dem Arbeitsverhältnis erlischt der Anspruch an die Werbervereinskasse und der Gelbe hat das Nachsehen.

Kleines Feuilleton.

Der Organisator der Schauspieler. Der streitbare Präsident der Deutschen Bühnengenossenschaft Hermann Kissen ist am Sonntag im Alter von 59 Jahren gestorben. Ein harter Schlag für die Schauspielererschaft, zweifellos. Man braucht nicht zu glauben, sie werde nun den Weg verlassen, auf dem ein Kissen ihr Führer wurde; aber keiner doch war so berufen, diese Führerschaft zu übernehmen, wie gerade er. Die Bühnengenossenschaft hatte das Glück, in kritischer Stunde in ihm den Mann zu finden, den sie notwendig brauchte. Nicht nur für diese Stunde, sondern für ihre weitere Entwicklung. Sie machte Schluß mit der Zeitstil des unentschiedenen Vermittelers, sie forderte entschiedenes Durchgreifen. Der diplomatisierende Vöbel mußte dem kernig auftretenden Kissen weichen, zwischen Bühnendirektoren und Schauspielern fuhr das Lichtschwert zerschneiden auseinander und das Bühnen und Bühnengenossenschaft stellte Bühnengenossenschaft in heftige Fehde. So legte vor fünf Jahren mit Kissen's Präsidenschaft die Bewegung ein, von der dieser Führer sagte, sie sei „eine neue Richtung in der Schauspielerbewegung, die wie ein geschlagener Adler in bitterer Erkenntnis der Räte unseres Berufes und aus aufrichtigem, warmem Mitleid für die Kleinen und Kleinsten unter uns“.

Was Kissen als Schauspieler am Deutschen Theater, am Burgtheater, zuletzt am Berliner Hebbeltheater gewesen ist, verjährt hinter der sozialen Kampfbereitschaft seiner letzten Jahre. Die wurde ihm das Wichtigste, und sie zwang ihn, seine Lust am Gestalten hart-fester Charaktere der neuen dramatischen Dichtung dem Amte zu opfern, das die Berufsgenossen ihm anvertraut hatten. Das paßt zu der Art dieses Medienburgers, der das Halbe haßte und aus Ganzes ging. Er ging aus Ganzes nicht als ein blinder Stürmer, sondern mit klarem Wissen von den hemmenden Schwierigkeiten, die dem Werk aus dem Menschenmaterial seiner Berufsgenossen erwachsen. Er kannte die Gefahr, die den Kampf der Schauspieler aus den eigenen Reihen her erwachte, er zeichnete den Andrang der Arbeitswilligen im Falle eines Schauspielerstreiks, er rief in den Tagen der Abwehr schmählicher Verschuldigungen, die ihn stürzen sollten, den Kronenreue zu: ihre Handlungswiese sei ohne Seitenstück in der Geschichte der sozialen Organisationen, und man müsse sich schämen vor jenen Räumern und Zimmerleuten, in deren Atmosphäre zu geraten einer der Widersacher nach seinem eigenen Ausdruck so sehr fürchtete. Trotz alledem übernahm Kissen die Leitung der Bewegung. Sein Charakter ließ nichts anderes zu. Die Sache trieb ihn.

Die Gefahren, die Kissen sah, sind in den fünf Jahren der neuen Richtung natürlich nicht geschwunden, und es ist bezeichnend, daß sofort in Verbindung mit der Nachricht vom Tode Kissen's die Möglichkeit erwogen wird, ob nicht ohne Kissen der Weg der

Bühnengenossenschaft ein anderer werden könne. Paul Schöntner hofft auf Versöhnung und Einigung mit dem Bühnenverein und appelliert an die Besonnenen. Aber wir meinen, hier wird nicht das Ausschneiden eines einzelnen, hier werden soziale Tatsachen entschieden. Und was ist da gelinde, das dem Schöntnerschen Hoffen einen Frühling verheißt könnte? Etwa das Kappen und Hin-schleppen des Theatergesetzes?

An diesem Gesetz, meinen wir, wird die Bühnengenossenschaft aufs neue lernen, daß ihr letzter Weg der Weg auch ihres zukünftigen Wirkens sein muß.

Kämpfer und Baumeister. Das Auge innenglühend und ins Weite gerichtet, das Antlitz in lichten Kämpfertrug gegen den Feind erhoben, mit freier Stirn, beschrift mit einem unsichtbaren Schilde, auf dem siegläubig der Wahlspruch schimmert: Wahrheit und Schönheit. So lebt wohl Ernst Haedels Bild in unzähligen, die sich durch des Kämpfers „Natürliche Schöpfungsgeschichte“ klaren und kräftigen Linsen wollten, um loszukommen aus dem Vann aller drückender Mächte. Also Haedel der Kämpfer! Und den soll man sich nicht aus dem Gesichtsbild wegdrücken lassen durch das Verdikt, das die letzten anderthalb Jahrzehnte aus Forschungs- und aus Künstlerlingsgründen über den Verfasser des auch von uns verworfenen Weltatlasbuches fällten.

Den Kämpfer Haedel haben die sechziger Jahre frei gemacht und plötzlich auf die Bühne geführt. Diese Jahre sind Durchbruchjahre der neuen Kampzeit gewesen, deren letzte, höchste Steigerung noch nicht erreicht wurde. Der Kultur schaffen will, muß die Massen gewinnen! Das war die Losung, die in jenen Jahren mit ganz neuer Kraft aufwachte, und Haedel, an dessen erster großer wissenschaftlicher Rundgebung das zünftige Gelehrtentum vorüberging, als ob sie ein Nichts wäre, nahm die Losung auf. Der Steinkirchner Naturforscher-versammlung rief er — vor einem halben Jahrhundert — die Worte zu: „Darwin bedeutet eine Weltanschauung“, und Darwin ist der Revolver der neuen Welt“. Das waren Worte, die nur von agitatorischer Kampfinbrunst geformt werden konnten, und Haedel wurde der Agitator des Darwinismus, der Agitator des Romismus, der Agitator, dessen Kraft im Kampfe leidenschaftlich wuchs, und der unermüdet geblieben ist bis heute herauf. Die Grenzen Haedelschen Denkens liegen seit langem klar zutage. Ein Tor, wer sich durch sie von der Freude an der zohen Agitatorentasche seiner Persönlichkeit wegdrücken läßt.

Und dem Agitator gestellt sich in diesem Manne der Organisator. Wir meinen nicht den Heiligen des Romistenbundes, sondern den Naturforscher, der den Faden, den die Naturwissenschaft vor zweihundert Jahren mit Dinnis bedeutungslos anspann, mit reifiger Energie weitertrieb. Goethe, der auf der Linie zwischen Dinnis und Haedel steht, hatte gesagt: „Wir befinden uns in einem Chaos von Semtinneisen, und seiner ordnet es; die Masse liegt da, und man schüttet zu; aber ich möchte es machen, daß man wie mit einem Griff hineingriffe und alles klar würde.“ Haedel hat sich als der Lehmanns-vollstrecker Goethes des Naturforschers gefühlt. Wo Goethe in Ahnungen stehen blieb, wollte Haedel vorwärts zu klaren Bewoh-

heiten. Wo Goethe ein Chaos sah, wollte Haedel einwirte Ordnung schaffen. Und er ging ein Werk mit der hoffenden Blut des Apostels, den der begeisterte Augenblick tausendjährig Werdendes prophetisch in schöner Vollendung schauen läßt: bis in die tiefsten Lebenswunder und Welträtsel hinein. Dieser Ueberschwang forschenden Fühlens gehört zur Persönlichkeit des Agitators Haedel, und wer möchte solch ungestümes Fingerzucken kleinlich schmälern, wo doch jedes Mit-reihen in einem Werben endigt! Das Bedeutende der Arbeit Haedels steht unverlöschlich fest: sie hat gefordert, daß das Gefühl, in der Natur ein organisiertes Ganzes sehen zu können, in die Massen bringen konnte.

Als ein Kunstwerk sah Haedel die Natur an. Goethe hatte es ihm vorgelesen, und er ging weiter bis zu der äußersten Grenze, die Natur als Künstlerin anzuschauen und anzustaunen. In einem großen Werke der letzten Lebenszeit schärfte er Anregungen seiner ersten starken Schaffensjahre als ein Schönheitsfinder und Schönheits-genießer aus. Er schrieb der Jelle, der Jelle eine plastische Tätigkeit, einen Kunsttrieb zu. Im feinsten und letzten Baumaterial der Lebenswunder sah er die organisierende Kraft an der Arbeit, die auf weise Ordnung und höchste Schönheit abzielt. An diese Lust des Forschers knüpft ein Schüler Haedels an, der in den schönen Festen der Sammlung „Leuchtende Stunden“ (Verlag Vita, Berlin) dem Meister zum achtzigsten Geburtstag eine Arbeit „Die Natur als Künstlerin“ widmet. Haedel selbst leitet die Arbeit ein, und Dr. W. Breitenbach setzt fort, was er sagt: vor allem auch in einer Fülle von Bildern, in denen die märchenhafte Schönheit der Natur-gestirbe sich entfaltet. Haedel will, die Kunst des Menschen soll auf-suchen, und auf den Wegen des neuen Kunstgewerbes spürt er Ver-faltungen seines Dunsches. Die Natur ist ihm die vorbildschaffende Urmalerin der Kunst.

Auch in dieser Schrift ist Haedel was er immer war: der Agitator, der zu den Massen reden will, der Organisator, der das unendlich Mannigfaltige nach einer Grundidee einheitlich erfährt, und immer der Mensch, dem alles Schaffen unter der befruchtenden Sonne großer Endziele geschieht und gedeiht. Seine Persönlichkeit ist erst ein Teil der geschichtlichen Entwicklung, die das Wesen der Menschen des letzten halben Jahrhunderts geformt hat. Sie zeigt den Baumeister, der sich auf's Kämpfen versteht, den Mann mit Kelle und Schwerk, dessen Art den aufwärts und vorwärts Ringenden ein Vorbild sein kann.

Drei „Unserliche“. Vor einigen Tagen hatte die französische Akademie drei Mitglieder zu wählen. Die Operation wurde sehr feil ausgeführt, trotzdem der Befragung der Jantunes des ver-torbenen Pfliffers Henri Boiccare die Politik mitspielte. Es be-warben sich zwei repräsentative Männer der Bourgeoisie: Léon Bourgeois, von der älteren, demokratisch-gläubigen Republikaner-familie, Prediger des „Solidarismus“, der Pflichten der Weisheit und der internationalen Schiedsgerichte, und Alfred Capus, der in immer matten Romanen und Komödien behauptet, daß die bürger-liche Welt doch so, wie sie ist, mit ihrer Eleganz, nützlichen Charakter-losigkeit und sanften Schloßerei, wunderschön sei, und als Plauderer

Obgleich also die Arbeiter gelb werden, wird ihnen im Notfall, wie die Figur zeigt, der Judaslohn entzogen.

Der neueste Haß der Gelben im Oden-Schweiner Bezirk ist die Einführung der sogenannten Militärunterstützung. Jedem Jugendlichen werden während der Militärzeit monatlich drei Mark Unterstützung versprochen. Trotz dieses Angebotes wollen die Jugendlichen nicht auf die Leistungen der Gelben verzichten. Die Arbeiter sind sich längst über ihre wahren Freunde im klaren und können nur durch größten Terrorismus in den gelben Verbänden gehalten werden. Schon sehen die Arbeiter ein, daß diese Sumpfpflanze nur die Arbeiter schädigt. Die gute Konjunktur wird hoffentlich mit diesem Gebilde gründlich aufräumen.

Ausland.

Deutsche Schande.

Bei einem Streik, der bei einem Unternehmer im Kottbuser Hafen ausgebrochen ist, hat der Unternehmer 150 Streikbrecher von einem Lieferungsunternehmen aus Hamburg kommen lassen. Laut Zeitungsberichten befindet sich unter diesen Streikbrechern ein betrieblanger Kautschuk, der die Eisenbahngesellschaft die Leute am Bahnhof Kottbus erst aussteigen lassen wollte, nachdem offiziell festgestellt war, welche Verpflichtungen in den Wagen angerichtet waren. Verschiedene Türen waren vollkommen ausgebrochen und ganze Sitzbänke gänzlich zertrümmert. Die harte Polizeibewachung, womit die Streikenden zur Arbeitsstätte geführt wurden, war wohl nicht nur da, um sie vor der Wut der Streikenden zu schützen, sondern auch, um die Einwohner vor Ausschreitungen der arbeitsunwilligen Ordnungsführer zu sichern.

Aus der Partei.

Gemeindevahlresultat.

Bei den Ortsauswahlen in dem Kurort Malente-Gremmshagen (Fürstentum Lübeck) wurden sechs Kandidaten der Sozialdemokratie und zwei Bürgerliche gewählt. Unsere Liste erhielt 184 bis 189 Stimmen, während auf die bürgerlichen Kandidaten 154 bis 163 Stimmen entfielen. Die Sozialdemokraten haben nunmehr im Ortsauswahl die Mehrheit, da sie von zwölf Sitzen neun innehaben.

Kabinete Stadtverordnete.

Die bürgerlichen Stadtverordneten in Leipzig hatten beschlossen, einen jährlichen Zuschuß von 4000 bis 5000 M. für ein von einem reichen Fabrikanten gestiftetes „nationales“ Jugendheim zu leisten. Unser Zeitungsparteiblat kritisierte diese Bewilligungsfreudigkeit und prophezeigte, daß die Arbeiterkassen diese Art „Erstbürgerschaft“ der Jugend nicht gutheißen könnten; das Geld für diese Jugendpflege sei fortgeworfen. Diese Kritik hatte die bürgerlichen Stadtverordneten so in Panik gebracht, daß in der letzten Sitzung der Stadtverordneten sämtliche anwesende vierzehn bürgerliche Stadtverordnete für die Hinausweisung des Berichterstatters des Zeitung „Volkswacht“ stimmten. Die zehn sozialdemokratischen Stadtverordneten — die ganze dritte Abteilung befindet sich in den Händen der Sozialdemokraten — verließen hierauf mit dem Berichterstatter des „Volkswacht“ ebenfalls den Verhandlungssaal. Die Sitzung mußte nun abgebrochen werden, da die Versammlung nicht mehr beschlußfähig war.

Totenliste der Partei.

Ein alter braver Parteigenosse, der Barbier und Waffenschmied Romanowski ist in Königsberg i. Pr. am Sonntagabend einem Herzleiden erlegen. Der Verstorbene hat viele Jahre mit seiner Frau zusammen, die Vertrauensperson der Genossinnen war, für die Partei gewirkt, und er war auch vor etwa zehn Jahren in jenen denkwürdigen Geheimbündelei-, Hochverrats- und Jarenbeleidigungsprozessen verwickelt. Den Verstorbenen hat die Justiz mit besonderer Härte behandelt. Er mußte fünf einhalb Monate in qualvoller Untersuchungshaft zubringen, und wegen Geheimbündelei erhielt er zwei Monate zwei Wochen Gefängnis. Und das merkwürdigste war, daß man die Strafe nicht voll auf die Untersuchungshaft anrechnete. Er mußte noch auf einen Monat ins Gefängnis, hat also 6 1/2 Monate verbüßt. Dabei beträgt das Höchstmaß für Geheimbündelei nur — sechs Monate Gefängnis. Die „Geheimbündelei“ bestand darin, daß er einige in Deutschland erlaubte Schriften von einem russischen Genossen empfangen und weitergegeben hatte. Von der Anklage des Hochverrats gegen — Rußland und Jarenbeleidigung mußten

im „Figaro“ die spießbürgerliche Vormiertheit mondain frisiert. — Copus siegte mit 10 gegen 13 Stimmen, und das war aufrichtig und lehrreich.

Bei der zweiten Wahl standen zwei Historiker einander gegenüber: der feudale de la Force, der über die Revolution und das zweite Kaiserreich belanglose Bände geschrieben hat, und Camille Julian, der erste ernsthafte Erforscher der gallischen Epoche. Außerdem kandidierte noch der Vicomte d'Abeneil, der amantische Feuilletons über Wirtschaftsgeschichte schreibt. Im zweiten Wahlgang siegte der feudale Völk und Herr de la Force erlangte mit der Unterstützung des Durchbruch seines Namens an die Öffentlichkeit.

In der dritten Wahl siegte glänzend der Philosoph der Intuition Henri Bergson, der von der Damentwelt belagerte Metaphysiker vom College de France, der von den meisten seiner Verehrer zwar nicht verstanden, aber wegen seiner Gegnerlichkeit gegen den Materialismus als Helfer gegen die sozialistische, revolutionäre Wissenschaft und Vorarbeiter der Rückkehr zur Religion angesehen und verehrt wird. Die konservativen Akademiker mußten sich auch beugen, ihn zu wählen. Denn bei dem in Rom herrschenden Geist müssen sie gewärtig sein, daß er eines Tages als satanischer Einflüsterer des Modernismus verdammte wird.

Ein paar Akademiker fehlten bei der Wahl — Anatole France wie immer aus Prinzip. Er glaubt ans Leben und hat erkannt, daß, wenn die „Unsterblichen“ Unsterblichkeit verleihen, in Wahrheit Tote ihre Toten begraben.

Notizen.

Die Musterwohnung im Berliner Gewerkschaftshaus ist wieder zu beschäftigen: Montag, Mittwoch, Sonnabend 6-9 Uhr Nachmittags. Sachkundige Berater sind immer anwesend.

— Gaedek in Silbe. Zu Gaedek's Geburtstag hat der Verlag von Georg Reimer (Berlin) eine Sammlung von 24 Gaedek-Bildern herausgegeben. (Preis 2,40 M.) Wilhelm Bölsche hat ein Geleitwort dazu geschrieben, das die Bilder in den Rahmen ihrer Entstehungszeit setzt und den Ausdruck des Persönlichen in Zusammenhang mit Gaedek's Geistesleben bringt. Ein prächtiger Jüngling, ein wackerer Mann, ein Kämpfer, ein Sieger, ein schöner Mann, der sich im Einklang mit der Natur weiß — das sind so die Worte, die sich in diesem Kopfe spiegeln. Den Künstler und den Mann mit dem offenen Herzen wird man daneben entdecken, wenn man sich in diese Bände vertieft.

— Kunstabend. Im literarischen Cabaret „Gnu“ bei Reuß und Pollack, Potsdamer Straße 118c, wird Donnerstag, am 19. Februar, 8 1/2 Uhr, der bisher als Kritiker hervorgeratene Walter Hasenclever sein noch unveröffentlichtes fünfaktiges Drama „Der Sohn“ vorlesen, das als ein Revolutionsstück von heute gelten wird.

— Staatsanwalt und Futurismus. Im neuesten Simplizissimus bedauern zwei Staatsanwälte die Bilder einer futuristischen Ausstellung, die ein Schamann zur Kritik präsentieren muß, und eines faucht derzeitweise los: „Nun, Herr Kollege, ich bin auch gegen diese Richtung — da findet ja kein Teufel die Unschuld raus!“

Nobrovogel sowie die übrigen Angeklagten freigesprochen werden, da sich zur größten Schande der Staatsanwaltschaft während der Hauptverhandlung herausstellte, daß die Gegenseitigkeit nicht verbürgt war. Die Partei wird das Andenken des Verstorbenen, der die Frau nebst vier Kindern hinterläßt, hoch in Ehren halten.

Die Enthüllung des Schulmeister-Denkmal

auf dem Grabe des ermordeten Führers der Wiener Arbeiter erfolgte am Jahrestage der Schandtat des christlichsozialen Kautschuk. Das Denkmal stellt Schulmeister in ganzer Figur als Redner bei einem Arbeiterfest dar. Es erhebt sich gegenüber dem Denkmal der bei der Feuerungsdemonstration am 17. September 1912 erschossenen Arbeiter.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der beleidigte Stadtrat.

Gelegentlich der Kundgebung des Kommunalwahlrechts in Burgstädt in Sachsen veröffentlichte die Chemnitzer „Volkstimme“ einen Artikel, in dem von Wahlrechtstraub und Wahlrechtstraubern die Rede war. Der Stadtrat fühlte sich dadurch beleidigt und die Staatsanwaltschaft erdrosselte bereitwillig öffentliche Klagen gegen die Redakteure Reyer und Kuttner. Der Prozeß endete damit, daß Genosse Reyer zu 14 Tagen Gefängnis, Genosse Kuttner zu 350 Mark Strafe verurteilt wurde.

Jugendbewegung.

Antisemitische Strömungen im „Wandervogel“.

Die Wandervogelbewegung ist wohl die einzige der Erscheinungen auf dem bühnenhaften Gebiete der bürgerlichen Jugendpflege, die uns noch an wenigstens unsympathisch ist, zumal sie gerade auf ihrem eigenen Gebiete vorbildlich und bahnbrechend gewirkt hat und noch wirkt. Das politische Moment drängte sich bei den Wandervogeln nicht so tendenziös hervor, wie bei andern Gruppen in der bürgerlichen Jugendbewegung, besonders der „Jungdeutschland“-Leute.

Ganz besonders sympathisch war aber der energische Kampf, den die Wandervogel gegen den Alkohol führten.

Nun scheint sich aber in der letzten Zeit ein Umschwung vorzubereiten. Wenigstens sind viele Hände am Werke, auch die Wandervogel in den Sumpf des doppelten Antisemitismus hineinzuführen.

Von einem Herrn Judka wurde jüngst eine Broschüre herausgegeben unter dem Titel: „Deutsch oder national“, Beiträge des Wandervogels zur Rosenfrage. Die Veranlassung zur Herausgabe dieses Machwerks ist schon bezeichnet genug. In Pilsen hatte der Mädchenwandervogel die Aufnahme eines wanderlustigen jungen Mädchens abgelehnt mit der Begründung, daß sie Jüdin sei. Ein Herr Dr. Willer protestierte hiergegen und wies auf die politische und religiöse Neutralität des Wandervogels hin, die sachgemäß feststehe. Daran knüpfte sich eine Diskussion. Eine Menge Zuschriften wurden veröffentlicht, unter denen nur eine einzige ist, die sich die Ansicht des Herrn Dr. Willer zu eigen macht, wie der Herausgeber der Flugchrift (deren Inhalt eben diese Zuschriften bilden) triumphierend verhandelt.

Ein Tausch eines Herrn Stauff entgegnet dem Protestler von Pilsen u. a. folgendes:

„Sie scheinen sich aber auch um die Rassenwissenschaft in keiner Weise gekümmert zu haben, sonst hätten Sie doch wohl einmal darüber nachgedacht, warum man früher in Deutschland besondere Judenbeide hatte, warum der Mädchenhandel ausschließlich von Juden betrieben wird, warum das Judentum stets zugunsten der Unmoralität und Korruption arbeitet, warum es in Massen unsere deutschen Mädchen verschändelt. Von all diesen Dingen scheinen Sie keine Ahnung zu haben, obwohl es uns die Juden heute wahrlich deutlich genug herauszusagen. Und offenbar kennen Sie auch den Talmud nicht, haben keine Ahnung von den Religionsbestimmungen, unter denen die Juden seit Jahrtausenden stehen, und die sie lehren, die Nichtjuden als Vieh zu betrachten, sie zu betrügen, zu belügen, zu bewuchern?“

In einer anderen Stelle heißt es: „Wenn eine Ortsgemeinde also einen Hebräer ablehnt, eben weil er Hebräer ist, so handelt sie nicht anders als ein Arierüberband, der einem Sattlermeister bei aller Anerkennung seiner Person die Aufnahme verweigert, eben weil er Sattler ist.“

Die „Mittelungen“ des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, welchen wir diese Ausführungen entnehmen, bemerken dazu:

„Der Schluß wäre ganz richtig, wenn wir statt des Namens „Deutscher Wandervogel“ den Namen „Antisemitischer Jünglingsverein“ hätten. Solange diese Namensänderung aber nicht vollzogen ist, wird sich ohne unredliche Sophisterei unser jüdischer Volksgenosse von unseren Wanderungen nicht ausschließen lassen. Aber, was ist so eine kleine Ungelegenheit für einen Antisemiten?“

Alles mögliche wird den Juden in die Schuhe geschoben: daß „der Gesellschaftsstatus heute mehr und mehr geil und schleimig wird“, daß „das flache und gemeine Theater gegenüber dem guten an Raum gewinnt“, daß „die Frivolität und die Geringschätzung des Weibes allgemein zunimmt.“ Man wirft ihnen vor, daß die Söhne und Töchter deutscher Eltern verdothen werden im Verkehr mit ihnen. Man spricht von einer „angeborenen Ehr- und Schamlosigkeit.“

Kann noch niedriger ist ein Flugblatt, das ein Herr Glach herausgegeben hat. Dieser Herr meint, der Wandervogel soll kein Ablagerungsplatz für alte Stiefel, die ehemals auf Klattbeinen gefahren haben und nach Anoblauch stinken, werden. — „Der Mädchenhandel wird stets von Juden betrieben.“ Es ist nur zu begrüßen, daß solche rüpelhaften Stillblüten hier und dort auf energischen Widerpruch stoßen. Die christlich-jüdischen und ehrgermanischen Jugendretter, denen die proletarische Jugendbewegung natürlich auch ein Greuel ist, können nicht oft genug etwas auf ihre unsauberen Finger bekommen.

Soziales.

Spezialisierung im technischen Beruf.

Es wird von Tag zu Tag für den Techniker, besonders wenn er tüchtig ist und sich seine Ausbildung auf etwas stützen lassen, immer schwieriger, eine Stellung zu erhalten, in der die Entlohnung einigermaßen in einem gesunden Verhältnis zu seinen Leistungen steht und zu den Ausgaben, die er für eine angemessene Lebenshaltung zu machen gezwungen ist. Zu diesen Verberungen, die er an sich zu stellen hat, kommen die, die der Arbeitgeber selbstverständlich an ihn als technischen Angestellten erheben kann. Mit der ausreichenden Leistung des Angestellten an Arbeit und der eben erwähnten mehr oder minder ausreichenden Gegenleistung an Gehalt müßten, so meint der Saie, die Pflichten des Angestellten als Techniker erfüllt sein. (Siehe § 611 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.) Mit dem Fortschreiten der Technik ist, wie man voraussehen konnte, auch eine Spezialisierung der Industrie erfolgt, und rein zwangsläufig eine Spezialisierung im Beruf. Der Ruf der Technik, zu spezialisieren, brachte aber noch weitere Konsequenzen hervor, und zwar nach Grundfragen, die mit der Technik mehr zu tun haben. So soll der Techniker national sein. Das ist er zwar schon ohne seine ausgeprochene Arbeit durch seine berufliche Tätigkeit im Deutschen Reich, falls er nicht durch eine Konkurrenzkaufte gezwungen wird, seine Fähigkeiten im Auslande zu verwerten. Sobald dieses neue Gebiet für die Spezialisierung erschlossen war, und die Angestellten nicht nur als Berufsmenschen, sondern auch als Staatsbürger ersahle, darf es nicht weiter wunder-

nehmen, wenn weiter seine Weltanschauung in die Grundbedingungen des § 611 des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit hineingezogen worden ist. Das folgende, in Nr. 6 des „Essener Anzeigers“ erschienene Interzitat ist also völlig zeitgemäß:

„Für das Betriebsbureau einer Kleinzeugfabrik und Gesenkschmiede wird ein

Techniker

gesucht zur Stütze des Betriebsleiters, der auch instande ist, erforderliche Betriebsrichtungen entwerfen zu können. Vorzug wird einem tüchtigen Christen jüngeren Alters, Geisl. Angehörte mit Befähigung eines Lebenslaufes unter II. 3021 durch die Expedition dieses Blattes erbeten.“

Nicht minder zeitgemäß ist auch, bemerkt die „Deutsche Industriekameralzeitung“ zu diesem Vorgang, wenn — wie wir einem Sprechsaalartikel des „Dortmunder Generalanzeigers“ vom 30. Januar 1914 entnehmen — das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen a. d. Ruhr einem Ingenieur auf seine Bewerbung sagen ließ, daß es grundsätzlich keine Juden anstelle. Die Spezialisierung der Technik nach politischen und religiösen Gesichtspunkten macht also allem Anschein nach Fortschritte. Die eine Firma braucht zur Herstellung ihrer Fabrikate „wahre Christen“, die andere „grundsätzlich keine Juden“. „Judenreine Elektrizität“ und „wahrhaft christliches Kleinzeug“ sind die neuesten Erzeugnisse technischen Wises.

Agrarische Wohlfahrtsrichtungen.

Im Landwirtschaftsrat war viel die Rede davon, daß die ländlichen Arbeiter durch Wohlfahrtspflege dem Lande erhalten werden sollen. Wie das in der Praxis aussieht, zeigt folgender Fall:

Ein Gutbesitzer v. Ralsbach in dem Kreis Rastatt 25 Jahre die Güter Dudow und Binnom bei Rastatt in Baden. Gelegentlich des 25jährigen Jubiläums hat er an seine Arbeiter einen Erlaß herausgegeben, in dem gesagt ist, daß er aus diesem Anlaß seinen Arbeitern von dem Ertrage seiner Güter etwas zukommen lassen will. v. Ralsbach verkündet feierlich seinen Arbeitern, wenn die beiden genannten Güter einen jährlichen Reinertrag von über 90 000 M. abwerfen, dann sollen 4 Proz. von dem Mehrertrag an seine Arbeiter verteilt werden. Natürlich unter bestimmten Vorbehaltungen, wenn die Arbeiter recht lange bei ihm bleiben, tüchtig brav sind usw. Eine Einsicht in die Geschäftsbücher ist natürlich ausgeschlossen. In dem Erlaß ist auch von alten Schulden der Arbeiter die Rede. Besonders hoch scheinen die Löhne also nicht zu sein. Uebrigens ist diese Tatsache ein trefflicher Beweis, wie es mit der Rot der Agrarier bestellt ist. 90 000 M. Reinertrag; damit läßt sich schon leben.

Die verzeumbete „Volkspflege“.

Im Jahre 1912 wurde bekanntlich vom Zentralverband der deutschen Konsumgenossenschaften und von den freien Gewerkschaften die Aktiengesellschaft „Volkspflege“ ins Leben gerufen. Sofort traten gegen diese Gründung die zunächst betroffenen Privatversicherungsvereine, weiter die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten und ähnliche Unternehmungen auf, in erster Linie die „Deutsche Volksversicherung“, gemeinnützige Aktiengesellschaft. Ein heftiger Konkurrenzkampf, der sich besonders gegen die „Volkspflege“ richtete, war die Folge. Er beschäftigte gestern das Landgericht II Berlin, zweite Kammer für Handelsachen. Die „Volkspflege“ hatte gegen die „Deutsche Volksversicherung“ Klage wegen unlauteren Wettbewerbs angebracht, und zwar deshalb, weil die „Deutsche Volksversicherung“ zwei Zirkulare verbreitet hat, das eine „An die Herren Arbeitgeber“, das andere mit der Überschrift: „Welcher Volksversicherung soll ich mich an?“ In diesen Zirkularen stand folgender Satz: „Bekanntlich hat sich die Sozialdemokratie eine Volksversicherung geschaffen, und die Gelder der Versicherten werden letzten Endes dazu verwendet, der Arbeiterpartei einen härteren Kriegsschlag für den Kampf gegen den Gegenwartsstaat anzusammeln.“ Die Klage ging dahin, die Weiterverbreitung dieser den Tatsachen widersprechenden Behauptung unter Strafe zu stellen. Die „Volkspflege“ wurde durch den Genossen Reichstagsabgeordneten und Rechtsanwält Wolfgang Heine vertreten. Er wies zunächst auf die schweren Schäden hin, die die private Volksversicherung dem Volke zugefügt hat, namentlich dadurch, daß ein großer Teil der Prämien, wenn sie infolge Arbeitslosigkeit nicht weiter gezahlt werden konnten, den Versicherten einfach verloren ging, dann aber auch dadurch, daß zahlreiche Versicherte durch gewissenlose Agenten zum Abschluß von Versicherungen veranlaßt wurden, die über die wirtschaftliche Kraft der Versicherten hinausgingen. Die Gewerkschaften und Genossenschaften seien die geborenen Träger einer wirklichen Volksversicherung. Diese Arbeitervereinigungen haben das größte Interesse daran, die wirtschaftliche Stellung ihrer Mitglieder durch eine wirkliche Volksversicherung zu stärken. Das Aktienkapital von 1 Million Mark ist von den Gewerkschaften und den Genossenschaften ausgedacht. Wohl seien an der Gründung Sozialdemokraten beteiligt, aber es handle sich keineswegs um ein Unternehmen der sozialdemokratischen Partei für politische Zwecke und Ziele. Die Beeinflussungsversuche auf das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherungen seien gescheitert, und nun werde der Kampf durch unlauteren Wettbewerb, politische Geschäftigkeit und Voreingenommenheit geführt. Das Zirkular behaupte wesentlich unwahre Tatsachen, denn die besagte Gesellschaft müsse wissen, daß das Kaiserliche Aufsichtsamt sofort gegen die „Volkspflege“ einschreiten würde, wenn sie ihre Gelder sozialdemokratischen Parteizwecken dienstbar machen würde. Das Zirkular rufe den Versicherten auf: „Bei der „Volkspflege“ geht der Eurer Gelder verlustig.“ Der Ausdruck „Kriegsschlag der Sozialdemokratie“ könne nur gemeint sein, daß das Geld für angeblich revolutionäre Zwecke verwendet werde, und das sei eine infame Verleumdung. Dieses Vorgehen ist so absurd, als ob etwa die Deutsche Bank gegen eine Konkurrenzfirma ausproben würde, daß die dort angelegten Depositionsgelder von betrügerischen Angestellten gestohlen würden.

Der Vertreter der besagten Gesellschaft, Rechtsanwalt Ulrich, behauptet, daß nicht Tatsachen behauptet, sondern nur ein Urteil ausgesprochen würde. Das Zirkular gebe nur der Befürchtung Ausdruck, daß die „Volkspflege“ ein rein sozialdemokratisches Unternehmen sei und den Zweck verfolge, die Sozialdemokratie in bisher fernstehende Volksteile einzudringen zu lassen. Bekannte Sozialdemokraten, wie v. Elm und Lesche, ständen an der Spitze des Unternehmens. Die Gewerkschaften und Konsumvereine händen doch im Dienste der Sozialdemokratie, die sich auch die unpolitischen Krankenkassen dienstbar mache. Wenn die „Volkspflege“ Hypotheken gebe, so würde dadurch die sozialdemokratische Partei klug und könne mehr für Parteizwecke ausgeben.

Das Gericht wies die Klage der „Volkspflege“ gegen die „Deutsche Volksversicherung“ kostenpflichtig ab. Eine Begründung wurde nicht mitgeteilt, sie soll den Parteien zugestellt werden.

Aus Industrie und Handel.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Januar.

Nach vorläufiger Mitteilung des Reichlichen Statistischen Amtes zeigt die Lage des gewerblichen Arbeitsmarktes im Januar 1914 gegenüber dem Vormonat eine weitere Abschwächung. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist fast durchweg eine erhebliche Verschlechterung eingetreten.

Nach den Berichten von 48 größeren Arbeiterfachverbänden mit zusammen 2 000 918 Mitgliedern waren Ende Januar 1914 4,7 vom Hundert der Mitglieder arbeitslos gegenüber 4,8 am Ende Dezember 1913. Von Ende Dezember auf Ende Januar pflegt im allgemeinen die Arbeitslosigkeit auf der gleichen Höhe zu bleiben, wenn nicht etwas zuzunehmen. Im Vorjahr ergab sich eine Steigerung der Arbeitslosenquote zur gleichen Zeit von 2,8 auf

3.2 u. 6. Die Arbeitslosenziffer an sich ist also in diesem Jahr beträchtlich höher als im Vorjahr.

Bei 392 öffentlichen Arbeitsnachweifen mit 121 640 Vermittlungen kamen im Januar auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 236, bei den weiblichen 104 Arbeitsgefuhe. Die entsprechenden Ziffern des Vormonats waren 214 und 120. Hiernach hätte der Anbruch männlicher Arbeitsfuchender weiter zugenommen, derjenige weiblicher Arbeitsfuchender abgenommen. Vom Dezember zum Januar ergab sich bei den männlichen Personen die übliche Verschlechterung, bei den weiblichen Personen die übliche schwache Verbesserung. Bei den männlichen Personen war aber in diesem Jahr die Verhältnisziffer für die Arbeiter ungünstiger.

Die Berichte von industriellen Firmen und Verbänden über die Lage des Arbeitsmarktes im Januar teilen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine weitere Abfchwächung mit. Auf dem Ruhrkohlenmarkt wurde diese Abfchwächung durch den Frost, der die Schifffahrt unmöglich machte, noch verschärft. In ober- und nieder-schleifischer Bergbau war die Lage günstiger, hier herrschte noch wie vor Arbeitermangel. Auf die Lage im Braunkohlenbergbau übte das Frostwetter einen günstigen Einfluß aus; die Mehrzahl der Bezirke klagt über Arbeitermangel. Roheisenindustrie sowie Stahl- und Walzwerke berichten vielfach einen schwachen Geschäftsgang, der zur Einlegung von Feierschichten nötigte. Die Maschinenindustrie wies gleichfalls an vielen Orten einen Rückgang auf. Der Lokomotivbau war hingegen befriedigend, der Automobilbau gut beschäftigt. Insbesondere in der elektrischen Industrie machte sich, soweit die Großstädte in Betracht kommen, ein Ueberangebot an Arbeitern geltend. Die wichtigsten Zweige der chemischen Industrie waren nach wie vor gut beschäftigt. In der Textilindustrie machte sich im Zusammenhang mit dem wenig befriedigenden Geschäftsgang ein großer Anbruch an Arbeitskräften bemerkbar.

Konkurrenzämpfe in der Elektrizitätsindustrie.

Seitdem bekannt geworden ist, daß der preussische Staat demnächst von der Kraftquelle der Oberaltaispeere erhebliche Mengen elektrischen Stromes abgeben wird, ist der im Wesergebiet arbeitende Elektrizitätskonzern fieberhaft tätig, die in Betracht kommenden Abgabebereiche unter seine Botmäßigkeit zu bringen. In der Hauptsache kommt wohl die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in Betracht.

In den letzten Tagen sind die Vorbereitungen für die elektrische Versorgung des Fürstentums Schaumburg-Lippe abgeschlossen worden. Nach einer amtlichen Mitteilung wird in kürzester Zeit eine Vorlage über den Anschluß des Fürstentums an das Elektrizitätsnetz Minden-Havenberg den Landtag beschäftigen, und die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß das Land bereits im kommenden Winter mit Strom versorgt werden kann. Hinter dem Minden-Ravensbergischen Bezirke aber steht die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, die sich auch sonst bemüht, im Wesergebiet festen Fuß zu fassen. Sie hat auch in diesem einen wesentlichen Stützpunkt und versucht, kommunale Werke im Fürstentum Lippe anzukaufen.

Leider ist in der letzten Zeit über den Stand der Verhandlungen nichts bekannt geworden, die die preussische Wasserbauverwaltung mit den Kreisen und Gemeinden über die Abnahme von Strom vom Kraftwert der Oberaltaispeere führt. Diese Verhandlungen waren auf der Grundlage geführt, daß die Wasserbauverwaltung darauf verzichtete, in den Kreisen selbst unmittelbar Strom zu liefern. Die Kreise und Gemeinden hätten also die Haupttransformatorstationen und die Kreisnetze selbst zu unterhalten und besorgen für die Einzelabgabe den Strom im großen zu einem besonders billigen Preise geliefert. Wenn der Reingewinn des preussischen Staates 8 Proz. übersteigen sollte, so würde der Ueberfchuß unter die kommunalen Abnehmer nach dem Verhältnis der von ihnen gezahlten Beträge verteilt werden.

Eine ganze Reihe von Gemeinden ist in den letzten Monaten vor die Frage gestellt worden, ob sie den von privaten Erwerbsgesellschaften ausgehenden, vielfach unter kommunaler Flagge folgenden Unternehmungen die Hand reichen sollen oder beibehalten, ihre Unabhängigkeit soweit wie möglich zu wahren. Infolge der bestehenden Unklarheit haben leider einige Gemeinden Verträge angenommen, die ihnen früher oder später zur Last fallen werden.

Zur Entwicklung der amerikanischen Landwirtschaft.

Die Preissteigerung agrarischer Produkte in Nordamerika beweist, daß die Erschließung des Bodens mit der Zunahme der Bevölkerung nicht mehr Schritt hält. Die Bedeutung der Vereinigten Staaten als Getreideexportland ist daher im Abnehmen begriffen und die deutschen Agrarier berufen sich dem auch bereits darauf, daß Deutschland heute mehr wie früher in der Nahrungsmittelversorgung auf sich selbst angewiesen sei. Demgegenüber muß betont werden, daß Kanada, die Weizenkammer der Welt, zu einem großen Teil noch unerschlossen ist und daß Südamerika und Australien ebenfalls ihre Getreideproduktion erheblich steigern können und werden. Nun sind aber auch in den Vereinigten Staaten die Bodenerschließung und die Intensität der landwirtschaftlichen Bearbeitung durchaus noch steigerungsfähig und angesichts der Verteuerung agrarischer Produkte tritt man diesen Fragen in den Vereinigten Staaten ernsthaft näher. So schlägt der letzte Bericht des Landwirtschaftssekretärs der Vereinigten Staaten eine Reihe von Maßregeln zur Hebung der Landwirtschaft vor.

Nach den Ausführungen des Sekretärs liegt kein Grund zu der Annahme vor, die Bodenerschließung in den Vereinigten Staaten habe bereits die äußerste Grenze erreicht. Seines Erachtens ist man nicht einmal am Ende des Pionierstadiums angelangt. In dieser Beziehung wird folgendes ausgeführt: Die ganze bestellbare Fläche der Union umfaßt annähernd 355 Millionen Aker. Davon entfallen etwa 400 Millionen auf verbesserten Farmboden; über 100 Millionen Aker sind noch ungebessert und nicht im Besitz von Farmern. Der Rest gehört zwar zu Farmern, ist aber noch ungebessert. Nach den besten Schätzungen können nur etwa 40 Proz. des Landes als hinreichend kultiviert angesehen werden; weniger als 12 Proz. nur bringen einen Durchschnittsertrag oder einen solchen, der über dem Durchschnitt steht. Sorglosigkeit und Verschwendung haben sich bei dem atomlosen Bemühen, eine Nation zu schaffen, eingestellt; bei dem auf natürliche und künstliche Weise geförderten Aufbau großer Industriezentren ist der Landwirtschaft nur geringe Beachtung geschenkt worden.

Während das Landwirtschaftsdepartement sich bisher hauptsächlich mit den Bedürfnissen des einzelnen Farmers befaßt und die breiteren wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft ziemlich außer acht gelassen hat, soll es sich jetzt mehr diesen letzteren widmen. Als solche werden aufgeführt: Marktunterstützungen, Beförderungs- und Lagerungsweisen, häußliche Markt- und Beförderungsverhältnisse, Normierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Das Departement hat bereits solche Normen für die verschiedenen Baumwollsorten geschaffen und die für die verschiedenen Körnerzünsse nahezu fertiggestellt.

Um der Verschwendung zu steuern, sollen die einzelnen Farmer zusammen und sich bestreben, die Erzeugung zu erleichtern, für die Erzeugnisse Normen aufzustellen, sie für den Markt brauchbar zu machen und den nächsten und besten Markt für sie zu finden. Die hierzu benötigte Belehrung wird des Departement bieten. Auch das landwirtschaftliche Kreditwesen, das allgemeiner Ansicht nach viele Mängel aufweist, bedarf der Verbesserung. Die Ausdehnung des Kredits, soweit er für produktive Zwecke benutzt wird, ist wünschenswert. Man hat deshalb die Ausgabe von Farmschuldverschreibungen empfohlen und die Erweiterung des Marktes für solche Papiere angetrieben. Um aus dem vorhandenen öffentlichen Kapital größeren Nutzen zu ziehen, sollen Vereinigungen nach Art der Bau- und Leihgenossenschaften gegründet werden. Im leichter kurzfristige Anleihen bewilligt zu erhalten, sollen vielleicht

landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften, wie sie in Europa blühen, gegründet werden. Vor allen Dingen muß eine Kreditanstalt und eine Form der Versicherung entwickelt werden, die vorhandenes Kapital anzieht.

Andere ländliche Probleme sind bei der Herstellung guter Straßen und besserer hygienischer Verhältnisse zu lösen. Die Straßenverbesserung nimmt durch die Beihilfe des Departements und infolge der von ihm gegebenen Anregungen weiteren Fortgang. Bereits haben etwa 24 einzelne Staaten besondere Landstrafen-Kommissionen oder andere staatliche Straßenbehörden eingesetzt. Vor kurzem sind vom Kongreß 1/2 Millionen Dollars bewilligt worden, welche gemeinschaftlich vom Landwirtschaftssekretär und vom Generalpostmeister dazu verwendet werden sollen, um diejenigen Straßen zu verbessern, welche der ländlichen Postbeförderung dienen. Die Zahlung der einzelnen Beträge ist davon abhängig gemacht, daß der jeweilige in Betracht kommende Einzelstaat- oder Kommunalrat für den gedachten Zweck den doppelten Betrag beisteuert.

Von hygienischen Maßnahmen hebt der Bericht die Tätigkeit des Departements zur Bekämpfung der krankheitsübertragenden Insekten hervor. Eine ausgiebige und sparsame Methode zur Vertilgung von Fliegen in ihren Brutstätten soll erfunden worden sein.

Berichtszeitung.

Zweideutscher Hochverrat.

Die in Frankfurt a. M. erscheinende, von dem sattham bekannten E. Henrii geleitete antisemitische „Frankfurter Warte“ überfandete anonym der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. ihren Artikel, überschrieben „Aufforderung zum Hochverrat“. In diesem wird von der Behörde verlangt, sie solle gegen die Genoffin Dr. Luxemburg wegen — Hochverrats einschreiten. Der Liege in einer Rede, die die Genoffin im September 1913 in Frankfurt gehalten hatte. Denn dort habe die Genoffin Luxemburg davon gesprochen, daß die Arbeiter der Hege, gegen ihre Brüder jenseits der Grenze die Nordwaffen zu gebrauchen, nicht Folge leisten würden. Die Staatsanwaltschaft erhob darauf Anklage. Es soll nun die Genoffin Luxemburg sich am 20. d. M. vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. wegen — Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Soldaten verantworten. Ueber den Verlauf der seltsamen Anklage werden wir berichten.

Die Hand abgehakt — um nicht gestraft zu werden.

Vor der Jugendstrafkammer des Landgerichts München II fanden zwei 14-jährige Jungen wegen einer Reihe von Diebstählen. Sie waren aus der unter Leitung von Klosterbrüdern stehende Zwangsberziehungsanstalt Rothenfeld bei Andechs entflohen und hatten zahlreiche Opferstoddiebstähle verübt. Aufgegriffen, sollten sie durch einen Wendarmen zusammengeführt nach der Anstalt zurücktransportiert werden. Während des Transports entflohen die Jungen, wurden eingeholt, worauf sie dem Wendarmen, trotzdem sie gefesselt waren, einen verzweifelt Widerstand entgegensetzten und erklärten, daß sie keine zehn Pferde nach der Anstalt zurückbringen würden. Die Jungen wurden erst mit Hilfe eines zweiten Wendarmen nach der Zwangsberziehungsanstalt zurückgebracht. Dort wurden die beiden mit Streubaden bestrafft. Um nicht gestraft zu werden, suchte sich einer die Pulsader zu öffnen, der andere forderte seinen Kameraden auf, ihm die Hand abzugeben, damit man ihn nicht einsperren könne. Dieser befolgte auf eindringliches Zureden die Aufforderung und schlug mit der Hand von der auf den Haßstock gelegten Hand seines Kameraden drei Finger ab.

Der Staatsanwalt beantragte zwei und drei Jahre Gefängnis wegen Diebstahls. Das Gericht beschloß über Aussetzung der Verhandlung und Untersuchung des Geisteszustandes der Angeklagten, da Zweifel sich erheben ließen, ob den Angeklagten nicht der Schuldsatz § 51 A. St. G. B. zur Seite stehe.

Die Vernehmung einer so furchtbaren Verwundung, um nur aus der Anstalt zu kommen, deutet nicht darauf hin, daß die Zwangsberziehungsanstalt Rothenfeld erzieherisch wirkt.

Schmiergeldprozess.

Das Urteil in dem vor der 2. Strafkammer des Magdeburger Landgerichts geführten Schmiergeldprozess haben wir bereits am Sonntag mitgeteilt. Aus der mehrere Tage in Anspruch nehmenden Verhandlung mag noch folgendes hervorgehoben werden.

Angeklagt waren die beiden Inhaber und mehrere Angestellte der Postkassensysteme in. Beside, die zur Förderung geschäftlicher Interessen an Werkmeister und Angestellte von Maschinen, Werkstätten, Eisenbahnverwaltungen usw. in den letzten sechs Jahren mindestens 165 000 M. Schmiergeld verteilt und damit gegen § 12 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und gegen § 333 St. G. B. (Beamtenbestechung) verstoßen haben.

Die beiden angeklagten Firmeninhaber Walther und Fritsch Beside gaben zu, „Anerkennungsgelder“ verteilt zu haben; aber nicht aus unlauteren Motiven, sondern um Ermittlichkeit den Reisenden dafür zu erweisen, daß Lade bei ihnen bestellt waren, und daß die Meister auf sachgemäße Verarbeitung ihrer Lade sehen, gegebenenfalls ihnen auch mitteilen, welcher Verbesserung die gelieferten Lade bedürften oder welche Nachteile sich bei ihrer Verwendung herausgestellt hätten. Zuungunsten der Angeklagten sprach, daß sie diesen Teil ihrer geschäftlichen Tätigkeit streng geheim betrieben. Den schriftlichen Verleihen mit den Reisenden und den Reisern über diese Angelegenheiten ließen sie nur durch eine Verwandte, nämlich durch die mitangeklagte Kontoristin Allmann führen; die „Anerkennungsgelder“ wurden nicht als solche, sondern unter anderem Titel, meistens unter allgemeine Listosen oder „Barentonio“ gebucht. In den Reiserlisten befinden sich hinter einer großen Anzahl von Namen charakteristische Notizen über die Art der Behandlung dieser Angestellten, ob sie „zugänglich“ sind, welchen Prozentsatz sie als Schmiergelder erhalten usw.; auch enthält die Liste meistens die genaue Privatadresse der Angestellten. Seit dem 2. Juni 1911 sind allein annähernd 91 140 M. für Provisionen und sonstige Schmiergelder ausgegeben, worunter sich 33 946 M. befinden, die die Angestellten sogar noch nach Eröffnung des Verfahrens gegen sie an Schmiergeldern gezahlt haben. Der Aufgabe lag ein 129 Namen umfassendes Verzeichnis bestehender Werkmeister usw. bei. Auch Werkmeister der Reichsbahnen und in Kiel und Danzig sowie der Staatsbahnen sind darunter. Es handelte sich dabei um genau fixierte Umsatzprovisionen, die sich in der Höhe von 2 1/2 bis 10 Proz. bewegten. Die größten der in Betracht kommenden Summen dürfte der Werkmeister der Reichsbahn in Kiel G. Gerdes bezogen haben, der eine Umsatzprovision von 7 1/2 Proz. von Baden und 5 Proz. von allem übrigen bezogen erhielt und der sich, soweit noch nachweisbar, in der Zeit vom Mai 1907 bis Dezember 1910 4000 M. und in der Zeit vom Juni 1911 bis Mai 1913 5100 M., zusammen also annähernd 10 000 M. „Anerkennungsgelder“ verdienten. Der Werkmeister Martin, von der Reichsbahn in Danzig hat im ganzen 970 M. erhalten. Werkmeister Gerdes hat, wie wir bereits mitteilten, am Freitag Selbstmord verübt.

Aus aller Welt.

Der Kampf gegen den Umsturz.

Ohne Sozialdemokraten geht's doch nicht! In dieser recht vernünftigen Ansicht hat sich die hohe Obrigkeit des Fürstentums Rautz Sieres Linie betreten müssen. Mit lässlichem Eifer betätigte sie sich für die nationalen Güter, führte sie gleich ihrer

preussischen Kollegin den Kampf gegen den roten Umsturz. Ein würdiges Objekt dazu war ihr in der Gemeinde Hohenlösen unser Genosse Hermann Herzog. Da es den Staat in Gefahr brachte, daß er als Sozialdemokrat Gemeindevorsteher sei, wurde Herzog dieses Postens entho ben und ihm gleichzeitig auch die Funktionen als Standesbeamter genommen. Nachdem er also zwangsweise aus Amt und Würden entfernt und der Staat aus einer großen Gefahr befreit war, wurde er zwangsweise mit den Obliegenheiten eines Mitgliedes der Steuererschätzungskommission betraut. Genosse Herzog ist auch Mitglied des Gemeinderates. Jetzt ist ihm durch den Landrat Dr. Dröhla feierlich bestätigt worden, daß er in der Gemeindevertretung der einzige ist, der fähig sei, den Posten des Gemeindevorstehers zu bekleiden. Genosse Herzog hatte bei der Wahl aus verschiedenen Gründen den Vorfich abgelehnt und ließ sich in seinem Entschluß nicht wanden machen. Da kam der Herr Landrat nach Hohenlösen, leitete die Gemeindevorwahl und unter dieser Leitung wurde der Sozialdemokrat zum Gemeindevorsteher gewählt. Um dieser Wahl Nachdruck zu verleihen, erklärte der Herr Landrat unserem Genossen, wenn er die Geschäftsführung verweigere, müsse das Landratsamt gegen ihn einschreiten.

Ohne Sozialdemokraten geht's nicht mehr! Erst sind die Kerle so niederträchtig und eignen sich allerhand Fähigkeiten und Kenntnisse an und dann müssen sie zwangsweise dazu gebracht werden, die Gemeinde und damit auch den Staat zu verwalten zu helfen.

Eine seltsame Affäre.

Ein geheimnisvolles Drama, das sich in dem Hause eines russischen Artillerieobersten abspielte, beschäftigt augenblicklich die Petersburger Gesellschaftskreise. In der Wohnung des Obersten wurde eine jungverheiratete Frau namens Pifel erhängt aufgefunden. Die Wohnung des Obersten stößt an die Wohnung eines Majors. Als letzterer beim Nachhausekommen bemerkte, daß die Tür zur Wohnung des Obersten unverschlossen war, trat er erstaunt ein und fand zu seinem Entsetzen die Leiche der jungen Frau am Fensterkreuz hängen. Wenige Schritte vom Fenster entfernt schlief der Oberst friedlich in seinem Bett. Der Oberst erklärt nun, von dem ganzen Vorgang nichts bemerkt zu haben und auch die junge Frau von Gesellschaften her nur ganz oberflächlich zu kennen. Die Untersuchung des Mordes hat Selbstmord durch Erhängen festgelegt. Das mysteriöse Dunkel, das über der Affäre schwebt, wird noch dadurch erhöht, daß die junge Frau in den glücklichsten Verhältnissen gelebt haben soll.

Harakiri.

Rätchen Jar will mit Genral Harakiri verleben. Er wendet sich in einem Erlaß gegen seinen treuesten Bundesgenossen, den W. I. I. Kabilale Reformen sollen in Rußland nach einem kaiserlichen Erlaß vorgenommen werden, um die unermesslichen Folgen der Trunksucht zu beheben. Wer die Folgen der Trunksucht beseitigen will, muß vor allem natürlich die Trunksucht bekämpfen. Wenn das Rätchen tut, würde er den Abfchwächen, auf dem er sitzt. Denn nur zwei Dinge sind es, die das bewährte zaristische Regime aufrecht erhalten: die ungläubliche Verkümpfung der Bureaucratie und der Fasel, der die armen Massen in ihrer Unkultur erhält. Wer an diesen Säulen des Absolutismus rüttelt, stürzt das ganze hehre Gebäude um.

Kleine Notizen.

Beschäftigter Defraudant. Seit 14 Tagen ist der Rentant der Spar- und Darlehnskasse in Prosewitz in Schlefien, Stellenbesitzer Paul König, verschwunden. Der flüchtige Rentant verwaltete seit sechs Jahren die Kasse. Als vor wenigen Tagen die Bücher der Kasse zur Revision nach Breslau geschickt werden sollten, verschwand König. Da er nach dem Ablauf von 14 Tagen noch nicht zurückgekehrt war, nahm man eine Revision der Bücher vor, bei der vorläufig ein Fehlbetrag von 40 000 Mark festgestellt wurde, dem nur 8650 Mark als Vereinsvermögen gegenüberstehen.

Schreckensstat einer Mutter. Eine aufregende Szene spielte sich am Montagvormittag in Dortmund und in der Nähe des Bootshauses am Dortmund-Emskanal ab. Dort sprang die Ehefrau des Lehrers Wenger mit ihrem 4 1/2-jährigen Töchterchen in den Kanal. Der Vire des Bootshauses, der den Vorgang beobachtet hatte, unternahm sofort Rettungsversuche, doch gelang es ihm nur, das Kind lebend ans Land zu bringen. Die Frau ertrank; ihre Leiche ist geborgen. Die Frau, die seit längerer Zeit gemütskrank war, vollführte die schreckliche Tat in einem Augenblick geistiger Unmündigkeit.

Schweres Straßenbahnunglück. Ein schweres Straßenbahnunglück ereignete sich am Sonntagabend in Roddalt. Ein Straßenbahnwagen, der eine steile Böschung herabfuhr, sprang bei einer Kurve aus dem Gleis und fuhr in einen Laden. 18 Personen wurden schwer verletzt.

Selbstmord des New Yorker Schachmeisters. John Kennedy, der Schachmeister des Staates New York, hat sich am Sonntag die Kehle durchgeschnitten. Er sollte am Montag in der Vernehmungssache in Verbindung mit dem Staatskanal als Zeuge vernommen werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Dienstag abends 8 Uhr, von vier Treppen — 2. St. —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Suchzettel und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentrichtung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

W. N. 300. Zunächst muß an die Verteiler und Verbreiter eine Aufforderung zur Unterlassung ergehen. Erfolgt die Herstellung und Verbreitung trotzdem, so haben Sie Anspruch auf Schadenersatz. Dieser Anspruch ist im Wege der Inhabilligkeit geltend zu machen. Anherden kann Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt werden. — W. N. 36. Sie können sofort ausgleichen, falls Sie den Riettsvertrag nicht ebenfalls unterschrieben haben. Andernfalls müssen die verkappten Rindungsbestimmungen imgehalten werden. — W. N. 37. Der Sohn, falls unverheiratet, müßte den Betrag abgeben, der eine W. N. wöchentlich überfließt. Die Frau soll gegen den Ehemann die Alimentationsklage erheben und sich vorher beim Anwalt vorüber ein Armenratte befragen. — W. N. 38. Wir halten Sie zur Zahlung für verpflichtet. — W. N. 23. Verlangen Sie es mit einer Anfrage bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihre Schwiegermutter damals gemohnt hat. — W. N. 54a. Ihr Einseil kann den Antrag aufrecht erhalten. Eine Verurteilung beim Oberverwaltungsamt ist erst nach Stellung des Bescheides zulässig. — W. N. 6. 1. Falls das Kind nicht später legitimiert ist, nein. 2. In der Rindertride. 3. Der Lehrvertrag bleibt gültig. Er kann nicht einseitig durch den Arbeitgeber aus dem genannten Grunde gelöst werden. — W. N. 1913. Anspruch auf die Aufwandsentschädigung von 240 M. besteht nur dann, wenn aus einer Familie Söhne, die ihrer gesetzlichen Pflicht gemäß zusammen sechs Jahre gedient haben. — W. N. 1913. 1. Ihre Rutter ist kostenversicherungspflichtig. Die Versicherung folgt aus § 165 der Reichsversicherungsordnung. 2. Nein, nur für die beiden letzten Monate. 3. Als Schwiegermutter gilt das Versicherungsamt. — W. N. 1913. 1. Das wäre Ihre Tochter berechtigt, jedoch nicht zur Ausbildung von Schwägern. 2. Das Einkommen wäre rechsigültig, u. G. nicht herabsetzbar. — W. N. 1913. Ja, bei dem Vollzeiter. — W. N. 1913. 1. Nein. 2. Juni 1914. 3. Aus der Staatskasse nicht. 4. Dagegen nicht geltend; es dafür, nicht feststellbar, da eine namentliche Abkündigung bei der entscheidenden Einigungsabstimmung nicht stattfand. — W. N., Schuchberg. Leider nicht.

Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsaal (Inhaber Obiglio) Koppenstraße 29:

Große öffentliche Versammlung

für Frauen und Männer.
Tagesordnung:

Der Zarismus in Rußland und die Frauen und Mädchen in der russischen Revolution

Referent: Schriftsteller Genosse Eugen Goldberg. — 2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet

211/10*

Der Einberufer: Paul Hoffmann, Königsberger Straße 28.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 33.**

Am 14. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied, der Raucher **August Funke**
Königsberger Straße 14.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Februar, mittags 12 Uhr, in der Gerichtstraße statt.
Kränze verbeten!
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.**

Am 14. Februar starb unser Mitglied, der Raucher **August Funke**
(Bezirk Westen).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Februar, mittags 12 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 27, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
140/20 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk Nr. 136a.**

Am Sonnabend, den 14. Februar, verschied nach langem, schwerem Leiden unser Genosse **Ida Duhr**.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem städtischen Gemeinde-Friedhof in Buch statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Zentralverband der Maschinisten
u. Heizer sowie Berufs-Deutschl.
Geschäftsstelle Groß-Berlin.
Bezirk Osten. 153/4**

Am Sonnabend, den 14. Februar, verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied, Kollege **Max Gräfe**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Geschäftsstellenverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 784.**

Am Sonntag, den 15. Februar, verstarb unser Genosse, der Schleifer **Albert Heise**
Königsberger Str. 24.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bierfabriker **Hermann Gerlach**
am 18. d. Mis. im Alter von 42 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eisenacher Straße, aus statt.
62/11 Die Bezirksverwaltung.

Am Sonnabend, den 14. d. Mis., verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Sohn und Bruder

Friedrich Klein,
im Namen der Hinterbliebenen Frau Klein.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Friedrichshagen aus statt. 548

Frauen - Sterbekasse von Mitgliedern der Zentral - Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Ortsverwaltung Berlin 17.
Am Sonnabend, den 14. Februar, verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, Frau

Ida Duhr
geb. Brunnmöller.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Anhalts-Kirchhofes in Buch aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung, Bez. 17.

**Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements**
liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 381. 7208

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel. Bezirk 325.**

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser **Max Gräfe**,
Helsingtorfer Platz 2, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Peteraburger Viertel. Bez. 356 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler

Gustav Pose,
Märkischstr. 17, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral - Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Köpenicker Viertel. Bez. 167.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zigarrenhändler

Hugo Boes,
Rantaustraße 27, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Februar, vormittags 11 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sonnabend, den 14. d. Mis., entfiel laut nach schwerem Leiden mein teurer Mann und Vater, der Sattlermeister

Georg Bichler
Reudöln, Gefstraße 4
im 38. Lebensjahre.
Dies zeigt hiermit tiefbetrubt an
Die trauernde Witwe
Sohn und Bruder.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reudöln-Friedhofes, Rudower Str., aus statt. 906b

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.**

Am 14. Februar verstarb unser Parteigenosse **Georg Richter**
Erstr. 4, 7. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Reudöln-Friedhofes, Rudower Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Hautleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bez. Friedrichshagen.**

Nachruf.
Am Dienstag, den 10. Februar, ist in Düren (Athenland) infolge einer Operation unser Mitglied, der Raucher **Otto Gebauer**
im Alter von 38 Jahren gestorben.
Ehre seinem Andenken!
240/4 Die Bezirksleitung.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und für die reichen Kranzspenden beim Hinscheiden meiner lieben Frau **Berta Büttner**
sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Personal und den Heimarbeitern der Firma Reichen u. Co., den Kollegen der Firma B. König, dem Musikverein „Echo“, Reudöln, meinen besten Dank. 111K
Georg Büttner und Sohn.

Danksagung.

Für die uns so reichem Maße erwiehene Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres so früh verstorbenen **Paul Schroeter** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes, den Kollegen und Kolleginnen bei der Firma C. Lorenz u. Co. und dem Vorstand und Turngenossen vom Turnverein „Fichte“ unsern innigsten Dank. 935b
Hermann Schroeter. Familie Rosin.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Oskar Wesiger**
Littauer Str. 2
im Alter von 28 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. d. Mis., nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Gustav Pose
Märkischstr. 17
im Alter von 46 Jahren gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. Mis., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Friedrich Klein
Friedrichshagen, Schornmeierstr. 5
im Alter von 31 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. Mis., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Friedrichshagener Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
88/9 Die Ortsverwaltung.

Statt besonderer Meldung.
Am Sonntag, den 14. d. Mis., verstarb nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Klara Riedel
geb. Krause.
Dies zeigt hiermit mit der Bitte um stille Teilnahme an **Emil Riedel, Heinrich Riedel, Hermine Riedel, August Riedel, Wilhelm Riedel, 14.**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Februar, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 937b

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer **Albert Heise**
(Königsberger Str. 24) am 15. d. Mis. an Judenfrankheit gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Seefstraße, aus statt. 112/20

Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter

Erich Losansky.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Gemeinde-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, unseres guten Bruders und Schwagers

Paul Metke
Goldner Straße 3
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Wahlverein, dem Metallarbeiterverband, insbesondere dem Lotzverein „Deutsche Eiche“ und dem Gesangsverein „Gesundbrunnen Harmonie“ unsern herzlichsten Dank. 125K
Familie Metke.

Plasmon-Kakao
enthält das seit über 15 Jahren außerordentlich bewährte, billigste und beste Eiweißnährpräparat für Körper u. Nerven

Plasmon
Plasmon-Kakao (ca. 50% Eiweißgehalt) ist reich an Eisen, natürlichen Phosphorverbindungen und anderen wertvollen Nährsalzen, daher unentbehrlich für Schwächliche, Bleichsüchtige, Nervöse, ebenso für die heranwachsende Jugend als Frühstückstrank. — 1/4 Pfund M. 3.00, 1/2 Pfund M. 1.65, 1/4 Pfund M. 0.90, Plasmon-Biskuit, -Zwieback, -Schokolade, -Haferkakao, Eisen-Plasmon.

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Musterkollektion & Plasmon-Präparate gegen Einsendung von M. 1.50 überallhin franko. Ausfuhr, Broschüre versand. gratis

Plasmon Gesellschaft m.B.H.
Neubrandenburg i. Meckl.

Möbel real, billig, kulant
Berlin N. **OTTO PIEHL** Brunnenstraße 120
Kein Kredithaus!
Spezialisiert in 2-Zimmer-Einrichtungen
leuten Vorzugsofferten
60000 — F Ausstellungen Brunnstr. 120
Bis 30 April auf kompl. Zimmer-Einrichtungen
50% Extra-Rabatt
Weiteres großes Lager im Fabrikgebäude

*Es bringt Goldfarb's Opus mit Saborock!
Die besten edelsten erhabensten Blocken in Deutschland!*

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reudöln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Arbeitgeberwahlen zum Kaufmannsgericht

werden morgen, Mittwoch, den 18. Februar, in der Zeit von 12-1 Uhr nachmittags vollzogen.

Vom „Kaufmännischen Mittelstand“ sowohl als vom „Zentralwahlkomitee der vereinigten kaufmännischen Verbände“ wird alles aufgegeben, um die Beisitzer der „Freien Arbeitgeber“ aus dem Kaufmannsgericht zu verdrängen.

Liste 2, Freie Arbeitgeber

abzugeben. Es gilt zu verhindern, daß ausschließlich nur Großkapital und Großindustrie in dem Kaufmannsgericht vertreten ist, oder daß die rückständigen mittelständlerischen Elemente an Einfluß gewinnen.

Die amtlichen Wahlstellen und die Lokale von welchen aus die Agitation betrieben wird sind folgende:

Table with 4 columns: Wahlstelle, Stadtbezirke, Wahlstelle, Parteilokal. Lists 24 different locations across various districts for the election of free employers.

schieben lassen. Für die Wahl dieses Bauplatzes ist ausschlaggebend gewesen, daß künftig die Krankenhäuser mehr als bisher durch die Siedenhäuser entlastet werden sollen.

Bis es dazu kommt, soll wieder mehr als bisher das Mittel der Außenpflege angewendet werden. Außenpflege ist die Unterbringung siederer Personen in Familien, denen dafür ein Kostgeld gezahlt wird.

Die Siedehäuser sind in der Regel in Familien untergebracht, die für einen Anstaltsinsassen gemacht werden müssen. Die Außenpfleger in Berlin unterzubringen, gilt allerdings als bedenklich, weil ihnen hier ein so hohes Kostgeld bewilligt werden muß, daß die in der hiesigen Armenpflege üblichen Almosenzüge zu sehr davon abstecken.

Ist es denn aber in den Anstalten so sehr viel besser? Leider können wir auch diese Frage nicht mit einem rüchhallosen Ja beantworten. Auch hier ist noch manches nicht so, wie es sein sollte.

auch die schweren ein „Heilfaktor“ sein? Zum Ruhm gereicht die Siedehäuser vor allem der Anstalt. In einer Denkschrift, die vor einigen Monaten dem Kuratorium für die Siedehäuser als Material zu der Frage einer Anstaltsvermehrung vorlag, wird es für „nicht unberechtigt“ und für „fogar empfehlenswert“ erklärt.

Die Siedehäuser sind in der Regel in Familien untergebracht, die für einen Anstaltsinsassen gemacht werden müssen. Die Außenpfleger in Berlin unterzubringen, gilt allerdings als bedenklich, weil ihnen hier ein so hohes Kostgeld bewilligt werden muß.

Parteiangelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr: Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer in Meiners Festsaal (Inhaber Obiglio, Kottensstr. 20).

Ergebnis der Urwahl im sechsten Wahlkreis. Die am Sonntag stattgefundene Urwahl hat folgendes Resultat ergeben: Abgegeben sind 5269 Stimmen.

Zweiter Kreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Nahe, Fichtestr. 29: Versammlung, Vortrag des Genossen Wiesner über „Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung“.

Jugendabteilung des 5. Kreises. Am Mittwoch, den 18. Februar, abends 1/9 Uhr, findet bei Pabst, Fochstr. 6, eine Versammlung der 18-21jährigen Mitglieder statt.

Charlottenburg. Heute, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Volksbau, Kottensstr. 3.

Variandorf. Heute abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokale an.

Preis-Budow. Mittwoch, den 18. Februar, 8 1/2 Uhr, im Saal von Weder, Chaffeestraße 97: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung.

Teltow. Morgen Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung, Bericht von der Kreisgeneralversammlung.

Dranienburg. Mittwoch, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Baldhans Sandhausen“, Joh. E. Bachold, Schönebergstr. 84: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder.

Berliner Nachrichten.

Die Aufnahme im Wöchnerinnenheim.

Vor einigen Wochen begab sich ein Arbeiter aus Reulön, dessen Frau der Niederkunft entgegen sah, nach dem Wöchnerinnenheim in der Urbanstraße, um seiner Frau für die Zeit ihrer Niederkunft ein Unterkommen zu verschaffen.

Eröffnung eines neuen Fernsprechamtes in Berlin. Eine neue Fernsprech-Vermittlungsanstalt wird in Berlin Mitte Mai in Betrieb genommen werden. Sie erhält die Bezeichnung Hansa und wird beim Fernsprechamt 2 in der Turnstraße 23 eingerichtet.

„Reformen“ in der Siedehäuserpflege Berlins.

Die Siedehäuserpflege der Stadt Berlin läßt trotz manchen Fortschritten immer noch sehr zu wünschen übrig, und noch vieles ist an ihr zu bessern.

Der Wunsch, weiterer Mehrung der Inanspruchnahme unserer Siedehäuser möglichst entgegenzuwirken, ist in den letzten Jahren für die Siedehäuserverwaltung fast zum leitenden Gesichtspunkt geworden. Haben wir schon Ueberfluth an Siedehäusern? Es könnte so scheinen, da z. B. Ende Dezember 1913 die drei Anstalten an der Palfisadenstraße, an der Fröbelstraße und in Buch bei zusammen 3400 Betten knapp 3100 Insassen hatten.

Die Ferienordnung für Berlin.

Vom Königlich Provinzial-Schulkollegium sind die Ferien für die hiesigen Gemeindeschulen für das Schuljahr 1914 folgendermaßen festgesetzt worden:

1. Osterferien. Schluß des Unterrichts: Dienstag, den 31. März 1914. Beginn: Mittwoch, den 15. April 1914.
2. Pfingstferien. Schluß des Unterrichts: Freitag, den 29. Mai 1914. Beginn: Freitag, den 5. Juni 1914.
3. Sommerferien. Schluß des Unterrichts: Freitag, den 3. Juli 1914. Beginn: Dienstag, den 11. August 1914.

4. Herbstferien. Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 30. September 1914. Beginn: Donnerstag, den 8. Oktober 1914.

5. Weihnachtsferien. Schluß des Unterrichts: Mittwoch, den 23. Dezember 1914. Beginn: Freitag, den 8. Januar 1915.

Die Ferien für die höheren Schulen sind mit den Ferien für die Gemeindeschulen gleich gelegt worden. Warum nicht schon früher? Wir haben die Gleichlegung seit Jahren gefordert.

Vom Zweckverband.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bermuth fand gestern vormittag eine Sitzung des Zweckverbandes Groß-Berlin statt, der auch der neue Oberpräsident Graf von der Schulenburg beizuhöhen. Der Ausschuss stimmte der Umgestaltung des Generalbebauungsplanes für Egersdorf bei Straußberg zu. Der Bebauungsplan paßt sich der Landschaft an und sieht auch Spielplätze, Freizeitanlagen in geeigneter Zahl vor. Die Ausarbeitung des Bauplanes war wegen der vorgeschrittenen Parzellierung mit Schwierigkeiten verknüpft. Ferner wurde dem neuen Bebauungsplan für Zehlendorf, Adlberg und Gütergog zugestimmt und ein Bebauungsplan für die Villarside bei Dranienburg beraten und angenommen. Diese forstwirtschaftliche Heide in der Nähe des Zehlendorfer Sees soll nach Dranienburg eingemeindet werden. Dieses landschaftlich schöne Gelände ist für eine Villenkolonie reserviert. Genehmigt wurden ferner die Anträge der Großen Berliner Straßenbahn wegen Errichtung eines sogenannten Hansaringes der Linie 100 sowie das Anschlußbetriebs der Großen Berliner Straßenbahn nach der Dübahn, ferner die Einrichtung von Linien zwischen Köpenick und der Beerenstraße Berlin und zwischen der Bogkowskystraße in Roabit und Alt-Straußberg durch die Fruchtstraße und Mühlenstraße.

Ein Drama in Schöneberg.

Mit ihren beiden Kindern vergiftet aufgefunden wurde gestern, Montag, nachmittags gegen 4 Uhr, die 38 Jahre alte Witwe Klara Reineke, geborene Vinko, aus der Feuerstraße 16. Frau Reineke war seit neun Jahren Witwe und bewohnte schon seit sieben Jahren im vierten Stock des Quergebäudes eine Stube und Küche. Seit dieser Zeit war sie schon beim Schöneberger Magistrat als Reinmachefrau angestellt. Hier riß sie sich vor acht Tagen bei der Arbeit einen Splinter in die linke Hand. Sie schenkte der Verletzung aber keine besondere Bedeutung. In den letzten Tagen verschlimmerte sich die Wunde aber sehr und als sie endlich einen Arzt zu Rate zog, stellte dieser fest, daß sie an einer Blutvergiftung litt. Die Vergiftung war schon so weit vorgeschritten, daß er ihre Überführung nach einem Krankenhaus anordnete, wo dem weiteren Fortschreiten der Vergiftung nur durch ein Abnehmen der Hand hätte vorgebeugt werden können. Davon wollte die Frau jedoch nichts wissen. Sie beschloß daher, weil sie befürchtete, wenn sie die Hand verloren haben würde, nicht mehr für ihre Kinder sorgen zu können, mit diesen in den Tod zu gehen.

Als gestern nachmittags ein Abgesandter der Schulverwaltung ihre Wohnung aufsuchen wollte, weil beide Kinder nicht zum Unterricht gekommen waren, fand er die Tür verschlossen. Weil die Hausbewohner nun aber weder Frau und Kinder seit Sonnabend abend gesehen hatten, schöpften man Verdacht, umso mehr, als man bei genauerem Hinsehen feststellte, daß in der Tür von innen ein Schlüssel steckte. Als jetzt gewaltsam geöffnet wurde, fand man Mutter und Kinder tot in der Küche liegen. Frau Reineke hatte in der Küche ein Glas, wahrscheinlich Chokolade, geknackt, diesen dann ihren Kindern zum Trinken gegeben und dann auch selbst davon zu sich genommen. Eine Tasse mit einem Rest vergifteten Kaffees stand noch auf dem Tisch. In der rechten Hand hielt die Frau einen Brief an die Polizei, in dem sie mitteilte, daß sie mit ihren Kindern freiwillig aus dem Leben scheide. Der Grund hierzu sei die Blutvergiftung. Sie wolle sich die Hand nicht abnehmen lassen, sondern lieber aus dem Leben scheiden. Die Polizei beschlagnahmte nach Aufnahme des Tatbestandes die drei Leichen.

Das Opfer der Gesundheitspolizei.

Das Gesundheitsamt, das in letzter Zeit wieder öfters von sich reden machte, hat nach dem kürzlich erfolgten Tode der Frau Rosa Buge-Beermann ein weiteres Opfer durch das Hinscheiden der Hofschulpflegerin n. Arnold gefordert. Die Künstlerin litt seit einem Jahr an einer seitlichen Erkrankung der Haut, die sich in Geschwulstbildungen äußerte. Unter entsprechender ärztlicher Behandlung, namentlich unter dem Einflusse der Strahlenbehandlung mit Anwendung von Röntgenlicht und Radiumstrahlen, heilte das Leiden in der ehemaligen Hofschulpflegerin und in den Händen des Sanitätsrats Friedländer ausgeglichen und in auffallender Weise, so daß alle Hoffnung bestand, der Erkrankung ganz Herr zu werden. Da entzog sich Frau Reineke n. Arnold, betört und überredet von Angehörigen der Science and Health der ärztlichen Behandlung und ließ sich „gesundbieten“. Das Leiden verschlimmerte sich wieder rapide und bei Vernachlässigung aller chirurgischen Maßnahmen stellten sich schwere fieberhafte Folgezustände ein, denen die Künstlerin jetzt nach schwerem Dulden im Nordert-Krankenhaus in Schöneberg erlag.

Zeppelin über Berlin.

Nach langer Pause hatte Berlin am gestrigen Nachmittag wieder einmal Gelegenheit, den Grafen Zeppelin am Steuer seines neuesten Luftschiffs hoch in den Lüften zu bewundern. Er traf gestern morgen in Berlin ein, um die letzten Probestfahrten des für die Militärverwaltung bestimmten Z. VII persönlich zu leiten. Gegen 3 1/2 Uhr bestieg er die Führergondel des Z. VII, in der die militärische Abnahmekommission Platz genommen hatte, und gab die nötigen Befehle zum Herausbringen des Schiffes aus der Halle. In weiten Kreisen ließ er das Luftschiff über Berlin seine Kreise und Schleifen ziehen, wobei der Ballon wechselnd Höhen von 1200 bis 1500 Meter erreichte. Nach einigen Rundfahrten über dem Kriegsministerium umkreiste Z. VII das Schloß und entfernte sich dann, immer höher steigend, in westlicher Richtung. Der Wannsee wurde in etwa 3000 Meter Höhe überflogen und nach etwa 1 1/2 stündiger Fahrt landete Z. VII, der über der Havel bot dem Luftschiffhafen noch einige elegante Ränder dicht über der Wasseroberfläche ausführte, wieder wohlbehalten vor seiner Halle.

Drei Millionen Privatsparrnisse der Berliner Schulpfleger

sind in der sogenannten Pensionszulassungskasse der Schulpfleger angesammelt. Die Organisation dieser Kasse bildet den Hauptanteil

an der Angufriedenheit der Berliner Schulpfleger, da die Kasse eine Zwangsversicherung ist und trotz ihres großen Bestandes ihren Zweck nur unvollkommen erfüllt. Jeder Schulpfleger ist verpflichtet, monatlich drei Mark der Kasse zuzuführen. Dieser Zwangsanteil wird vom Gehalt gleich einbehalten. Der Zweck der Kasse ist, zur Staatspension einen Zuschuß zu gewähren, der mit jährlich 108 M. beginnt und nach drei Jahren jährlich eine kleine Erhöhung erfährt. Aus dem Dienst scheidende Schulpfleger (freiwilliges Ausscheiden wegen Aufgabe des Berufs, Uebertritt in eine Privat- oder Staatsstellung usw.) erhalten ihre Einlagen nicht zurück. Die Beamten wollen nun erreichen, daß aus dieser Kasse den Witwen ein Pensionszuschuß und für die unermwachsenen Kinder eine Erziehungsbeihilfe gewährt wird, ganz besonders dann, wenn der Ernährer während der Dienstzeit stirbt.

Hiernach scheint die Schulpflegerpensionskasse nicht viel anders eingerichtet zu sein wie viele Werkpensionskassen.

Drei Feuerwehrlöcher verunglückt.

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand kam gestern (Montag) nachmittags kurz vor 2 Uhr in der Virensstr. 25 in Roabit zum Ausbruch. Als man die Gefahr bemerkte, schlugen schon helle Flammen aus sämtlichen Dachfenstern des sieben Fenster Front haltenden Wohnhauses. Die Feuerwehr rüde mit den Jagen 15 und 21 an und ging sofort mit zwei Schlauchleitungen, die von einer Motorpumpe geleitet wurden, vor. Als eine Löschmannschaft, bestehend aus dem Oberfeuerwehrmann Höpffner und den beiden Feuerwehrlöschern Jährmann und Schönebeck von der Treppe des Vorderhauses aus in den brennenden Boden vordringen wollte, schoß ihnen plötzlich eine gewaltige Stichflamme entgegen. Sie wurden von der Flamme getroffen und mußten zurück. Wie sich zeigte, hatten Höpffner und Jährmann Verbrühungen zweiten Grades davongetragen, so daß sie von der Brandstelle nach dem Krankenhaus Roabit gebracht werden mußten. Der Feuerwehrlöschmann Schönebeck ist mit leichteren Brandwunden davon gekommen. Das Feuer fand an dem Inhalt der Bodenverkleidung und an der Dachkonstruktion reichliche Nahrung, so daß schließlich auch das Nachbarhaus Nr. 23 gefährdet wurde. Brandmeister Steiner ließ deshalb noch eine dritte Schlauchleitung vornehmen und vom Dach des Hauses Nr. 23 Wasser geben, um es zu schützen, was auch gelang.

Gegen die Verlegung des Obst- und Gemüsehandels vom Alexanderplatz nach der Deusselstraße haben eine Anzahl Vereine Protest eingelegt. Vertreter sind beim Desernenten des Polizeipräsidiums vorgelegt worden und haben die Mitteilung verbreitet, als sei ihnen dort eine besondere Prüfung der Verhältnisse in Aussicht gestellt worden. Wie jetzt bekannt wird, ist das nicht der Fall. Der Desernent des Polizeipräsidiums hat nachdrücklich erklärt, daß die Verkehrsverhältnisse in der Dübahnstraße unhaltbar sind und die in Aussicht genommene Verlegung unter allen Umständen dringend nötig ist.

Wir haben früher schon betont, daß der Polizeipräsident seit Jahren die Verlegung fordert und bei seinem Verlangen der Stadt gegenüber große Rücksicht geübt hat. Wenn nunmehr die städtischen Körperschaften sich endlich entschlossen haben, den Obst- und Gemüsehandel zu verlegen, so war von vornherein es unabweislich, daß man im Polizeipräsidium der Erfüllung des polizeipräsidialen Verlangens nunmehr Schwierigkeiten machen würde. Daran werden die Protestkundgebungen nichts ändern.

Eine Gasexplosion erfolgte gestern, Montagnachmittag, in der Virensstraße 105, Ecke Kleine Hamburger Straße. Der Explosionsherd lag in der Privatwohnung der dortigen Großdeffinition von Hecker Nachfolger. Ein Monteur, der eine Krone ausdrauben sollte, beging die Unvorsichtigkeit, die Leitung abzuleuchten. Er bemerkte nicht, daß sich an der Decke eine größere Menge Gas angesammelt hatte, das sich sofort entzündete und explodierte. Durch den Aufbruch wurden mehrere Fensterscheiben eingedrückt und Teile der Zimmerdecke abgerissen. Der Monteur erlitt leichte Verletzungen.

Eine goldene Damenuhr ist bei dem am 14. Februar stattgehabten Konzert des Männerchors „Roabit“ gefunden worden und ist bei H. Heiler, Deusselstraße 81, vorn III, abzuholen.

Vorortnachrichten.

Lichtenberg.

Lichtenbergs Etat und seine Schuldenwirtschaft.

Der Entwurf zu den Haushaltsplänen für 1914 schließt ab mit 29 150 903 M. Das ist gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von rund 5 Millionen Mark. Der Anteil der ordentlichen Verwaltung beträgt 10 028 000 M. gegen 8,7 Millionen im Vorjahr. Diese Summe setzt sich aus folgenden einzelnen Positionen zusammen, wobei die vorjährigen Zahlen in Klammern beigefügt sind. In eigenen Einnahmen der Stadt werden 6 459 258 (5 162 067) Mark erwartet. Den Hauptteil der Mehreinnahmen sollen die städtischen Betriebe bringen, deren voraussichtliche Ueberschüsse wie folgt in den Etat eingestellt sind: Gaswerk 1 406 400 (730 734) M., Wasserwerke 841 749 (708 729) M., Elektrizitätswerk 303 889 (385 749) M., insgesamt also 2,6 gegen 1,8 Millionen. Durch Steuern müssen 3 588 063 (3 545 603) M. aufgebracht werden. Die geringe Steigerung erklärt sich wohl aus der Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage, deren Ungunst erst in diesem Jahre fühlbar voll in Erscheinung treten wird. Beträchtlich sind an indirekten Steuern der Ertrag der Biersteuer mit 100 000 (90 000) M., die Wertzuwachssteuer mit 60 000 (100 000) Mark, die Hundesteuer mit 68 000 (66 000) M., die Umsatzertragsteuer — im Ortsteil Lichtenberg 1 Proz. für bebauten, 2 1/2 Proz. für unbebauten; im Ortsteil Krummelsburg 1 1/2 Proz. bzw. 2 1/2 Proz. — mit 300 000 (356 000) M. Zusammen ergeben die indirekten Steuern 428 000 M., das sind 12 Proz. des gesamten Steuereinkommens. An direkten Steuern sollen 3 126 063 (3 020 603) Mark erhoben werden. Darunter an Betriebssteuern 14 000 M., an Einkommensteuern — wie bisher 100 Proz. Zuschlag — 1 382 000 (1 320 000) M., an Gewerbesteuern — in beiden Ortsteilen nach verschiedenen Prozentsätzen erhoben — zusammen 281 582 (280 000) M. und an Grundsteuer, die im Lichtenberger Ortsteil 2,6 vom Tausend für bebauten und 5,2 für unbebauten, im Krummelsburger Ortsteil aber 3,5 bzw. 7 vom Tausend ausmacht, 1 462 501 (1 440 603) M.

Unter dem Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ fällt vor allen Dingen der Titel 9, Polizeikostenbeitrag, auf, der mit 315 785 M. den Etat belastet, ohne der Stadt dafür auch nur den geringsten Einfluß zu gewähren. Für die jetzt vorhandenen Spiel- und Sportplätze an der Normannenstraße, Eitelstraße, Friedrichsbergerstraße und Lützstraße sind 8200 M. vorgesehen. Neu erscheinen 120 000 M. Zuschuß zu den Kosten des Kranienhauses, für das im Laufe des Jahres ein besonderer Etat aufgestellt wird, und 110 000 M. für den Fall der Verlegung der Stadt in eine höhere Servisklasse, wodurch die Bezüge der Beamten und Lehrer sich erhöhen würden. An Beihilfe an den Ortsausfluß für Jugendpflege sind 3600 M. eingestellt. Ingesamt schließt das Kapitel mit 577 100 M. Einnahme und 2 069 500 M. Ausgabe ab, wodurch ein Zuschuß von 1 522 400 M. bedingt wird. Die Hochbauverwaltung schließt mit einem Zuschuß von 86 100 M., bei 90 000 M. Ausgabe ab. Davon entfallen 47 060 M. auf die bauliche Unterhaltung der Schulgebäude und Turnhallen. In der Tiefbauverwaltung sind für die Straßenpflasterungen 100 000 M. und 24 000 M. Kosten für Herstellung von Bürgersteigen vorgesehen. Die Verwaltung der Grundstücke und Gebäude bezeichnet 59 400 M. Einnahme und 128 300 M. Ausgabe; bei diesem beträgt der Anteil der Schulgebäude und Turnhallen 96 700 M.

Besonders wichtig ist das Kapitel „Kapital- und Schuldenverwaltung“. Hier stehen sich 2 260 000 M. Einnahme und 3 581 000 M. Ausgabe gegenüber. Es ist also ein Zuschuß von 1 321 000 M. erforderlich. Die Einnahmen setzen sich zusammen aus 112 164 M. Zinsen von Kapitalien, 450 028 M. von den Kommunalitäten, 601 020 M. Beitrag der Gaswerkverwaltung, 388 784 M. Beitrag des Wasserwerks, 317 978 M. Beitrag vom Grundbesitzfonds und 64 980 M. von den Neubauverwaltungen. Von der Ausgabe entfallen auf Verzinsung der Anleihen 2 406 751 M. und auf Tilgung 1 163 871 M. Diese enormen Beträge werden sich noch gewaltig erhöhen, wenn die 12-Millionen-Anleihe zustande gekommen sein wird. Gegenwärtig beträgt die Schuldenlast schon mehr als 50 1/2 Millionen. Hinsichtlich des Verwendungszweckes verteilt sich die Summe wie folgt: Auf Straßenbauten 3,2, für sonstige gemeinnützige Zwecke 8,3, für das Gaswerk 3, für das Wasserwerk 6,3, für das Elektrizitätswerk 3,5, für Kanalisationzwecke 8,3 und für den Grundbesitzfonds 6,7 Millionen. Stellen wir die Summe der Zinsbeiträge in Beziehung zum gesamten Steuereinkommen der Stadt, so ergibt sich, daß die Schuldzinsen 67,32 Proz. des gesamten Steuereinkommens verzehren!

Wilmerdorf.

Rückwärts!

Es ist bekannt, daß die Stadt Wilmerdorf den Forderungen auf dem Gebiete der Sozialhygiene recht großen Widerstand leistet. Um den nicht gerade rühmlichen Mängeln selbst elementarer Einrichtungen abzuhelfen, hat die Stadtverordnetenversammlung allmählich im Prinzip einige Beschlüsse gefaßt, deren Verwirklichung indessen immer wieder auf sich warten läßt. Erst in diesen Tagen verbreitete das städtische Nachrichtenamt die festsche Mitteilung, daß der Magistrat zurzeit die Errichtung einer Kollsbadeanstalt überhaupt nicht beabsichtigt. Zum Trost mag es der arbeitenden Bevölkerung Wilmerdorfs gereichen, daß nicht einflußlose Kräfte innerhalb und außerhalb des Stadtparlaments am Werke sind, um die wenigen sozialpolitischen Errungenschaften, die dank der sozialdemokratischen Agitation schließlich erreicht wurden, wieder zu beseitigen. Wie nämlich die „Wilmerdorfer Zeitung“, das Organ der maßgebenden Fraktion, zu berichten weiß, soll in nächster Zeit in der Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung der städtischen Fleischhalle gefordert werden, und nicht minder wird man gegen die Fischhalle und gegen die Speiseanstalt Sturm laufen. Diese gemeinnützigen Einrichtungen, zu denen man sich in Wilmerdorf nach langen Debatten in einer Zeit der allgemeinen Lebensmittelerhöhung aufgerafft hatte, erstrecken sich von Anfang an einer sehr geringen Nutzung, nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch von den recht zahlreichen Beamten und der gesamten minderbemittelten Bevölkerung, die selbst im „vornehmen Wilmerdorf“ nicht ganz auszuscheiden ist. Desto mehr erregen diese Anstalten den Groll der reaktionären Kreise innerhalb der Bürgerchaft, die das Gegete über den „sozialpolitischen Sport“ und ähnliche Ansinnen unentwegt fortsetzen. Es ist nicht zu verwundern, daß für derartige rückwärtliche Bestrebungen gegenwärtig ein besonders günstiger Boden vorhanden ist, weil die Stimme des arbeitenden Volkes im Stadtparlament nicht zum Ausdruck kommen kann. Sogar unterer Genossen und Genossinnen muß es sein, gerade bei dieser Gelegenheit überall aufklärend zu wirken, damit bald wieder sozialdemokratische Stadtverordnete solchen reaktionären Attentaten wirksam entgegenzutreten können.

Neufölln.

Dem Projekt über den Ausbau des zweigeschossigen Isolierpavillons für 32 Betten im städtischen Krankenhaus in Budow gab der Magistrat in seiner letzten Sitzung die Zustimmung. Die erforderlichen Mittel zur Ausführung des Baues werden aus dem Hauptverordnungsamt in Höhe von 188 700 M. zur Verfügung gestellt. — Die Annahme und die Inbetriebnahme der neuen Straße des Neuföllner Schiffahrtskanals soll bei der zuständigen Behörde beantragt werden. Die offizielle Einweihung des Kanals und Hafens soll für den Mai d. J. vorbereitet werden.

Steglitz.

Gemeindevahlen am 2. und 3. März. Die amtliche Ausschreibung ist am Sonnabend erfolgt und zwar sind wieder wie vor zwei Jahren zwei Wahltag angelegt. Würde ein Sonntag als Wahltag benutzt, so wäre eine glatte Abwicklung des Wahlgeschäfts an einem Tage durchaus verbürgt. Aber es weist sich vor auf unserem Dorfe noch nicht vorgeschritten. Der Gemeindevorstand oder richtiger der Gemeindevorsteher scheint nun einmal die möglichste Erschwerung der Wahl als einzigen Rettungskurs anzu sehen, der es noch ermöglichen könnte, die verhassten Gegner aus dem Rathaus fernzuhalten. Denn eine große Unbequemlichkeit für die Wähler und damit eine Erschwerung des Wahlgeschäfts bedeutet unbedingt die Bestimmung des „Albrechtshofes“ als Wahllokal für den 2. Wahlbezirk. Bekanntlich bildet für die Teilung des Ortes in zwei Wahlbezirke die Wannseebahn die Grenzlinie. Den 1. Wahlbezirk bildet also die Schloßstraße mit sämtlichen Redensstrahlen, natürlich nur bis zum Bahnhöfen, während der 2. Wahlbezirk die Albrechtstraße mit sämtlichen Redensstrahlen, den Sünderer Ortsteil und den neu-entstandenen Schöneberger Ortsteil umfaßt. Das Wahllokal für diesen Bezirk, der „Albrechtshof“, liegt also mitten in einem anderen Wahlbezirk, wodurch für die „Bequemlichkeit“ der Wähler auf beste gefordert ist. Die Sache wäre zum Lachen, wenn es nicht geradezu als Schikane empfunden würde. Eine ganze Anzahl Schulen mit geräumigen Turnhallen stehen mitten im Wahlbezirk zur Verfügung, trotzdem wird das Wahllokal an das äußerste Ende verlegt, was für einen großen Teil der Wähler einen fast halbstündigen Weg bedeutet. Hoffen wir, daß trotzdem der Zweck dieses Gemeindevorsteher erreicht wird. Für den ersten Bezirk ist als Wahllokal der von der Arbeiterschaft gesperrte „Schloßpark“ bestimmt, der ebenfalls am äußersten Ende dieses Bezirks liegt. Von dem Ergebnis dieses Wahlaftes wird neben dem Gemeindevorsteher auch der Deleonom des „Schloßparks“ förmlich sehr enttäuscht sein. Nun — geteilter Schmerz ist halber Schmerz. Unsere Parteigenossen mögen nunmehr, nachdem die Wahltermine bekannt sind, mit der mündlichen Agitation bei jeder sich bietenden Gelegenheit beginnen, dadurch wird unser Sieg aufs sicherste vorbereitet.

Steglitz-Friedenau.

Ein Arbeiterjugendheim ist nunmehr auch der hiesigen Arbeiterjugend zur Verfügung übergeben worden. Das Heim befindet sich an der Steinhöfstr. 50. Am Sonntag fand die Eröffnung des Heims mit einer damit verbundenen Feierlichkeit statt. Die Jugendlichen sowie ihre Eltern hatten sich zahlreich eingefunden, so daß die neue Stätte, in der die Jugend sich nunmehr zusammenfinden soll zu gefelliger Unterhaltung und erster Bildungsarbeit, bis auf den letzten Platz besetzt war. Einleitend brachte die Sängerschaft der Jugendlichen das melodienreiche Lied: „Der Frühling naht mit Frauen“ zum Vortrag. Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte des Vereins Arbeiterjugendheim durch den Vorsitzenden, würdigte der Schriftsteller G. Schulz die Bedeutung der Jugendheime als Stätten der proletarischen Jugendbildung. Seine zu Herzen gehenden Worte dürften ihre Wirkung auf die Jugendlichen und deren Eltern nicht verfehlen. Ein weiterer Gesangsvortrag beschloß die würdige Feier. Das Heim macht in seiner ganzen Einrichtung einen freundlichen Eindruck, so daß man sagen kann, der Vorstand hat seine Aufgabe gut gelöst. Neben einer Jugend-

Reichstag.

215. Sitzung, Montag, den 16. Februar 1914, nachmittags 2 Uhr.

Im Auftrage des Bundesrats: Dr. Lisca.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des

Etats der Reichsjustizverwaltung.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird beschlossen, den Fall der Witwe Hamm am Schluß der Generaldebatte beim Titel „Staatssekretär“ besonders zu verhandeln.

Abg. Dr. Cohn (Soz.):

Es handelt sich heute darum, die Bilanz für das abgelaufene Jahr zu ziehen, unerkennliche Erscheinungen, die im Justizwesen hervorgetreten sind, zu kennzeichnen, Keime einer neuen Entwicklung aufzudecken und der Gesetzgebung und Praxis neue Ziele zu zeigen. Die Ausdehnung des letzten Jahres an neuen Justizgesetzen ist nicht gerade groß. Ich erinnere an die Tagelöhner für Schöffen und Geschworene. Durch ein

dupplertes und dreifaches Sühnungsverfahren

sind weite Kreise der Bevölkerung von dem Amt der Schöffen und Geschworenen ausgeschlossen, vor allem die Arbeiter, die Privatbeamten usw. Es ist zu begrüßen, daß der Staatssekretär des Reichsjustizamts sich dahin ausgesprochen hat, daß es das Vertrauen zur Justizpflege heben würde, wenn auch Arbeiter in die Laiengerichte als Schöffen hineinkommen. Daraus kann man folgern, daß bei dem jetzigen System der Justizpflege nicht das volle Vertrauen zugewendet werden kann. Die bürgerlichen Parteien, die ja sonst immer für Verbesserung der Arbeiterklasse mit dem heutigen Staate schwärmen, hätten hier eine Gelegenheit, die Vorwürfe über die Klassenjustiz abzuwischen. Eine ausreichende Heranziehung von Arbeitern zu Schöffen und Geschworenen wird freilich nur erreicht werden können, wenn der Ausschuß, der sie wählt, auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zusammengesetzt wird.

In der dringend der Regelung bedürftigen Frage der Konkurrenzklausel liegt ein Entwurf vor, der leider viel zögerlicher vorgeht, als das österreichische Gesetz auf diesem Gebiete und den berechtigten Wünschen der Beteiligten keineswegs entspricht. Ein unerträglich Zustand ist, daß das Gesetz über die Jugendgerichte noch immer nicht eingebracht ist, obgleich diese Reform von hervorragenden Männern der Praxis, wie zum Beispiel dem Direktor der öffentlichen Jugendfürsorge in Hamburg, Dr. Herz, als äußerst dringend bezeichnet worden ist. Sollten etwa die Schwierigkeiten darin liegen, daß die Kommission, die die Materie bearbeitet, auch Veräußerung der Strafmindeleule auf das 14. Jahr vorgeschlagen hat, während die Regierung diese Konzession an die Forderung aller wahrhaften Pädagogen und Juristen bei der Reform des ganzen Strafgesetzbuchs zu machen vor hat und sich jetzt nicht die Hoffnungen aus dem Rücken nehmen lassen will. Es wäre ein unerträglich Zustand, wenn eine von allen Seiten als dringend erkannte Besserung so

als Tauschobjekt behandelt

worden sollte. Man könnte neidisch sein auf die Entschlußkraft, mit der in Frankreich die größten Umwälzungen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung in wenigen Monaten vollzogen wurden. Aber auch in Deutschland kann man ja unter Umständen sehr schnell Gesetze machen. Ich erinnere daran, wie kurz nach der Verabschiedung des V. G. B. in der Frage der Haftpflicht der Tierhalter die Regierung sofort auf das Weichen der Rechten parierte und apporitierte. (Präsident Raempff rügt diesen Ausdruck.) Unser Strafgesetzbuch ist heute beinahe 60 Jahre alt, dem das jetzige entspricht fast ganz dem früheren preussischen Gesetz, und in dieser Zeit hat eine härmliche Umwertung aller wirtschaftlichen und politischen Werte stattgefunden. Aber der Staatssekretär erklärt, vor 1917 könne mit der Reform nicht begonnen werden. Warum gerade 1917? Ist dieser Termin vielleicht schon 1912 bestimmt worden mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen? Will man vielleicht warten, ob sich nicht die rote Wölfe verzicht, von der ein fataler Widerchein auf das neue Kleid fallen könnte, das man der Dame mit der Birde vor den Augen anheften will. Welche Pläne für das neue Strafgesetzbuch seitens der Regierung bestehen, hat ja der Reichskanzler vor kurzen enthüllt.

Das Koalitionsrecht soll nach dem Willen der koalitierten Scharfmacher erschaffen werden.

Reben einigen Verbesserungen werden ungeheure Attentate gegen die Arbeiterklasse und damit gegen die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft geplant. Die organisierte Arbeiterklasse muß und wird sich mit allen Mitteln dagegen wehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wäre es anders, dann wären die Arbeiter wirklich die Hundsjote, als die sie von den gewalttätigen und gewissenlosen Scharfmachern angesehen werden, denn ein freies Koalitionsrecht ist für die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft eine Lebensnotwendigkeit, die Luft, in der sie allein atmen können. Wenn ein Mörder seinem Opfer die Kehle zureißt, so kommt es zu krampfhaften Bewegungen und Stößen, die stark genug sein können, um den Mörder selbst über den Haufen zu werfen. Aus einer Aeußerung der „International liberalen Korrespondenz“ ist ganz klar geworden, wohin der Weg geht. Man spricht vom Schutz der Arbeitswilligen und man meint den Kampf gegen jede Demokratisierung in Deutschland oder in Preußen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Verumpfung der großen Reformwerke auf dem Gebiete der Justiz ist es erklärlich, daß sich an zahlreichen Stellen der Ruf nach Ausbesserung einzelner Teile erhebt.

Die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens stellt jeden Tag neue Forderungen, so daß ohne Novellengesetzgebung gar nicht auskommen ist. Der bescheidene Anfang mit der Strafgesetzbuchnovelle von 1912 ermutigt zu weiterem Vorgehen auf diesem Gebiete. Sie hat gütig gewirkt. Neuerdings ist ja unter dem Eindruck des Erfurter Urteils eine Novelle zum Militärstrafgesetzbuch eingebracht worden und ihr werden hoffentlich andere Novellen auf weiteren Gebieten folgen. Es fehlt nur der

entschlossene Wille des Reichstags

und der Regierung. Ich erinnere an den Zeugniszwang gegen Redakteure, die Edesformel, Berufung der Lehrer als Schöffen, Fragen, die Abg. Müller, Meinungen auf eine Umfrage der „Deutschen Juristenzeitung“ als besonders reformbedürftig bezeichnet hat. Hat doch neulich ein Gericht in einer Diebstahlsache das Zeugnis zweier konfessionsloser Zeugen nicht anerkennen wollen und die Vernehmung neuer Zeugen angeordnet. Gegenüber den vielen Zeugnisaufhebungen, die aus der Kirche ausgetreten sind, wird sich die Eidesform für Zeugen unter Anrufung Gottes ohne schwere Beweismittel nicht aufrecht erhalten lassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mein Freund Haase hat bei der schon erwähnten Umfrage der „Deutschen Juristenzeitung“ das Recht der Zeugnisverweigerung der Parlamentarier, ferner die Zeugnisverweigerung gegenüber Fragen nach der politischen Meinung und der Abstammung bei Wahlen als Fragen bezeichnet, die für eine Novellengesetzgebung in Betracht kommen; in der Tat würde sich hierüber leicht eine Verständigung erzielen lassen. Graf Westarp hat Gründe gegen eine Novellengesetzgebung angeführt; aber die sind in der Tat nicht ernst zu nehmen. (Präsident Raempff rügt diesen Ausdruck.) Für die Novellengesetzgebung eignet sich ferner die Frage der Konkurrenzklausel, die des Existenzminimums, das höher bemessen werden muß als

1500 M., die Frage des Zwangsberggleichs bei Konfuzen; ganz dringend ist eine Neuordnung des Wiederaufnahmeverfahrens in Strafsachen. Wie steht es ferner mit einem Strafvollzugsgefetz? Es ist gar kein Grund einzusehen, mit ihm bis nach der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs zu warten. Aber nicht nur die Mängel der Gesetze haben wir zu rügen, auch die

Mängel der Gesetzesanwendung,

wie wir es immer wieder nennen müssen, die Klassenjustiz. Nicht eine betruht verschiedene Rechtsprechung verstehen wir darunter, aber eine objektiv ungleiche Behandlung der verschiedenen Klassen, hervorgerufen u. a. auch durch das Bestreben der Richter, sich als einen Teil der Staatsautorität zu fühlen. Ich erinnere auch an die außerordentlich milde Beurteilung von Studenten erzeissen gegenüber den schweren Urteilen bei gleichen Vergehen von Arbeitern. Bezeichnend sind in dieser Richtung auch die außerordentlich milden Strafen für Uebertretungen von Arbeiterstrafgesetzen. So erhielt ein Arbeitgeber für Nichterhaltung einer Bestimmung des Kinderbeschutzes selbst im Wiederholungsfalle nur die Mindeststrafe von 3 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Ausgang der Dresdener Sittlichkeitsaffäre ist charakteristisch. Nicht die mißbrauchten Kinder wurden vom Vorsitzenden des Gerichts, Rumburg, als die Dpfer bezeichnet, sondern die erwachsenen Männer (Hört! hört!); bei der Begründung der sehr niedrigen Strafen sagte derselbe Herr, das Gericht müsse einen Unterschied machen, ob es sich um bescholtene oder unbescholtene Mädchen handelt, obwohl im Gesetz nichts davon steht (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), denn der Gesetzgeber habe diesen Fall nicht vorgeesehen. In einem Falle, in dem Verurteilung eingelegt war, mußte das Oberlandesgericht Herrn Rumburg attestieren, daß seine Begründung die Grenzen der Objektivität überschreite. Durch traffe Urteile bei sogenannten Streikvergehen zeichnet sich auch die Erfurter Strafkammer aus. Ein Arbeiter, der mit Bezug auf einen Streikbrecher gefagt hatte: „Laßt ihn gehen, er muß wissen, was er tut.“ wurde wegen Verleumdung mit drei Monaten Gefängnis bestraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In Breslau wurde ein Arbeiter wegen „eines beleidigenden Blicks“ gegen einen Schuhmann zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch Süddeutschland ist von dieser Art Rechtsprechung nicht frei. Auffallen dabei ist auch die geringe Achtung der Gerichte vor der persönlichen Freiheit, indem ganz leichtfertig ungerechtfertigte Untersuchungen verhängt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Richter fühlen sich eben nicht als Hüter des Rechts, sondern als Hüter der Staatskassen.

Hat doch der Abg. Köhling in preussischen Abgeordnetenhause, auch ein Richter, dem Reichskanzler zum Vorwurf gemacht, er habe im Zaberner Fall zu sehr die abwägende Gerechtigkeit und zu wenig die Staatskassen im Auge gehabt. Gnade Gott dem „Streikfänger“, der vor einem Richter mit solchen Anschauungen steht. Der Abg. Haas gab im vorigen Jahre zu, daß ganz unobjektive, unerkennliche Urteile gefällt werden, doch seien das Ausnahmen. Nur zeigen sich diese Ausnahmen in ganz Deutschland gegenüber „Streikfängern“, also gerade in solchen Zeiten, in denen volle Objektivität des Richters erst recht Pflicht wäre. Nicht nur in Strafsachen zeigt sich die Unobjektivität des Richters. In Berlin wurde ein Wertmeister, dem der Wochenlohn nicht ausgezahlt wurde und der deshalb die Arbeit niedergelegt hatte, mit der Klage auf den Lohn für die sechs-wöchentliche Kündigungsfrist abgewiesen, das Urteil sagt, der Kläger darf sich nicht auf den starren Rechtsstandpunkt stellen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), er war moralisch verpflichtet, das Geschäftsinteresse wahrzunehmen. Wo das Gesetz bleibt, sagt dieser Richter nicht, auch die Sittengesetze, jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, „wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht zahlt, ist ein Bluthund“, scheinen ihm unbekannt. Ebenso kümmert er sich nicht um das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung, die ausdrücklich sagen, wenn der Lohn nicht bezahlt wird, der kann gehen. — Ein besonderes Kapitel bildet die Polizei im Strafprozeß.

Es zeigen sich da bedenkliche Korruptionserscheinungen. In Köln wurden Bestechungsgelder an Polizeibeamte als wahr erwiesen. Unter den Augen der Polizei verstoßt man gegen den Ruppelparagrafen; in Altona erschien ein Inzerat eines Bordellbesizers, das ausdrücklich auf das große Entgegenkommen der Polizei hinwies. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich spreche nicht von der Korruption der politischen Polizei und dem Spitzelwesen; in diesem Zusammenhang will ich nur auf den Fall in Essen hinweisen, wo ein Polizeibeamter ein bezahltes Subjekt, einen Kattgroßhändler, angestellt hat, in das Lokal des Steigerverbandes einzudringen, dort die Mitglieder-Liste zu stellen, die er dann der Unternehmerorganisation ausbandigte. Ein auf demselben Gebiete liegender Fall wird aus Vochum berichtet. — In Berlin mußte ein Schuhmann verurteilt werden, weil er, um besonderen Ruhm als Einbruchsbrecher zu erlangen, einen Einbruch bei sich bestellt hatte und dabei einen Menschen niedergeschossen hatte. Ähnliche Fälle häufen sich. Eine stärkere Beaufsichtigung, eine Reformierung der Polizei ist dringend notwendig, sie ist eine der wichtigsten Aufgaben der Rechts-pflege und der Justizverwaltung; der Justizminister sollte sich hierüber mit dem preussischen Minister des Innern in Verbindung setzen, und Herr v. Jagow sollte über seine juristischen Studien nicht die Pflichten seines Amtes vergessen und sich erst dann als Perikles feiern lassen, wenn er den

Augschall der Polizei

gründlich gereinigt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Einen unerhörten Fall politischen Mißbrauchs der Fürsorgeziehung hat neulich mein Freund Köhle erzählt. In Westfalen wurde über einen jungen Mann die Fürsorgeziehung verhängt, weil er „schon viel von der Sozialdemokratie spreche“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als weit mehr als die Richter, dürfen sich bei uns noch die Verwaltungsbeamten, und welche Geringschätzung unsere Richter unter Umständen in diesen Kreisen genießen, die politisch an der Spitze des Staates stehen, beweisen die Aeußerungen der „Post“ und der „Kreuzzeitung“ über die Vorgänge in Zabern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Gründung der Richterorganisation wird hoffentlich den Richtern ein besseres Verständnis für gewerkschaftliche Vorgänge und Ideen beibringen. Die Richter sollten Seite an Seite mit den Anwälten für die Hebung des Ansehens der Justiz kämpfen. Das ihnen vorgeworfen wird, ist ihre geringe Widerstandsfähigkeit gegenüber politischen und sozialen Einflüssen. Zu den stolzeiten Traditionen der europäischen Gerechtlichkeitspflege gehört das Wort: fiat justitia et pereat mundus (Gerechtigkeit muß geübt werden und wenn dabei die Welt zu Grunde geht). Nach unserer Anschauung muß die Justiz auf die

breiteste Mitwirkung aller Volksschreife

gestellt werden, die Richter müssen vom Volke frei gewählt werden. Wir sind der Meinung in Umkehrung des sittlichen Wortes: pereat mundus, fiat justitia: erst muß die jetzige Gesellschaftsordnung zu Grunde gehen, und durch eine neue ersetzt werden, ehe wirkliche Gerechtigkeit geübt werden kann. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Raempff

rufft den Redner nachträglich wegen einer Aeußerung zur Ordnung, in der von der Möglichkeit eines Wahlschwunders der Regierung mit den bürgerlichen Parteien die Rede war.

Abg. Dr. Belzer (S.):

Wenn wir alle mit der Ausführlichkeit des Vorredners sprechen wollten, würden wir bis Ostern mit dem Justizetat nicht fertig. — Von den Zabern-Prozessen können wir nur sagen: o rühret, rühret nicht daran. — Auf der Streichung des neuen Reichsanwalts werden wir bestehen. — Der vorliegende Justizschaffahrtrechtsentwurf bedarf noch wesentlicher Abänderungen. Leider scheint eine internationale Regelung noch nicht möglich. Darüber, ob ein Entwurf betr. den Zwangsberggleich außerhalb des Konturfes zu erwarten ist, wird der Staatssekretär jedenfalls Auskunft geben. — Der nationalliberale Antrag auf Verbesserung einzelner Teile des Reichsrechts geht uns zu weit, er würde die Reform unseres gesamten Strafrechts und Strafprozeßrechts nur noch mehr hinauschieben. Dringend notwendig ist allerdings die Beschleunigung unserer Zivilprozesse.

Wie steht es mit der Frage der Neuordnung der Angestellten der Rechtsanwältie und mit der Aenderung der Gebührenordnung der Rechtsanwältie? — Vielleicht ließe sich eine Zentralstelle für ein Generalfiskalregister errichten, wo die Interessenten Auskunft erhielten, wer den Offenbarungseid geleistet hat. — Die „Deutsche Richterzeitung“, das Organ des Deutschen Richterbundes, hat einen unqualifizierbaren Angriff auf unieren Kollegen Spahn gebracht, weil er angeblich die Unparteilichkeit des Kolmarer Oberlandesgerichts angezweifelt hat. Der Deutsche Richterbund sollte solche Entgleisungen seines Organs nicht dulden. — Ein Preßbildchen ist die Sensationspreffe, die private Angelegenheiten in die Öffentlichkeit zieht und Sensationsartikel mit geschicklichem Einschlag bringt. Ich freue mich, daß der „Vorwärts“ gegen diese elckhafte, sensationelüsterne Preffe Front gemacht hat, und daß bei den Angriffen auf den Generalintendanten Grafen Gaeßler das Gericht einmal ein Exempel statuiert hat. — Sehr bedauerlich ist, daß der Prozeß der Hedwig Müller von der Preffe sensationell aufgebauscht wurde. Das Verfahren des Staatsanwalts, der besondere Rücksicht auf die junge, hübsche Angeklagte genommen hat, ist ja erfreulicherweise vom preussischen Justizminister gerügt worden. Aber der Schade, den der Prozeß angerichtet hat, kann damit nicht gut gemacht werden. Im Volke zieht man Vergleiche zwischen der Behandlung der jungen hübschen Dirne und etwa der einer alten häßlichen, wegen Fortstreßels angeklagten Frau.

In Bezug auf die Bekämpfung der Schundliteratur erwarten wir möglichst bald eine Novelle. Mit dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen schamlose Postkarten sind meine Freunde einverstanden; dies Vorgehen richtet sich nicht gegen die Kunst, sondern gegen den Mißbrauch der Kunst. Das Volk ist mit diesem Vorgehen auch ganz einverstanden. Aber nicht einverstanden ist das Volk mit dem

Ausquetschen der Zeugen vor Gericht,

namentlich auch mit den Fragen nach den Vorstrafen, die oft großes Unglück über die Zeugen bringen.

Ein besonderes Kapitel bildet die Behandlung der Geisteskranken überhaupt und vor Gericht. Die Forderung einer Reform des Strafrechts ist dringend. Mit einem großen Teil meiner Freunde halte ich eine einheitliche, rechtsgesetzliche Regelung dieser Materie für wünschenswerter als eine landesgesetzliche Regelung. Das Volk versteht es nicht, daß bei jedem großen Verbrechen der Einwand erhoben wird, er war bei Begehung der Tat geisteskrank und oft genug wird er freigesprochen. Der kleine Mann hat nicht das Geld, sich in einer Anstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Zu oft werden auch mildernde Umstände wegen des sogenannten Dämmerzustandes betwähigt, wie es bei Hedwig Müller geschah.

Sehr merkwürdig sind oft auch die Gutachten bei Entmündigungsverfahren, wo Gutachten gegen Gutachten stehen. In solchen zweifelhaften Fällen sollte es stets heißen: In dubio pro reo (im Zweifelsfall für den Angeklagten). Im Falle Serien erkannte das Amtsgericht Eberwalde auf Entmündigung auf Grund eines Gutachtens des Leiters der Irrenanstalt, der auch die Geisteskrankheit aus dem Umstande schloß, daß Herr v. Werfen gegen seine Rückhaltung in der Irrenanstalt protestierte. (Heiterkeit und Hört! hört!) Glücklicherweise hat das Landgericht Prenzlau die so begründete Entmündigung aufgehoben. Ueber die Unterbringung in eine Irrenanstalt sollte stets eine Kommission entscheiden, in der neben Juristen und Psychiatern auch Laien sitzen. Gegen gemeingefährliche Geistesranke muß die Menschheit allerdings geschützt werden. Allerdings ist die Frage der Feststellung der „gemeingefährlichen Geisteskrankheit“ sehr schwierig. Den Lehrer Wagner hat vor seiner Tat niemand für geisteskrank gehalten. Ich will die Feststellung der Geistesgefahrlichkeit in diesem Falle nicht anzweifeln. Aber Widerspruch muß ich erheben dagegen, daß gleich nach der Tat behauptet worden ist, die Tat könne nur von einem Geisteskranken begangen sein. Das Volk versteht es nicht, daß der Mann, bei dem nie etwas bemerkt worden ist, seit 10 Jahren geisteskrank sein soll. Er ist jetzt als unheilbar geisteskrank in einer Irrenanstalt untergebracht; aber wer bürgt dafür, daß er nicht eines Tages als geheilt entlassen wird.

In dem Prozeß Knittel, in diesem im Lande des Galatismus geborenen Prozeß, hat der Vorliegende durch sein Verhalten weit Schlimmeres sich zuzulassen kommen lassen als der Angeklagte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Solche Vorkommnisse können das Vertrauen zur Rechtsprechung nicht erhöhen, das unter allen Umständen erhalten werden muß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schiffer (natl.):

Den von den Sozialdemokraten erhobenen Vorwurf der Klassenjustiz nehmen wir nicht leicht. Glücklicherweise teilt die Masse diese Anschauung von der Parteilichkeit der Richter nicht, sondern sie treten vor den Richter mit Vertrauen. (Zustimmung bei den Rationalliberalen.)

Ein großer Teil dieser Vorwürfe trifft übrigens gar nicht die Richter, sondern die Gesetze, nach denen sie urteilen müssen. Ich erinnere an die Richtvereidigung des einen Ruppeldirektors, weil er angeblich der Teilnahme an der Straftat verdächtig war, obgleich seine Glaubwürdigkeit gar nicht bezweifelt wurde. Das ist eine Barbarei, zu der der Richter durch das Gesetz gezwungen ist, das kann man, ganz abgesehen von der Person, um die es sich handelt, anerkennen, denn es kann jedem von uns passieren. — Wir müssen eben die Gesetze in Einklang bringen mit der modernen Zeit. Und da die Strafgesetz resp. Strafprozeßreform erst nach vielen Jahren zu erwarten ist, sind wir zu einer Novellengesetzgebung gezwungen.

Der Weg, den wir mit der kleinen Strafgesetznovelle begonnen haben, dieser geräuschlose schnelle Weg, der sonst im Reichstag so selten üblich ist, soll unser Vorbild sein. Eine Einigung über die wichtigsten Punkte wird leicht möglich sein. Wir sehen heute, daß der Wahrheitsbeweis meist erhoben wird, wo es nicht notwendig ist und nicht erhoben wird, wo es notwendig wäre. Wir sehen eine Ueberwucherung der Privatklageverfahren, wie sie unseres Volkes unwürdig ist. Unhaltbar ist auch der Zustand, daß obgleich der Wahrheitsbeweis vollständig erbracht wird, wegen reiner formalen Verleumdung verurteilt wird. (Sehr richtig! links.) Wichtig ist ferner der Schutz des Gläubigers gegen böswillige Schuldner. Vollständig spruchreif sind die Fragen der Einschränkung der Eidesleistung, die Beschleunigung des Verfahrens im Zivilprozeß und Strafprozeß, die Zulassung der Volksschlichter als Schöffen und Geschworene. Weiter wünschen wir Beschleunigung und Vereinheitlichung der Rechtspflege. Die Zahl der Instanzen muß nach unten beschränkt werden, das heißt, es muß häufiger gleich die oberste Instanz angerufen werden. Hier sollte man einen raschen energischen Schritt tun, wie er in England und Amerika bereits getan ist.

Eine Heberlastung des Reichsgerichts ist ausgeschlossen, denn die Fälle, auf die es ankommt, gehen ja heute alle ans Reichsgericht. Bei der großen Anzahl unserer höchsten Gerichtshöfe und der Juri- spalität ihrer Entscheidungen muß einmal ein Ausgleich herbei- geführt werden, um dem Volke die Rechtssicherheit zu gewährleisten. — Unsere Richter sollten sich vor allem in der Tugend der Geduld üben. Ihre Hauptaufgabe ist, sich in die Seele der Leute zu versetzen, mit denen sie verhandeln. Das Leitmotiv für die Richter muß sein: erst kommt der Mensch und dann kommt der Jurist. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Dr. v. Laszewski (Pole)

fordert ebenfalls Beschleunigung der Rechtspflege.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. Vorher kurze Anfragen. Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung, Montag, den 16. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwig.

Der Etat des Ministeriums des Innern.

Die preussische Dänenpolitik.

Abg. Wittrod (Op.):

Das Anwachsen der dänischen Agitation ist sehr bedauerlich. Seitdem die preussische Regierung durch das Sprachverbot von 1888 und durch andere polizeiliche Schikanen die Dänen zu unter- drücken suchte, ist der Einfluß des Dänentums in Schleswig als Gegenwirkung gegen diese Maßnahmen gestiegen. In dieser Politik franten wir heute noch. Man verbot öffentliche dänische Versammlungen, — die Dänen bauten sich eigene Ver- sammlungshäuser. Diesen Versammlungshäusern wurde die Wirtshauskonzession nicht erteilt, — die Folge davon war das Anwachsen der Abstinenzbewegung, welche der dänischen Agitation eine starke stützende Stütze verlieh. Die Politik der Regierung entspricht weder unserem Gerechtigkeitsgefühl, noch einem richtig verstandenen Staatsinteresse. Die Jugendpflege soll gefördert werden, aber ohne daß der Zweck des Germanisierens damit ver- bunden ist, da man sonst das Gegenteil von dem, was man be- absichtigt, erreicht. Bei der Politik in Nordschleswig sollte die Regierung sich möglichst Reserve auferlegen, vornehm und ritterlich muß man vorgehen, wenn man die Dänen zu treuen Söhnen des Landes machen will. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Am den kaiserlichen Treibeien eine größere Weiße zu geben, hat man am Sonnabend auf das 50jährige Jubiläum der Befreiung Schleswig-Holsteins hingewiesen. Es ist ja bei uns üblich, solche Jubiläen zu reaktionären Gewaltstreichen zu benutzen, ich erinnere nur daran, daß man im Jubiläumsjahre 1913 in Elßol-Lothringen den Grundtag proklamierte, die Soldateska brauche sich um Geleit und Recht nicht zu kümmern. Auch hier gilt es, einen reaktionären Vorstoß zur Vergeßlichkeit eines Teiles der preussischen Staats- bürger. Deshalb soll die nationale Begeisterung bis zum

rücksichtslosesten Chauvinismus

aufgepeitscht werden. Sie haben das nötig, weil sonst kein Mensch auf den abfurden Gedanken kommen könnte, in der Nordmark liege eine Gefahr für das deutsche Volk vor. Sie sollten aber vorhin- sichtig sein mit der Herabbeschwörung an die Erinnerung historischer Tat- sachen. Das offizielle Preußentum hat kein nationales Herz für die Deutschen in Schleswig-Holstein erst entbedet, als ein Deutscher damit zu verbinden war, Preußen nahm sich des Deutschtums in Schleswig-Holstein erst an, als es möglich war, eine Annexion zu vollziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 1848 erhob sich das deutsche Volk für die Befreiung Schleswig-Holsteins. Auch die Männer, die als die geistigen Träger der Sozialdemokratie gelten, traten für diese Befreiung ein. Sie sehen also, was für ein Unlügen es ist, von der vaterlandlosen Sozialdemokratie zu schwagen. Aber die Vaterlandsliebe der echtpreussischen Männer erscheint in recht eigentümlichen Lügen. Das offizielle Preußen trat aus Angst vor England und Rußland sehr bald von Schleswig-Holstein zurück, und um so lieber, als der Preußenkönig in der Erhebung der Schleswig-Holsteiner eine revolutionäre Erhebung sah. Preußen gab damals die Schleswig-Holsteiner an Dänemark preis. Die Entrüstung, die im Frankfurter Parlament darüber losbrach, kennzeichnet die Entrüstung, die im Volke herrschte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als 1864 die Schleswig-Holsteiner ein selbständiger Bundesstaat unter dem Augustenburger zu werden wünschten, bildeten es Preußen und Oesterreich nicht. So werden Landesväter abgelehrt, wenn es dynastischen Interessen entspricht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Jetzt wühlt man die Regierung gegen die dänischen Stammesangehörigen auf. Das ist alles, was Sie (nach rechts) aus der Geschichte gelernt haben. Daß solche Ver- gewaltigung sich bitter rächen muß, scheinen Sie nicht zu begreifen. Sie tun so, als ob der Angriff nicht von Preußen ausgeht, sondern Deutschland sich wehren muß. Die Absurdität dieser Idee ergibt sich aus der Tatsache, daß höchstens 150 000 Dänen vorhanden sind. Sie werfen den Dänen Terrorismus vor. Aber gerade Sie wollen bei den Wahlen Kontrolle und

Gefinnungsmaßstabe

aussüben, sonst würden Sie für das geheime Wahlrecht eintreten. (Lebhafte Zustimmung links.) Wie können Sie sich aber den Terror enträften, wenn das Gesetz selbst darauf zugeschnitten ist. Veseitigen Sie die öffentliche Abstimmung, so werden Sie den Terrorismus unmöglich machen. Auch die Nationalliberalen, auch die Partei des Herrn Schifferer läßt Terrorismus dort, wo sie die Macht hat, im Westen und in der „Eisener Volks- zeitung“ wird das gedrandmarkt. (Präsident Graf Schwerin- Löwitz ruft den Redner zur Sache.) Am Sonnabend ist von dort kräftig von Wahlterrorismus gesprochen worden, ich muß deshalb auch darauf eingehen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Gewaltpolitik, die gegen die Dänen getrieben wird, muß zur Erbitterung führen, wie auch in zahlreichen Ausführungen einsichtiger Männer zum Ausdruck kommt. Freilich begehen die Dänen ein großes Verbrechen in den Augen der Kaiserlichen: Sie wollen ihre Nationalität, ihre heimliche Kultur be- wahren und sich nicht zu Rußpreußen machen lassen. Das ist ihr gutes Recht. Die Deutschen in Schleswig-Holstein haben sich in der dänischen Zeit auch ihrer Haut geweiht. Schon 1844, schon vor der Erhebung, wurde dort gelungen: „Schleswig-Holstein, meer- umschlungen“. Wie kann man es also den Dänen verdenken, wenn sie alles aufbieten, um ihre Nationalität zu bewahren! Sie be- haupten, Dänemark nehme teil an dem Kampf gegen die Germanisierungsbestrebungen. Nur, damals hat ganz Deutschland

teilgenommen an dem gegen die dänische Regierung gerichteten Be- strebungen. So sehr wir die Zwangspolitik mißbilligen, die damals Dänemark trieb, so sehr mißbilligen wir auch heute die Zwangs- politik Preußens. Und Dänemark hatte noch einen politischen Grund zu seinen Maßnahmen, nämlich die Furcht vor dem Verlust der Provinz, aber bilden denn die 150 000 Dänen in Nordschleswig wirklich eine Gefahr für das Deutsche Reich? Sie sagen doch sonst, wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts in der Welt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Man müßte sich vor Lachen ausschütten, wenn die Geschichte nicht so beschämend wäre. Herr Schifferer sagte, wenn ein zweiter Napoleon käme, würde Dänemark versuchen, Schleswig-Holstein an sich zu reißen. Es wäre wahrlich besser gewesen, durch eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen, ob die Bevölkerung dänisch bleiben oder deutsch werden wolle. Deutschland wäre nicht schwächer geworden, wenn die Grenze süd- licher gegangen wäre. Aber nun gehört Schleswig-Holstein zu Deutschland und da sollte man dafür sorgen, daß die Zwangs- deutschen durch vernünftige Behandlung Respekt und Hochachtung vor den Deutschen bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemo- kraten.) Durch eine Gewaltpolitik erreicht man nichts. Die Dänen sind ja auch immer stärker geworden, die dänischen Organisationen sind fortwährend gewachsen, und werden bei weiterer Zwangs- germanisierung nur immer weiter wachsen. Herr Schifferer hat gesagt, die Landkassat sollte die dänischen Höfe nicht mehr beleihen. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sagt der- selbe Herr Schifferer, der über den von den Dänen ausgeübten wirt- schaftlichen Vorkauf jammert.

Auch das Vereinsgesetz müßte Herr Schifferer noch verschlechtert haben. In einem Kreis, in dem mehr als 60 Proz. Dänen sind, darf in öffentlichen Versammlungen die ausländische Sprache benutzt werden, und die Landesregierung darf noch weiteres Entgegenkommen zeigen. Hiergegen läuft der liberale Herr Schifferer Sturm. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und der Herr Minister hat auch bereits Entgegenkommen versprochen. Es wäre nur für die Regierung ehrenvoll, wenn sie liberaler als der nationalliberale Schifferer ihres Amtes waltete. Dann würde sie alle Aufregung unter den Dänen vermeiden, wie sie z. B. der Präsident Suppe durch seine bekannte Rede, in der er von einer jägellosen Agitation der Dänen sprach, entfachte. Ja er sprach sogar die Drohung aus, daß die Regierung zu

Schärferen Gegenmaßnahmen

greifen müsse, falls die dänische Agitation größere Fortschritte machte. Und da kommt der Abg. Schifferer, ein Liberaler, und sagt, daß die Regierung gegen die Dänen nicht liberal, sondern mit immer strengeren Vorschriften vorgehen müsse. Wir wundern uns nicht über jene Versicherungen des Regierungspräsidenten Suppe, ist er doch jener Scharfmacher, der die Verfolgung des heimat- losen Dänen Schölm so rücksichtslos betrieben hat, bis der Ver- folgte im Gefängnis eine Heimat fand.

Zu den angreifbaren Maßnahmen der Regierung gehört die ge- walttätige Verdrängung der dänischen Sprache aus der Schule. Im Jahre 1878 waren von 18 Schulklassen noch 16 dänisch. Jetzt ist die dänische Sprache mit Hilfe der Landräte und Kreisinspektoren gänzlich aus den Schulen ausgemerzt. Der Abg. Schifferer sagte, wer will denn den Dänen ihre Kultur nehmen? Die Kultur ist ein umfassender Begriff, der mehr als die Sprache enthält. Aber indem Sie den Dänen ihre Heimatsprache zu rauben suchen, nehmen Sie ihnen damit gleichzeitig ihr Heimatgefühl. Won hat das Vereins- recht in gesetzwidriger Weise mißbraucht, um so sogar gottesdienstliche Veranstaltungen als öffentliche Ver- sammlungen zu erklären und zu verbieten. Zu diesem Kapitel gehört auch das Verbot des Amundsenischen Vortrages. Der Graf Baudissin war es, der die Regierung in der Aufrechterhaltung dieses Verbots zu bestärken suchte. Vollkommen misslungen war der Versuch des Ministers, das Verbot der Landung des dänischen Vergnügsdampfers in Sonderburg zu begründen. Daß die Ruß auf diesem Dampfer dänische Weisen spielte, ist doch selbstverständlich, oder wollte man vielleicht verlangen, daß „Deutschland, Deutschland über alles“ oder „Schleswig-Holstein, meerumschlungen“ gespielt würde. Gerade, wenn wir internationale Verwicklungen vermeiden wollen, sollten wir uns die Dänen und die ganze nordische Völkergemeinschaft zu Freunden machen und die Dänen mit der deutschen Politik ausöhnen. Der Minister hat das Landungsverbot auch damit zu begründen gesucht, daß an dem be- treffenden Tage der Todestag Kaiser Friedrichs III. war, den man nicht durch laute Festlichkeiten hätte stören dürfen. Ueber diese Begründung haben sich wohl alle gewundert, denn bisher ist dieser Lobestag in Preußen noch niemals beachtet worden.

Die Regierung hat unseren Genossen Stauning, den Vice- präsidenten des dänischen Folkething ausgewiesen, da er einen Vortrag über das dänische und preussische Wahlrecht halten wollte und man da wohl glaubte, daß Preußen bei diesem Vergleich sehr schlecht wegkommen würde. Nicht einmal in deutscher Sprache durfte er diesen Vortrag halten. Natürlich fand die Ver- sammlung doch statt und der verbotene Vortrag wurde verlesen. Aber Stauning, der in der Versammlung erschienen war, wurde über die Grenze geschafft. Durch solche Maßnahmen fördern Sie unsere Agitation gegen das reaktionäre Junkerpreußen, aber die Regierung macht sich lächerlich durch derartige

unausgesetzte internationale Ungenugheiten.

Die herrschenden Klassen dürfen internationale Beziehungen pflegen. Aber wenn das Volk dergleichen tut, so schmeißt ihm die Polizei den Knüttel zwischen die Beine. Und was erreichen Sie anderes dadurch, als daß das Dänentum gestärkt wird und die Sozialdemokratie sich eines gewaltigen Wachstums erfreut. Was die 2000 heimatischen Dänen in Schleswig betrifft, so haben die Ab- geordneten Johansen und Schifferer gefordert, daß ihnen das preussische Staatsbürgertum nicht gewährt werde. Ist das nicht lächerlich und beschämend, daß man diese Anderswo Menschen als eine kolossale Gefahr für Deutschland hinstellt. Aber man will sie recht- los halten, sie sollten jederzeit nach Dänemark abgeschoben werden können, besonders wenn sie deutsche Frauen heiraten, die ja durch eine solche Heirat ihr Staatsbürgerrecht verlieren. Die bürgerlichen Parteien haben die Gelegenheit, derartige internationale Verwicklungen zu beseitigen, nicht benutzt, da sie diesbezügliche sozial- sozialdemokratische Anträge abgelehnt haben. Vor einiger Zeit hat man einen solchen Heimatlosen, der einmal als 15-jähriger Mensch einen Verweis wegen eines Diebstahls erhalten hat, aus einem geringfügigen Anlaß ausgewiesen. Aber der Hauptgrund war, daß er ein deutsches Mädchen geheiratet hatte. Wenn da- gegen ein solcher Staatenloser mit einer Deutschen in einem unehelichen Verhältnis zusammenlebt und illegitime Kinder erzeugt, so geschieht ihm nichts. Wir bitten den Minister um Aus- kunft, wie weit die Verhandlungen betreffs des Vertrages mit Dänemark gediehen sind. Wir fordern, daß endlich der

Kriegszustand in den Nordmarken

aufhöre (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Dänen)

und daß mit der frivolsten Konfliktpolitik der Kriegsbeher, hat der wir in der elässischen Affäre ja auch eine nette Probe erhalten haben, endlich ein Ende gemacht werde. Wir protestieren dagegen im Namen des Volkes, der Kultur und der nationalen Ehre. (Bravo! bei den Sozialdemokraten und den Dänen.)

Minister v. Dallwig:

Daß der Vorkredner die Wiedergewinnung Schleswig-Holsteins als einen Raub bezeichnet hat, beweist lediglich den Tiefstand seines nationalen Empfindens. (Lärm bei den Sozial- demokraten. — Lebhaftige Zustimmung rechts.) Auf der gleichen Stufe sieht es, wenn die Hensburger Sozialdemokraten sich den Führer der dänischen Sozialdemokraten zu sich geholt haben, damit er für sie Kellame mache. Das Gesuch, den Vizepräsidenten des dänischen Folkething Stauning reden zu lassen, mußte ab- gelehnt werden, weil es sich um eine ganz gewöhnliche sozialdemo- kratische agitatorische Versammlung der dänischfreundlichen Sozial- demokraten in Hensburg handelte. Wenn Herr Stauning sich trotz- dem persönlich an der Besammlung beteiligte, so hat er sich damit angeichts der gespannten nationalen Verhältnisse in Nordschleswig einer sehr dreisten Herausforderung und Ver- höhöhnung der staatlichen Autorität und der preussischen Ge- hördten sowie der gesamten deutschen Bevölkerung schuldig gemacht. (Lärm bei den Sozialdemokraten. — Lebhaftige Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Reventlow (L.)

spricht der Regierung für ihre Dänenpolitik seine Anerkennung aus. Er verlangt nur, daß die Landräte so lange als möglich auf ihrem Posten in der Nordmark bleiben.

Abg. Kloppenburg (Däne)

potentisiert gegen den Abg. Schifferer. Die Dänen mühten eigene Versammlungshäuser bauen, weil man ihnen die anderen Lokale abgetrieben hat. Die Dänen können nur durch eine groß- zügige noble Politik gewonnen werden und alle Ausnahmegeetze sind nur von Hebel. Mit Weisheitsheben kann man das Ratio- nalisierungsgeißel nicht austreiben. Die Räder-Politik hat vollständig Mißglück erlitten. Wollen Sie sie jetzt wirklich nochmals wiederholen? Damit können Sie uns wohl reizen, aber Sie werden damit nichts erreichen. Sie mühten uns sonst todschlagen, und das werden Sie als Kulturnation wohl doch nicht wöllen. (Beifall bei den Dänen und Sozialdemokraten.)

Abg. v. Bonin-Stormann (H.)

bezeichnet die Klagen der Dänen als Ubertreibungen.

Es folgt die Beratung eines Antrages mehrerer bürgerlicher Abgeordneten verschiedener Parteien, die Ausführungsbestimmung zum Gesetz über die Anlegung von Sparkassen- beständen in Inhaberpapieren dahin abzuändern, daß der Pflichtbestand an Inhaberpapieren zum Anschaffungspreis bilanziert, die buchmäßigen Kursverluste so lange vom Referendums ab- gefürdeten werden können, als diese nicht unter 2 Proz. der Ein- lagen sind und die Zinsen des Referendums den Jahresüberschüssen hinzugerechnet werden können.

Abg. Dr. v. Aries (L.)

sieht in dem Antrage eine Gefahr für die Solidität der Sparkassen.

Abg. Reinhard (S.)

erklärt als alter Gegner des im vorigen Jahre beschlossenen Gesetzes, daß manche Sparkassen zur Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen wären, wenn die Ausführungsbestimmungen nicht ge- ändert werden.

Minister v. Dallwig

teilt mit, daß er die Oberpräsidenten angewiesen habe, Er- leichterungen eintreten zu lassen, aber nicht über fünf Jahre hinaus. Eine Ausnahmebestimmung, die die Sparkassen gegenüber den Depositenbanken, Versicherungsgesellschaften, Genossenschaften usw. bevorzugen würde, kann nicht zugelassen werden. Würde man die Kursverluste dem Referendums aufbürden, so würden sie bald ver- schwunden sein.

Abg. Hausmann (natl.)

ist für Kommissionsberatung, wünscht aber, daß der Referendums in genügender Höhe erhalten bleibe.

Abg. Dr. Cräger (Op.)

ist gegen den Antrag, der der buchmäßigen Entwidlung der Spar- kassen nicht Rechnung trage und ihre Sicherheit erschüttern würde.

Das Haus vertagt sich. — Dienstag 11 Uhr: Weiterberatung der Sparkassenfrage, Abstimmung um Etat des Innern, Inter- pellation und Anträge über die Hochwasserhäden an der Ostsee, Etatberatung. Schluß 4¹/₂ Uhr.

Witterungsübericht vom 16. Februar 1914.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Swinemünde	761	SW	4	halb bb.	7	Saparanda	749	SE	6	Schnee	-0
Hamburg	763	SE	2	wolkg.	5	Weterburg	743	SE	3	bedeckt	6
Berlin	763	SE	3	wolkg.	9	Sellg.	761	SE	3	halb bb.	7
Branib. a. M.	765	SE	1	Rebel	7	Wierbeem	751	SE	2	halb bb.	4
München	767	S	2	wolkg.	3	Paris	763	NO	1	bedeckt	7
Wien	773	SE	2	Rebel	-1						

Wetterprognose für Dienstag, den 17. Februar 1914.

Etwas kühler bei ziemlich heilem weislichen Winden und veränderlicher Bewölkung; ohne erhebliche Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerbau, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	15. 2.	14. 2.	ora	ora ¹⁾		15. 2.	14. 2.	ora	ora ¹⁾
Remel, Mühl	698 ²⁾	-11	698 ²⁾	-11	Saale, Großh.	112	+8	112	+8
Bregel, Jüterburg	294	-21	294	-21	Havel, Spandau ³⁾	80	-5	80	-5
Betzfel, Thorn	197 ⁴⁾	-3	197 ⁴⁾	-3	Kathow ⁵⁾	88	-4	88	-4
Oder, Ratibor	131	0	131	0	Spree, Spremberg ⁶⁾	90	-8	90	-8
Kroffen	137	-1	137	-1	Beckow	119	0	119	0
Frankfurt	-	-	-	-	Befer, Rinden	216	-4	216	-4
Wartbe, Eßtrun	106	-10	106	-10	Rinden	278	+23	278	+23
Landberg	185 ⁷⁾	-9	185 ⁷⁾	-9	Rhein, Rarimillbau	346	0	346	0
Rege, Borsam	40	0	40	0	Raub	186	+16	186	+16
Eibe, Letimerig	71	+2	71	+2	Rhin	240	+19	240	+19
Dresden	-167	+1	-167	+1	Nedat, Heilbronn	111	+13	111	+13
Berlin	102	+6	102	+6	Wain, Garm	198	+13	198	+13
Regensburg	80	+1	80	+1	Rafel, Ariet	227	+50	227	+50

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. — ²⁾ Unterpegel. — ³⁾ Eisstand. — ⁴⁾ Treibeis. — ⁵⁾ Eisgang.

Warnung!

Es sind Bouillon-Würfel im Handel, deren Verpackung derjenigen von Maggi's Bouillon-Würfeln täuschend nachgeahmt ist. —

Wer sicher sein will, Maggi's Bouillon-Würfel zu erhalten, verlange ausdrücklich diese und achte auf den Namen „Maggi“ sowie die Schutzmarke  Kreuzsterne.

Maggi-Gesellschaft.